Enough is enough!

Nr. 4
August '98

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein





Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den/die AdressatIn Eigentum des Absenders. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Absender zurück zusenden.

Inhalt



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

lange habt Ihr warten müssen auf diese Ausgabe der *Enough is enough*. Die deutliche Verspätung bitten wir zu entschuldigen; technische Probleme und organisatorische Mängel haben die Fertigstellung immer wieder hinausgezögert. Wir sind dennoch sicher, eine Reihe von interessanten Beiträgen zusammengestellt zu haben.

Die Faschisten setzten weiter auf rassistisch und nationalistisch aufgeladene Demagogie zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sei es der neoliberale ***Bund Freier Bürger (BFB)***, der gerade sein Programm für die Bundestagswahl vorgelegt hat und dessen Aufbauarbeit in Schleswig-Holstein bisher eher schleppend verläuft; sei es die ***NPD***, die am 1. Mai die große Kundgebung in Leipzig durchgeführt hat und Ende Juni in Leipzig einen ***Arbeitskreis Wirtschaftspolitik*** gegründet hat. Die Nazis um **Christian Worch** und **Thomas Wulff** (Hamburg), die zur Kommunalwahl im ***Bündnis Rechts für Lübeck*** aktiv waren (vgl. die Berichte in diesem Heft), haben Mitte Juni in Lüneburg eine Arbeitsloseninitiative als Tarnung bei der Anmeldung einer Demonstration benutzt.

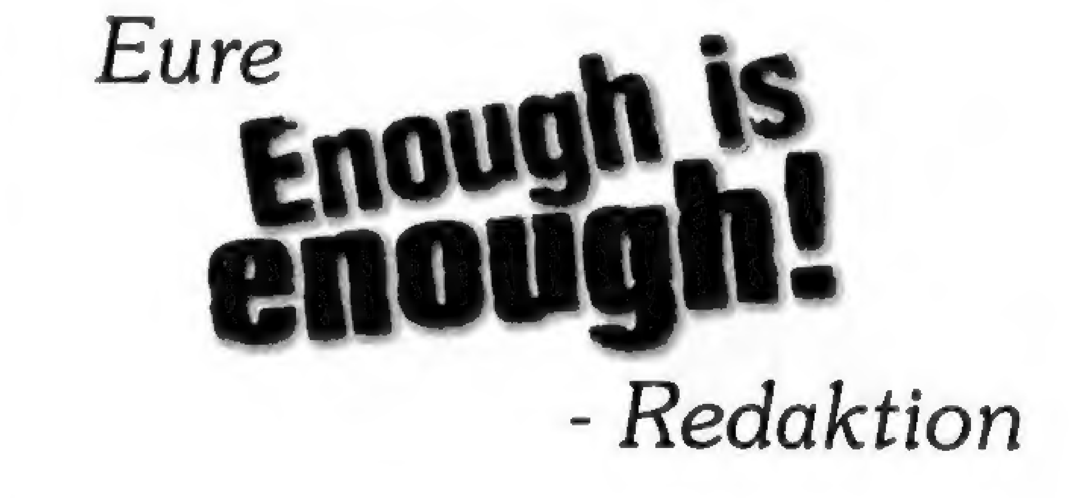
Das gesamte Spektrum der extremen Rechten sieht nach dem Einzug der ***DVU*** in den Landtag von Sachsen-Anhalt gute Möglichkeiten, die 5%-Hürde bei den Bundestagswahlen zu überwinden. Eine Einigung von ***REP***, NPD, DVU, und BFB ist derzeit nicht in Sicht - jede Gruppierung versucht noch, ihre Ausgangssituation durch bekannte Faschisten zu verbessern. So wird der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder** in Stralsund für die NPD antreten, der frühere REP-Vorsitzende **Franz Schönhuber** kandidiert parteilos für die DVU des Multimillionärs **Frey**. In den kommenden Monaten wird es eine Vielzahl von Treffen und Aktionen der extremen Rechten geben, um die sich die antifaschistische Bewegung wird kümmern müssen.

Allerdings wäre es falsch, den Blick nur auf die extreme Rechte zu richten. Die Regierungskoalition schränkt mit Unterstützung der SPD und Teilen der Grünen bürgerlich-demokratische Rechte zunehmend ein; die Lebenssituation von EinwandererInnen und Flüchtlingen wird weiter verschlechtert. So sollen sie künftig keinen Pfennig Geld für ihren Lebensunterhalt bekommen und nurmehr ungenügende medizinische Versorgung erhalten. Fast grenzenlos scheint die vom Rassismus angetriebene Phantasie in dieser Hinsicht zu sein. Da ist es zu begrüßen, wenn mit der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge" bundesweit der Versuch unternommen wird, offensiv gegen deren Ausgrenzung und Entrechtung aufzutreten. Die Karawane wird an mehreren Städten in Schleswig-Holstein Station machen. Mit einer Vielzahl anderer Gruppen rufen wir ausdrücklich zur Beteiligung und aktiven Unterstützung dieser Aktion auf.

Bleiben noch zwei Dinge anzumerken: die „Antifaschistische Konferenz", die wir im Januar 1998 mit über 200 Teilnehmenden in Kiel durchgeführt haben, hat ein sehr positives Echo hervorgerufen. Inzwischen ist es unter anderem zu einer Verbesserung des Infomationsaustausches und der landesweiten Vernetzung von AntifaschistInnen gekommen.

Schließlich: am 7. Januar 1999 wird im Kieler Landeshaus die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" eröffnet. Aus diesem Anlaß geben wir zusammen mit der Zeitschrift *Gegenwind* im Herbst ein Sonderheft heraus, das verschiedene Aspekte des Themas ergänzend zur Ausstellung beleuchtet. Wer Interesse hat, dieses kostenlose Heft zu verteilen, möge sich bei uns melden.

Eure



- Redaktion

ntifaschismus ist nicht kriminel

An alle AntifaschistInnen, die am 14. März '98 mit uns gemeinsam gegen das „Bündnis Rechts" in Lübeck demonstriert haben:

Am 14. März wurden 427 Menschen in Lübeck festgenommen. Bis heute ist uns bekannt, daß allein über 100 Ermittlungsverfahren wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", aus denen aller Wahrscheinlichkeit nach auch Bußgeldverfahren werden, eingeleitet wurden. Zusätzlich wird es zu mehreren dutzend Strafverfahren -u.a. Landfriedensbruch- kommen.
Wenn Du am 14. März festgenommen wurdest und Post von der Polizei oder dem Lübecker Ordnungsamt erhältst, melde dich bitte umgehend bei uns!
Wir wollen gemeinsam gegen diese Verfahren vorgehen.

Antifa-Telefon Lübeck: 0451/70 20 748

sondern notwendig

Nazi-Wahlerfolg auch in Mecklenburg-Vorpommern?

Seit dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt hofft die extreme Rechte auf weitere Parlamentsitze. Die REP rechnen sich Chancen bei den bayerischen Kommunalwahlen Anfang September aus, die NPD will 1999 in den sächsischen Landtag einziehen und für eine Kandidatur bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern interessiert sich auch die DVU.

Seit der Grenzöffnung haben die rassistischen und faschistischen Organisationen der Bundesrepublik ihre Propaganda- und Organisationstätigkeit auch auf Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet. In Lübeck verteilten Mitglieder der faschistischen ***REP*** Flugblättern an ihre *„lieben Landsleute“*, die sich ihr *„Begrüßungsgeld“* abholten und erste Einkäufe machten. Darin wurden große Versprechungen gemacht (*„Milliardenbeträge“* für den Aufbau Ost) und gemeinsame Aufgaben herausgestellt. *„Die Erhaltung unseres Volkes“*, „Vollendung der Einheit Deutschlands“ und ein *„Leben ohne Bevormundung durch fremde Mächte und Blocksysteme“*. Unterzeichnet war das Flugblatt von **Heiko Oetker**, einem früheren Aktivisten der inzwischen verbotenen ***Wiking-Jugend***. Für den Aufbau des REP-Verbandes in Mecklenburg-Vorpommern war zunächst **Hans-Rudolf Gutbrodt** aus Parchim zuständig: später wurde die Landesgeschäftsstelle nach Loitz/Kreis Demmin verlegt. In Rostock kam es rasch zur Gründung eines Ablegers der ***Deutschen Alternative***, die am 5. Mai 1985 in Bremen gegründet worden war und sich als Teil der Nazi-Strukturen der ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)*** verstand. Schon im Dezember 1989 kam es zu ersten Nazi-Angriffen auf das Rostocker Informations- und Kommunikationszentrum „Tante Trude“; aus vielen Orten wurden Angriffe auf die wenigen dort lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge gemeldet. Hinzu kamen Attacken auf Linke, russische Militärangehörige und jüdische Friedhöfe. Unter dem Namen ***Mitteldeutsche Nationaldemokraten*** war die ***NPD*** im Osten aktiv geworden und verfügte seit Juli 1990 über einen Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern, Die NPD Schleswig-Holstein übernahm die „Patenschaft“ für das östlich gelegene Bundesland, ihr Landesvorsitzender **Uwe Schäfer** trat bei verschiedenen Kundgebungen in Boizenburg auf, der stellvertretende Landesvorsitzende **Heino Förster** stachelte junge Nazis zu Gewalttaten an und wurde später zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 erzielten die REP 7.640 Stimmen (= 0,85%) die NPD 1,499 Stimmen (0,17%). Bei der sechs Wochen später stattfindenden Bundestagswahl konnten die REP 14.146 (=1,4%) Zweitstimmen für sich verbuchen; die NPD konnte ihr Zweitstimmenergebnis verdoppeln: 3.164 (=0,3%). Bei den Erststimmen erzielte sie 0,8% (=7.461). Den höchsten Stimmenanteil verzeichneten NPD/REP im Wahlkreis Neustrelitz, Strasburg, Pasewalk, Ückermünde, Anklam mit 2,7% der Zweitstimmen. Eine während der Bundestagswahl am 2. Dezember in Rostock durchgeführte Befragung der WählerInnen ergab, daß über 60% der 18- bis 25jährigen der Aussage *„Ich bin stolz, Deutscher zu sein“* zustimmten. Faschistische Propaganda wurde in großen Mengen angeboten, so zum Beispiel von dem Kieler Verleger **Dietmar Munier**, der zeitweise ebenfalls über eine Außenstelle in Mecklenburg-Vorpommern verfügte. Die *GdNF* konzentrierte sich ab 1991 auf die Klein- und Mittelstädte. So entstand

Nazi-Parolen auf Grabsteinen

BOIZENBURG – Bislang unbekannte Täter haben auf dem jüdischen Friedhof in Boizenburg 26 Grabsteine mit Nazi- Symbolen und -Parolen beschmiert. Wie gestern bekannt wurde, hatten Mitarbeiter der Stadtverwaltung die mit roter Farbe aufgebrachten Hakenkreuze und SS-Runen bereits am vergangenen Freitag entdeckt. DPA

LN vom 16.10.1997



NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN

Heraus zur **Protest-Kundgebung**

in Boizenburg/Elbe

Ziegenkoppel (Festwiese)

Sonntag, den 10. Mai 1992 ab 14 Uhr

Es spricht zu Ihnen : **Hermann Lehmann, Schöppenstedt (stellvertr. NPD-Bundesvorsitzender)**

Die Themen : Mitteldeutsche sind keine Bürger 2. Klasse

Sofortige soziale Gerechtigkeit für Mitteldeutschland

Es gibt kein Asylgesetz für Ausländer!-das Asylge setz (§16, Abs.2 Grundges. Ist für uns Deutsche bestimmt !)

deshalb: keine Zahlungen mehr an Asylanten !!!

(und an das Ausland sowie die marode EG-Bürokratie – diese Zahlungen kosten uns **Jahr für Jahr fast 100 Milliarden DM** -Gelder, die wir dringend für den Aufbau Mitteldeutschlands brauchen !)

Deutsches Geld für Mitteldeutschland !

Keinen weichen ECU statt unserer harten DM !



Kommen Sie !!! Es geht um Deutschlands Zukunft !!!

NPD-Landesverband Schleswig-Holstein und NPD-Landesverband Mecklenburg/Vorpommern

Heino Förster / stellv. Landesvors. SH
Postfach 1165, W-2410 Mölln
Sigrun Schurbohm (JN-Beauftragte)

Harry Piel / Landesvorsizender
PSF, 0-2520 Rostock 22
Rüdiger Klasen (Vors. NPD-Kreisverbd. Hagenow)
PSF 1, 0-2820 Hagenow

VISdP und f.d. Veranstaltung: Heino Förster

die Gruppe ***Greifswalder National-sozialisten*** mit zeitweise 40 bis 50 Mitgliedern und Kontakten zu ähnlichen Gruppierungen. In Neustrelitz wirkte die Gruppe *Junge Nationale*. Die REP führten am 28. September ihren Landesparteitag in Neubrandenburg durch; zum neuen Landesvorsitzenden wird **Bernd Bernhard** gewählt. Nach einer Rede des damaligen REP Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber**, in der er gegen Asylbewerber hetzte, zog eine Gruppe von Nazi-Skinheads mit Hakenkreuzfahnen durch die Stadt, randalierte und brüllte *„Ausländer raus!“*. Die Polizei nahm 51 Nazis vorübergehend fest und beschlagnahmte mitgeführte Waffen. Rund um den ersten *„Jahrestag der deutschen Einheit“* nehmen auch in Mecklenburg-Vorpommern die gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlinge und deren Wohnstätten zu. Von den politisch und polizeilich Verantwortlichen verharmlost *(„Wir haben die rechte Szene im Griff“; „eine rechte Szene gibt es bei uns nicht“)*, eskalierte der rassistische Terror angesichts der von CDU und CSU massiv betriebenen Kampagne zur Beseitigung des Asylrechts. Im August 1992 kam es zu mehrtägigen Angriffen auf eine Flüchtlingsunterkunft in Rostock-Lichtenhagen. Hunderte BewohnerInnen des Stadtteils applaudierten diesem Pogrom, bei dem es nur durch glückliche Umstände keine Toten unter den Flüchtlingen gab. Bundesweit wird der rassistische Terror als Fanal für Überfülle und Angriffe auf Flüchtlinge und EinwanderInnen gesehen: die Zahl der Gewalttaten schnellt steil empor. In Mecklenburg-Vorpommern kommt es in den Tagen noch dem Rostocker Pogrom zu Überfällen in Wismar, Greifswald, Hinrichshagen, Lübz, Neubrandenburg, Barndorf, Trassenheide, Pritzier .... Bis zum 27. Oktober werden über 100 Gewalttaten gemeldet. In mehreren Orten formieren sich „Bürgerinitiativen“ gegen die Einrichtung weiterer Flüchtlingsunterkünfte; junge Nazis begreifen sich mit ihren Terroraktionen als „ausführender Arm dessen, was in den Familien besprochen wird“. Während die faschistischen Parteien und Organisationen im Vergleich mit Sachsen oder Brandenburg insgesamt nur langsam ihre Strukturen aufbauen konnten, entstanden überall unterschiedlich große Nazi-Cliquen. Diese trafen sich bei Nazi-Musikveranstaltungen (1997: 23 mit durchschnittlich 200 Teilnehmenden) oder bei Aktionen. AntifaschistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern wissen beispielsweise von Wehrsportlagern bei Parchim oder einem Gedenkmarsch für den verstorbenen Nazi Rudolf Heß in Ludwigslust zu berichten. Gegenüber 1996 hat sich die Zahl der von der extremen Rechten begangenen Gewalttaten im vergangenen Jahr auf über 80 verdoppelt. Schwerpunkte faschistischer Gewalt waren die Landkreise Mecklenburg-Strelitz, Ostvorpommern und die Städte Neubrandenburg und vor allem Rostock, wo eine enge Zusammenarbeit mit Nazis aus Schleswig-Holstein und Hamburg besteht; auch die Kontakte zu dänischen Nazis werden enger. Heute sind nahezu alle Gruppierungen der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern aktiv:



- Als Beauftragter der ***Deutschland-Bewegung*** von **Alfred Mechtersheimer** tritt **Stefan Rochow** aus Greifswald von der extrem rechten ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen*** auf.

- Der antisemitische ***Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer)*** verbreitet an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern Werbematerial und führt in Rostock-Gehlsdorf („Trixi's Pub“) Veranstaltungen durch.

- in Rostock verfügt die rassistische ***Artgemeinschaft*** des Nazi Anwalts **Jürgen Rieger** über einen Stützpunkt.

-Der in Mecklenburg-Vorpommern nur über wenige Mitglieder verfügende ***Bund freier Bürger*** tritt mit einer Landesliste, angeführt vom Rostocker Professor **Achim Fahs** (auf den weiteren Plätzen **Sibylle Valentin, Willy Lehmann, Ronny Polack** und **Frank Bölter**), zur Bundestagswahl an. Ende März kündigte die Partei an, auch zur Landtagswahl antreten zu wollen.

- Zwar haben die REP wiederholt Informationsveranstaltungen angeboten, eine landesweit aktionsfähige, Struktur kann die Partei jedoch nicht vorweisen.

-Die ***DVU*** will zur Landtagswahl im September antreten. Zwar verfügt sie nur über sehr schwach ausgebaute Strukturen vor Ort, der Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt wird ihr jedoch weitere Eintritte bescheren. Und der Wahlkampf selbst wird sich weniger auf die Aktivitäten von DVU-Faschisten vor Ort stützen als ein massiver Einsatz von Hauswurfsendungen, Stellschildern und Werbetafeln mit den bereits bekannten rassistischen Hetzparolen der DVU.

-Die NPD, die organisatorisch lange Zeit ein Schattendasein führte, verfügt heute über mehr als zweihundert Mitglieder und ein wachsendes Umfeld in Mecklenburg-Vorpommern. Der Partei. gelingt es zunehmend, zu einem Bezugspunkt der Nazi-Skin-Szene in Mecklenburg-Vorpommern zu werden und gibt eine eigene Mitgliederzeitschrift mit dem Titel ***„Der Kamerad“*** heraus. Nach der Ablösung des früheren Landesvorsitzenden **Ronny Grubert** wird die NPD nun vom Bundesvorstandsmitglied **Dr. Eisenecker** geleitet. Dieser vertritt die NPD als Anwalt bei juristischen Auseinandersetzungen (Demoverbote u.ä.). Erstmals fand 1998 in Stavenhagen auch eine größere bundesweite NPD-Veranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern statt. In den letzten Wochen führte die NPD an vielen Orten Treffen durch, um die Nazi-Szene flächendeckend zu organisieren; Unterstützung für einen NPD-Wahlkampf haben die in Köln erscheinende faschistische Zeitung ***„Europa Vorn“*** und das von militanten Nazis um die verbotene ***Nationale Liste*** getragene ***Bündnis Rechts für Lübeck*** angekündigt.

-In verschiedenen Gegenden des Landes sind sogenannte „Kameradschaften“ aktiv, z.B. in Malchow, Neubuckow oder der ***Unabhängige Freundeskreis Neustrelitz***, der bis vor wenigen Monaten einen Jugendclub für seine Agitationstätigkeit nutzen konnte. Dessen Führungsfigur **Ronny Klein** hatte für Ende Februar 1998 zu einer Kundgebung *„Stopp der Arbeitslosigkeit! Stopp der sozialen Ungerechtigkeit!“* aufgerufen. Derartige Aktionen -bereits im April 1997 hatte sich die Nazi-Gruppe an den Montagsdemos gegen Sozialabbau beteiligt - sind Teil der zunehmenden Versuche von Faschisten, die sozialen Probleme mit rassistischen und nationalistischen Parolen zu verknüpfen. Zwar wurde die Kundgebung der Neustrelitzer Nazis, die gute Kontakte zu Nazikadern in Schleswig-Holstein und Hamburg haben, verboten, wenig später fand sie jedoch - von der NPD angemeldet - mit 300 Teilnehmenden statt. Zu den Aktivitäten der Nazi-Kameradschaften in Mecklen-burg-Vorpommern gehören außerdem die Teilnahme an bundesweiten Aufmärschen, die Beobachtung von antifaschistischen Demonstrationen (Anti-Antifa), wie im März in Bützow, sowie die Verehrung von Wehrmacht und Waffen-SS. Wohlwollend berichtete zum Beispiel die Zeitschrift der ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen ***„Der Freiwillige“*** unter der Überschrift *„Gedenkfeier in Goldenbaum“*: *„Am Gedenkstein fanden sich dort etliche Jugendliche aus Neustrelitz, Berlin und Rostock ein, um der hier Gefallenen der SS Frw. 33. Waffen-Grenadier-Division der Waffen-SS 'Charlemagne' zu gedenken.... Die Reden waren geprägt von Zorn und auch von Wut über die ständigen Verunglimpfungen der Soldaten.... deshalb wurde auch über Möglichkeiten gesprochen, diesen schlimmen Zustand zu ändern."*



Literaturhinweis: Hermann Langer, Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 1993

ACHTUNG!

über den Tellerrand schauen

Für den **1. August** plant die NPD in **Neustrelitz** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Aufmarsch im Rahmen des dortigen Landtagswahlkampfes. Desweiteren soll am **19. September** in **Rostock-Lichtenhagen** eine **bundesweite NPD-Kundgebung** mit anschließender Demonstration stattfinden.

Informationen über geplante Gegenaktivitäten erhaltet ihr unter anderem beim Antifa-Telefon (Lübeck) unter: **0451/7020748**

Naziaufmärsche verhindern!

NPD marschierte in Stralsund

Seit geraumer Zeit versucht die ***Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)*** verstärkt in Mecklenburg-Vorpommern Einfluß zu gewinnen und Fuß zu fassen. Nach ihrem Bundesparteitag vom 10.-11. Januar 1998 im mecklenburgischen Stavenhagen, mobilisierte der frisch gegründete „Kreisverband Stralsund" für den 9.Mai zu einem Schweigemarsch. Motto des Aufmarsches war: *„Gegen Gewalt und Linksfaschismus"*. Dem Aufruf folgten ca. 140 Neonazis aus der Region Vorpommern und Brandenburg. Im Vorfeld der Demonstration kam es zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen, in deren Verlauf die Faschisten mehrmals das Weite suchen mußten. Mit einiger Verspätung und unter Polizeischutz setzte sich die Demonstration in Bewegung. Anmelder und Leiter des Aufmarsches war der Stalsunder NPD-Aktivist **Axel Müller**. Zum Abschluß gab es eine Schweigeminute und Kranzniederlegung *„für die Deutschen Opfer"* des 2. Weltkrieges. Erst eine Woche zuvor, am 1. Mai, gelang es der NPD fünf Reisebusse aus Mecklenburg-Vorpommern nach Leipzig zu mobilisieren. Einige Wochen später veranstaltete die NPD wiederum einen Aufmarsch in Stralsund mit ca. 150 TeilnehmerInnen.



NPD-Kreisvorsitznender Stralsund, Matthias Meier (im Vordergrund) während des Nazi-Aufmarsches am 9. Mai

DVU, CDU, CDVU?

Die „Deutsche Volksunion" (DVU) zog Ende April mit 16 Mandaten in den Landtag von Sachsen-Anhalt ein. Für die Medien sind die 12,9%, die die rechtsextremistische Partei wählten, Protestwähler – 192.086 wohlgemerkt! Hinzu kommen 1230, die die „Republikaner" wählten. CDU und CSU versuchen indes, die DVU rechts zu überholen.

Die rassistische Propagandaoffensive der ***DVU*** hat sich gelohnt. 3 Millionen Mark steckte der 500 Millionen schwere Verleger und DVU-Chef **Gerhard Frey** in den Wahlkampf. Das ist etwa genausoviel Geld, wie SPD, CDU und PDS zusammen aufbrachten. Ganze Straßenzüge waren mit Plakaten zugepflastert, die Briefkästen waren voll mit Postwurfsendungen, dazu Radio- und TV-Spots. Wahlkampfveranstaltungen und Büchertische hingegen gab es keine. Wie auch? Die DVU in Sachsen-Anhalt ist eine Phantom-Partei. Sie hat gerade mal 50 Mitglieder. Ihre WählerInnen hat die DVU hauptsächlich unter den 18 – 24-jährigen. Mit 28% wurde sie in dieser Altersgruppe stärkste Partei, wobei der Zuspruch unter den Männern sogar bei 32% liegt. Ihre Spitzenergebnisse erzielte die DVU in den Wahlkreisen Bitterfeld und Wolfen mit beachtlichen 17,5% bzw. 17,4%.

Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft

Für den Wahlerfolg der Rechtsextremen wird im allgemeinen die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Doch die Hauptkompetenz der Rechtsextremen wird gar nicht in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit gesehen. Diese liegt nach Erkenntnissen von Infratest dimap vielmehr im Bereich der *„Ausländer- und Asylpolitik"* und der *„Kriminalitätsbekämpfung"*. Mit ihren „Ausländer raus"-Parolen ist es der DVU gelungen, *„das rechte Potential weitgehend auszuschöpfen"*. Die WählerInnen haben die DVU also eben nicht wegen der hohen Arbeitslosigkeit gewählt (da hätten sie besser links gewählt), sondern weil die Partei ihre rassistische Überzeugung am

ehesten auf den Punkt brachte. Auch handelt es sich bei ihnen nicht um „Protestwähler". Dieser Begriff suggeriert, es ginge um eine Bewegung am Rand der Gesellschaft. Doch Parolen und Meinungen, die in der Anwesenheit von MigrantInnen einen Mißstand sehen, sind Teil etablierter Politik. Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Das bestätigen auch die Reaktionen von CDU und CSU auf die Wahl in Sachsen-Anhalt, bei der die Christdemokraten immerhin 27.000 Stimmen an die DVU verloren.

Dumpfe Parolen

Der CDU-Vorsitzende von Sachsen **Fritz Hähle** betonte, daß zur konservativen Politik seiner Partei das Nationale ganz eindeutig dazugehöre. *„Ich bin stolz, ein Sachse zu sein, und ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Das muß man öffentlich sagen dürfen, ohne sofort gebrandmarkt zu werden"*, forderte Hähle. CSU-Generalsekretär **Bernd Protzner** will als Konsequenz aus dem Wahlerfolg der DVU insbesondere das Thema *„Recht und Ordnung"* auf die Tagesordnung setzen. Bayerns Finanzminister **Erwin Huber** (CSU) machte klar, daß er *„die nationalen Interessen in Europa und überhaupt"* nachdrücklich vertreten wird. CSU-Chef **Theo Waigel** forderte klare Konturen bei den Themen „Ausländerpolitik" und „Innere Sicherheit". Außerdem müsse die CSU noch deutlicher machen, daß es mit ihr weder eine Liberalisierung des Asylrechts noch eine doppelte Staatsbürgerschaft geben wird. Rechts von der Mitte dürfe kein Vakuum entstehen. Bundesinnenminister **Manfred Kanther** (CDU) setzte dem Ganzen die Krone auf. Er konstruierte einen Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und Kriminalitätsentwicklung. In jedem Fall müsse der Kriminalitätsimport durch illegale Ausländer gestoppt werden, hetzte Kanther. Zudem müsse der Staat zur schnellen Abschiebung schwerkrimineller Ausländer bereit sein.

Kommende Wahlkämpfe

Diese Hetztiraden lassen vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlkämpfe eine weitere Verschärfung des rassistischen Kurses der Unionsparteien befürchten. Die CSU ist in ihrer Ausländer- und Innenpolitik gar so rassistisch und reaktionär, daß die DVU sie nicht mehr zu übertrumpfen weiß und deshalb keinen Sinn in einer eigenen Kandidatur zur Landtagswahl am 13.September in Bayern sieht. Bei der zeitgleich zur Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern hingegen sieht die DVU große Chancen, einen erneuten Erfolg zu verbuchen. Diese Einschätzung erscheint realistisch, so ergab eine WählerInnenumfrage: *„Rund 8% würden in Mecklenburg-Vorpommern rechts wählen, noch einmal so viele könnten sich vorstellen, dieses zu tun."* Ob die gewählte Partei dann DVU heißt, ist dabei zweitrangig, angesichts der Propagandaflut, mit der die DVU aufgrund ihrer personellen Schwäche vorgeht, jedoch wahrscheinlich. Von den anderen in Mecklenburg-Vorpommern antretenden rechtsextremen Parteien dürfte ausschließlich die im Land stark vertretene ***NPD*** eine ernstzunehmende Konkurrenz sein. Die Landesregierung hat indes angekündigt, den Parteienstatus der DVU zu überprüfen.



Schönhubers Traum von einer neuen SA

Zur Bundestagswahl hat sich Parteichef Gerhard Frey etwas ganz besonderes ausgedacht. Er engagierte mehrere Zugpferde, unter anderem den ehemaligen ***Republikaner***-Chef **Franz Schönhuber**. Dieser wurde als Parteiloser auf den ersten Platz der bayerischen Landesliste gewählt und wird wahrscheinlich in einem bayerischen Wahlkreis als Direktkandidat antreten. Schönhuber sieht das rechtsextreme Wähler-Innenpotential bundesweit bei rund 9% und hält dementsprechend einen Einzug der DVU in den Bundestag für *„höchstwahrscheinlich"*. Im Fall von knappen Mehrheiten träumt er gar von einer Zusammenarbeit mit der CDU/CSU. Was Schönhuber will, macht er deutlich, wenn er mit einer neuen SA droht: *„Sie werden in Städten mit hoher Ausländerkriminalität sich als Schützer der drangsalierten Bewohner aufspielen. Ja, es wird soweit kommen, daß sie von den Bewohnern, die kein Vertrauen mehr zur Polizei haben, sogar gerufen werden, da und dort schon gerufen wurden."* Damit ist eigentlich alles gesagt. Es liegt an uns, den rassistischen Wahlkampf der Konservativen und Faschisten zu verhindern – mit allen notwendigen und legitimen Mitteln!

SBW



Nazi gesteht... – aber keiner glaubt's

Der Justizskandal um den Brand des Flüchtlingsheims in der Lübecker Hafenstraße geht in eine neue Runde. Während am 23. Februar 1998 einer der tatverdächtigen Nazis aus Grevesmühlen erneut ein Geständnis ablegte, soll in einer Revisionsverhandlung vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe am 22. Juli verhandelt werden, ob der Prozeß gegen Safwan Eid wiederholt werden muß.

Als ob es noch eines Beweises für die skandalöse Einseitigkeit der ermittelnden Lübecker Staatsanwälte bedurft hätte, verharmloste Oberstaatsanwalt (OStA) Klaus-Dieter Schultz sofort die Selbstbezichtigung von **Maik Wotenow**, der sich im Gefängnis von Neustrelitz, wo er wegen anderer Delikte einsitzt, zunächst Mitgefangenen, dann Anstaltspersonal gegenüber offenbart hatte. Schultz: die Schilderungen von Wotenow seien nicht glaubhaft, da sie mit dem festgestellten Brandausbruchsort im 1. Stock des Flüchtlingsheimes nicht übereinstimmten.

Nun ist die genaue Stelle des Brandausbruches eine der umstrittensten Tatsachen des ganzen Verfahrens gewesen. Gegen die Darstellung der Brandexperten von LKA und BKA erhoben unabhängige Experten massiven Widerspruch. Das Hauptargument gegen die These vom 1. Stock ist jedoch ganz einfach und auch für wissenschaftliche Laien sofort nachvollziehbar:

Die BewohnerInnen des 1. Stockes des Flüchtlingsheims versuchten in der Brandnacht, sich über genau den Flur in Sicherheit zu bringen, wo angeblich der Brand mit Benzin oder einem ähnlichen Brandbeschleuniger gelegt wurde. Niemand von ihnen hat jedoch Flammen in diesem Flur gesehen und – ein zusätzlicher objektiver Beleg für ihre Aussagen – niemand von ihnen hatte Brandverletzungen an Füßen oder Beinen, obwohl einige direkt über die Entstehungsstelle des Feuers gelaufen sein müßten. Das Argument vom OStA entpuppt sich also als Zielschluß: die Nazis sind unschuldig, weil sie unschuldig sein sollen.

Öffentlichkeit wurde nicht informiert

Wie unangenehm den Ermittlern das neue Geständnis des Jungfaschisten war, zeigt auch die Tatsache, daß sie die Öffentlichkeit nicht informierten. Erst Recherchen einer Journalistin brachten das Geständnis ans Licht. Immerhin mußte jetzt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die vier Verdächtigen aus Grevesmühlen wieder aufnehmen, die fast 2 Jahre lang eingestellt waren. Es muß allerdings befürchtet werden, daß die neuen Ermittlungen nur pro forma angestellt werden, um sie wieder einschlafen zu lassen, sobald sich die Aufmerksamkeit durch die neuen Entwicklungen wieder gelegt hat.

Denn Indizien, Beweise und verfolgungswürdige Spuren, die auf die 4 Neofaschisten als Täter für den mörderischen Anschlag hinweisen, gab es schon viele. Sie alle wurden von den Ermittlern vom Tisch gewischt, die sich den Verdächtigen gegenüber eher wie Verteidiger denn wie Staatsanwälte verhielten. Da sind zunächst die Sengspuren, die 3 der 4 Verdächtigen an Wimpern, Augenbrauen und Vorderhaaren aufwiesen. Die gerichtsmedizinische Untersuchung ergab, daß die Spuren aus der Brandnacht stammen müssen. Damit werden auch die haarsträubenden Ausflüchte der Männer aus Grevesmühlen hinfällig, die mehrere Tage, z. T. Wochen vorher wahlweise einen Hund angezündet oder mit dem Feuerzeug in einen Benzinkanister geleuchtet haben wollen. Die Staatsanwälte suchten nach einem Gegengutachten, das beweisen sollte, daß die Brandspuren doch älter seien, doch vergeblich.

Brandspuren wie die hier vorliegenden entstehen z. B. bei Verpuffungen, also wenn hochentzündliche Flüssigkeiten wie Benzin ausgegossen und in Brand gesteckt werden. Sie sind daher – so die Gerichtsmedizinerin Dr. Gerlach in ihrer Aussagen im Prozeß gegen Safwan Eid – *"die typischen Spuren von Brandstiftern"*. Das angebliche Alibi der Grevesmühlener ist nichts wert. Um 3.19 Uhr sind drei von ihnen an einer 6 km vom Brandhaus entfernten Tankstelle gesehen worden. In zehn Minuten kann man von hier aus bei dem geringen nächtlichen Verkehr die Hafenstraße erreichen. Genug Zeit also, um sowohl vor wie auch nach dem Tanken den Brand gelegt haben zu können, der offiziell zwischen 3.00 Uhr und 3.30 Uhr ausgebrochen sein soll. Am Tatort wurden sie von zwei Zeugen bereits vor dem Eintreffen von Polizei und Feuerwehr gesehen. Ungeklärt ist bis heute, wo sich **Dirk Techentin**, derjenige aus dem Quartett, der nicht mit an der Tankstelle war, sondern in einem geklauten Golf durch die Gegend fuhr, in der tatrelevanten Zeit eigentlich aufgehalten hat. Anders als bei dem Flüchtling und Hausbewohner Safwan Eid, der schnell zum Lieblingstäter der Ermittler werden sollte, obwohl niemand einen Grund anzugeben weiß, warum er das Haus anzünden und damit seine Familie und sich selbst in Lebensgefahr bringen sollte, muß bei den 4 Mecklenburgern nicht lange nach einem Motiv gesucht werden: einer der 4 war schon beim Progrom von Rostock dabei, der jüngst geständige Maik Wotenow war unter dem Spitznamen „Klein-Adolf" bekannt.

Kette von Selbstbezichtigungen

Die Verdächtigen hatten jedoch nicht nur verräterische Spuren, die Gelegenheit zur Tat, waren nachweislich am Tatort und hatten ein Motiv – darüber hinaus liegt mittlerweile eine Kette von Selbstbezichtigungen vor; nur die Staatsanwälte glauben ihnen nicht. Bereits vor der Tat kündigte Maik Wotenow gegenüber einem Bekannten an, er wolle demnächst nach Lübeck, *„etwas anstecken"*. Als er dann im vergangenen Jahr in Güstrow bei einem Ladendiebstahl ertappt wurde, sagte er, daß ihm die Polizei gar nichts könne, er wäre schließlich schon bei dem Anschlag in Lübeck dabei gewesen. Der Zeuge, der diese Aussage Wotenows der Polizei berichtete, gab allerdings ein falsches Datum für den Anschlag an. Klarer Fall für die Staatsanwälte: an diesem Tag war ja kein Anschlag, die Aussage damit bedeutungslos. Auch **Heiko Patynowski** sprach mit einem Bekannten schon vor dem Prozeß über seine Tatbeteiligung. Auch diese Aussage interessierte die Staatsanwälte Schultz und Böckenhauer nicht: sie hatten sich auf Safwan Eid als Täter festgelegt. Jene Variante, die politisch so viel bequemer war, als die Auseinandersetzung mit dem gewalttätigen Rassismus in Deutschland, der die Folge eines nicht auf Neonazis beschränkten staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus ist. Jetzt gesteht Maik Wotenow also erneut, diesmal sogar in einer protokollierten Aussage. Zwar widerruft er 3 Tage später, doch welche Bedeutung hat dies angesichts der weiteren Fakten, die für seine Täterschaft und die seiner Kumpane sprechen? Nicht einmal ein Bruchteil dessen hat gegen Safwan Eid vorgelegen, dennoch ist ihm der Prozeß gemacht worden – mit dem unvermeidlichen Ergebnis: Freispruch. Es ist daher zu fordern, daß auch die Täterschaft der verdächtigen Nazis in einem ordentlichen Verfahren geklärt wird. Zur Zeit liegen die Vorgänge in den verschlossenen Schubladen der Staatsanwaltschaft – verborgen vor jeder öffentlichen Kontrolle.

Fälschung nützt den Vertuschungsversuchen

Sehr gelegen kam Schultz und seinen Kollegen das Auftauchen eines Geständnisses von Heiko Patynowski, das offensichtlich gefälscht war. Mit der Entlarvung dieses plumpen Machwerkes brach auch das mediale Interesse an dem authentischen Geständnis Wotenows zusammen. Wer auch immer und aus welchem Grund die Fälschung angefertigt hat, genützt hat sie den Vertuschungsversuchen der Staatsanwälte. Am 22. Juli wird über die Revision im Verfahren gegen Safwan Eid entschieden. Im schlimmsten Fall müßte der Prozeß noch einmal vor dem Lübecker Landgericht wiederholt werden. Die reale Gefahr, daß doch noch ein Unschuldiger verurteilt wird, besteht wohl kaum. Zu offensichtlich war schon im ersten Verfahren, daß es nicht einen Funken von wirklichem Belastungsmaterial gibt. Doch die Möglichkeit, daß diese groteske Farce fortgesetzt wird, ist erschreckend genug. Zum einen, weil nur ein Prozeß gegen die 4 Nazis wirklich die Wahrheitsfindung voranbringen könnte. Zum anderen, weil seit über nunmehr zwei Jahren die deutsche Gesellschaft und ihre Justiz ihre Reinwaschung auf Kosten der Opfer des Mordanschlags betreiben.

CK

Passend zum Revisionstermin am 22.Juli vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe ist ein neuer „Zeuge" für die Version der Staatsanwaltschaft aufgetaucht. Bei dem „Zeugen" soll es sich um einen Medizinstudenten handeln, der laut Auskunft Dritter (einem Zeugen aus dem Verfahren) ebenfalls den Satz *„Wir warn's"* von Safwan Eid gehört haben will. Obwohl dieser „Zeuge" noch nicht einmal von den Ermittlern vernommen worden war, titelten die „Lübecker Nachrichten" bereits Anfang Juni *„Hafenstraße: Neuer Zeuge"*. So wird Safwan Eid wieder einmal durch Gerüchte verunglimpft. Nimmt mensch die angebliche Aussage für bare Münze, stellt sich eine entscheidende Frage: In welchem Teil des Verletztenbusses, in dem laut dem Hauptbelastungszeugen Jens Leonhardt der Satz *„Wir warn's"* gefallen sein soll, will sich der neue „Zeuge" denn befunden haben? Er müßte bei der erwiesenermaßen sehr lauten Geräuschkulisse direkt neben Safwan Eid gestanden haben. Doch dort stand Jens Leonhardt und der wußte wie auch alle Anderen, die sich im Bus aufgehalten hatten, in seiner Prozeßaussage nichts von der Anwesenheit dieses neuen „Zeugen" zu berichten. Desweiteren stellt sich die Frage, warum der Vorsitzende Richter der Jugendstrafkammer des Landgerichts, Rolf Wilcken, den neuen „Sachverhalt", der ihm bereits seit dem Herbst des letzten Jahres bekannt war, ausgerechnet im April an die Staatsanwaltschaft weiterleitete. Die Antwort gibt er selber. Zu diesem Zeitpunkt war das gefälschte Geständnis von einem der vier Grevesmühlener aufgetaucht. Drohte so, nachdem bereits das echte Geständnis des Maik Wotenow bekannt war, nun eine Wendung im Fall Hafenstraße, der entgegengesteuert werden sollte? Seltsam auch, daß die Staatsanwaltschaft zwischen April und Juni keine Veranlassung sah, die Ermittler zu beauftragen, den neuen „Zeugen" zu vernehmen und stattdessen zu einem günstigen Zeitpunkt (siehe Revisionstermin!) Gerüchte in die Welt gesetzt wurden. Im Prinzip ist das alles jedoch kein Grund zur Aufregung, denn nach dem, was bisher bekannt ist, würde der neue „Zeuge" nur das bestätigen, was die Lübecker Strafkammer ohnehin ihrem Urteil zugrunde gelegt hat. Richter Rolf Wilcken und seine Kollegen hatten nämlich keine Zweifel an, daß der Angeklagte Safwan Eid tatsächlich „Wir warn's" gesagt hat. Trotzdem sprachen sie ihn frei. Kein wirklich neuer Sachverhalt also!

Bundestag beschließt die Aushungerung von Flüchtlingen

Am 25.6.1998 passierte die Neufassung des Asylberberleistungsgesetzes den Bundestag. PolitikerInnen von SPD und CDU versuchten mit dieser Gesetzesinitiative, hunderttausenden Flüchtlingen ihre Lebensgrundlage in der BRD zu entziehen, indem sie ihnen die für Flüchtlinge ohnehin schon um 20% gekürzte Sozialhilfe gänzlich entziehen wollten.

Betroffen davon wären alle Flüchtlinge mit einer legalen Duldung gewesen, ferner Bürgerkriegsflüchtlinge wie z.B. BosnierInnen, schließlich wollte man noch alle "illegal eingereisten" Flüchtlinge in diese Aushungerungsmaßnahme einschließen. Der Hinweis auf die „illegale Einreise" ist deshalb so besonders demagogisch, weil seit der Veränderung des Asylrechts kaum ein Flüchtling die BRD mehr legal betreten kann.

Erst nach heftigen Protesten in den letzten Monaten von Seiten der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen sowie auch des UNO-Flüchtlingshilfswerkes kamen bei SPD- und FDP-Bundestagsabgeordneten Zweifel auf, ob es wohl ratsam wäre, das Aushungern von Flüchtlingen in dieser Form zu beschließen.

Der nun gefundene Kompromiß ist allerdings nicht minder rassistisch und kann noch immer viele tausend Menschen treffen:

Allen Flüchtlingen, die ihre Ausweispapiere verloren oder vernichtet haben oder wechselnde Angaben zu ihrer Identität machen,um ihre Abschiebung zu verhindern, sollen die Sozialleistungen gestrichen werden. Warum einige Flüchtlinge zum letzten Mittel der Paßvernichtung greifen, fragt niemand. Denn kaum ein Flüchtling hat nach der Asylrechtsänderung von 1993 überhaupt eine Chance, daß sein Asylantrag anerkannt wird. Sei es, daß er daran scheitert, weil er den Fuß auf den Boden eines „Drittlandes" gesetzt hatte, bevor er nach Deutschland fliehen konnte, sei es, daß nach dem Asylverfahrensgesetz nur Flucht vor staatlicher Gewalt nicht aber sonstige - oft nicht minder schwere - Verfolgung anerkannt wird. So werden z.B. die meisten Flüchtlinge aus Algerien nicht anerkannt, da die Massaker, die bereits zehntausende Menschen das Leben gekostet haben, offiziell nicht von staatlicher Seite begangen werden.

Der zweite Grund, weshalb Flüchtlingen die Sozialhilfe gestrichen werden kann, offenbart besonders eindeutig die eigentliche Intention der menschenunwürdigen Gesetzesverschärfung: Unterstellt sie allen Flüchtlingen doch erst einmal, daß sie nur wegen der Sozialhilfe in die BRD gekommen seien. (Im Behördendeutsch heißt das dann, daß die Sozialhilfe allen Menschen versagt sei, die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen.) Ein Nachweis dieser Unterstellung dürfte so gut wie nicht zu leisten sein. So dient diese Formulierung offenkundig nur dazu, um im Wahlkampf auf besonders schäbige Art rechte Stimmen fangen zu können.

Vielen Politikern wie z.B. Niedersachsens Innenminister Glogowski (SPD) ist diese Verschärfung noch lange nicht hart genug. Er und andere rassistischen Demagogen verfolgen weiter das Ziel, Flüchtlinge zu diffamieren und zu terrorisieren. Daß sie damit die Parolen der Nazis von ***DVU*** und ***NPD*** hoffähig machen, kümmert sie offenbar nicht.

Was bedeutet die Gesetzesänderung für die Betroffenen? Diese Menschen - überwiegend Familien mit Kindern - sollen künftig keinen Pfennig Geld für ihren Lebensunterhalt bekommen und nurmehr ungenügende medizinische Versorgung erhalten. Es droht ihnen Obdachlosigkeit, Unterernährung, Krankheiten und die Unterversorgung von Kindern. Da es ein faktisches Arbeitsverbot für Flüchtlinge gibt, haben sie keine Möglichkeiten ihre Lage zu ändern.

Die Politik leistet ein weiteres Mal rassistischen Parolen und Gruppen Vorschub. Es ist reine Heuchelei, wenn sie dann nach rassistischen Anschlägen die Täter verurteilen, ihnen aber gleichzeitig die ideologische Munition liefern.

BR



Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen kommt!

Ein breites Bündnis von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen und antirassistischen Initiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die immer schneller eskalierenden Angriffe gegen Flüchtlinge. Diese „Karawane" wird am 15. August 98 in Bremen starten, und in Köln am 20. September enden, eine Woche vor den Bundestagswahlen.5 Wochen lang werden wir von Stadt zu Stadt ziehen, mit großen politischen Aktionen in 28 Städten. Größere Entfernungen werden wir in Bussen, Kleinbussen und an einigen Stellen mit Schiffen überbrücken, aber durch die dichtbesiedelten Teile Deutschlands wollen wir zu Fuß demonstrieren. Unser Ziel ist es, uns während der Wahlkampfzeit kräftig auf lokaler wie bundesweiter Ebene in die Politik einzumischen.

Die unsäglichen Äußerungen, die die CDU- und SPD-Politiker Anfang des Jahres anläßlich der Ankunft der kurdischen Flüchtlinge in Italien gemacht haben, gaben uns einen Vorgeschmack auf die Haltung dieser Parteien gegenüber Flüchtlingen. Als Italien KurdInnen, die an ihren Küsten ankamen als politische Flüchtlinge bezeichnete, bestand Deutschland darauf, sie seien *„kriminelle Einwanderer"* und griff die italiensiche Regierung an, weil sie ihre Grenzen nicht genügend abschotten würden.

Nicht nur Flüchtlinge, auch andere MigrantInnen sind betroffen. Einflußreiche politische Personen haben bereits offen erklärt, daß die „zweite MigrantInnengeneration von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht werde". Sie argumentieren damit, diese Jugendlichen seien unterqualifiziert, hätten keinen respekt vor den deutschen Gesetzen, seien in *„kriminelle Aktivitäten"* verwickelt und nicht in die deutsche Gesellschaft integriert. Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber auf Grund *„krimineller Handlungen"* abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschiebepraxis.

Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, werden die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische Politiker werden das System und den Status quo verteidigen, indem sie versuchen, die berechtigte Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlinge zu wenden. Die verhängnisvollen Aussagen von diesen Politikern finden eine beängstigende Resonanz in der deutschen Gesellschaft. Die Stimmengewinne der DVU in Sachsen-Anhalt sind bloß die Spitze des Eisbergs.

Wir haben keine Wahl - aber eine Stimme!

Flüchtlinge und MigrantInnen können die Wahlen nicht direkt beeinflussen - obwohl wir in vielerlei Hinsicht ihr Thema sein werden. In der Wahlkampfzeit werden wir mit der „Karawane" dafür kämpfen, unsere Realität ins Bewußtsein der deutschen und weltweiten Politik zu bringen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

Die geplanten Gesetzesänderungen zum Asylbewerleistungsgesetz werden hundertausende von uns, die nur eine „Duldung" besitzen, in eine Lage bringen, in der es real unmöglich sein wird, in Deutschland zu leben. Trotz der Proteste gegen dieses Gesetzesvorhaben, haben wir keinen Anlaß zu glauben, daß es gestoppt werden wird. Das Gesetz wird es den Behörden erlauben, Sozialhilfe und Krankengeldleistungen komplett zu streichen, und uns aus den Unterkünften herauszuwerfen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der BRD, daß ein Teil der Bevölkerung vollständig von Sozialleistungen ausgeschlossen sein wird. Der dahinter stehende Gedanke ist offensichtlich, uns den Aufenthalt und das Leben hier unmöglich zu machen, damit wir Deutschland „freiwillig" verlassen. Die Umsetzung des Gesetzes wird in den Händen der einzelnen Länderbehörden sein, und es wird daher ziemlich vom politischen Klima abhängen, wie genau dieses geschehen wird. Die „Karawane" wird versuchen, dieses Klima zu unseren Gunsten zu verändern. Dabei ist es wahrscheinlich, daß die Umsetzung ungleichmäßig und veränderlich geschehen wird - in einer Art „Salamitaktik". Eine Ebene dieser Taktik wird darin bestehen, sich erst auf eine Gruppe von Flüchtlingen zu konzentrieren und dann zur nächsten überzugehen. Die erfolgreiche Umsetzung bei einer Gruppe wird es leicht machen, die nächste anzugreifen. Zum anderen wird die Umsetzung der Gesetzesänderung von Ort zu Ort in Deutschland verschieden sein. Wieder wird die erfolgreiche Umsetzung in einem Bundesland es leichter machen, es an anderen Orten ebenfalls einzuführen. Die „Karawane" ist hervorragend geeignet, praktischen Widerstand gegen die Umsetzung dieses Gesetzes aufzubauen. Denn die „Karawane" wird nicht nur helfen, Einheit zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen aufzubauen, sondern sie wird auch Strukturen schaffen, die es erlauben, gemeinsam (auf einer bundesweiten Ebene), auf die lokalen Angriffe zu reagieren.

Wir Flüchtlinge sind die Folge deutscher "Interessens-wahrnehmung" im Ausland

Wir werden nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen der Flucht leugnet. Deutschland unterstützt antidemokratische Regimes und Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füssen treten, aber sehr gut für deutsche Geschäftsinteressen sind. Billige Arbeitskräfte für deutsche Investoren bedeuten Rechtlosigkeit für die ArbeiterInnen und die Bevölkerung; billige Naturrohstoffe für Deutschland bedeuten Zerstörung der sozialen Gemeinschaften und der Umwelt.

Wirtschaftliche und strategische Interessen in Ländern wie der Türkei bedeuten, daß die deutsche Regierung in solch einem Umfang mit der Türkei zusammenarbeitet, daß die Kurdenpolitik der Türkei von Deutschland nachgeahmt wird. Mit Waffen und Geld unterstützt die deutsche Regierung den Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei. Wenn kurdische Flüchtlinge die Gründe ihrer Flucht in der deutschen Öffentlichkeit darstellen wollen, werden sie verfolgt, wird ihr Versammlungs - und Vereinigungsrecht und ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung angegriffen. Kurde und Kurdin in Deutschland zu sein, scheint ähnlich wie in der Türkei zu bedeuten schuldig zu sein.

Nigeria wird verwüstet, um billiges Öl für Deutschland zu liefern, aber wenn es einer Handvoll von Flüchtlingen gelingt, dieser mörderischen Diktatur zu entkommen und nach Deutschland zu gelangen, heißt es - tut uns leid, hier ist kein Platz für euch! Zur selben Zeit, in der Politiker erklären, es sei nicht genügend Geld für die Flüchtlinge da, pumpt die deutsche Regierung massenhaft Geld in Länder wie Sri Lanka: Finanzhilfen zur Unterstützung des rassistischen Krieges gegen die tamilische Bevölkerung, die zehntausende neuer Flüchtlinge schaffen! Die Beispiele sind endlos! Wenn wir als Flüchtlinge hier ankommen, werden wir kriminalisiert und gedemütigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesperrt, unsere Sozialhilfe wird immer weiter gekürzt, unser Recht zu arbeiten ausgehölt; wir werden von der Gesellschaft isoliert und insgesamt als etwas Geringeres als Menschen behandelt. Wir werden beschuldigt, die Ursache aller sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Abschiebeknäste gesteckt und am Ende abgeschoben.

Man wird uns hören!

Wir werden uns wehren! Wir werden nicht nur die Probleme, die wir hier in Deutschland haben, zur Sprache bringen, sondern auch die Leiden unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mußten!

Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen auf, egal aus welchem Land Ihr kommt, egal wo Ihr in Deutschland lebt, mit uns in Kontakt zu treten und Euch mit Euren Ideen und Vorschlägen einzubringen. Bereits jetzt nehmen Flüchtlinge, die in bundesweiten Netzwerken wie dem „World Tamil Movement"(WTM), der „Föderation kurdischer Vereine" YEK - KOM, der Internationalen Föderation iranischer Flüchtlings- und ImmigrantInnenräte „The Voice", „ADFH" organisiert sind, zahlreiche örtliche Flüchtlingsorganisationen wie „Sokoni" und viele andere Gruppen und Einzelpersonen an der Karawane teil. Viele antirassistische Gruppen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands und die Netzwerke „Kein Mensch ist illegal" und „Asyl in der Kirche" und örtliche Arbeitsloseninitiativen unterstützen die „Karawane".(.....)

Kontakt:

Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Kornstr. 51, 28201 Bremen Tel.: 0421/ 55 77 093 Fax: 55 77 094

Die Karawane wird in Schleswig-Holstein Station machen:

Montag, 17.8. Norderstedt
Kontakt: Fördererein Flüchtlingshilfe, Schulweg 30 22844 Norderstedt Tel.: 040/5262688

Dienstag, 18.8. Lübeck
Kontakt: Lübecker Flüchtlingsforum, Fleischhauerstr. 32 23552 Lübeck Tel.: 0451/75532

Das Programm für Lübeck:

11 Uhr:
Eintreffen der Karawane auf dem Markt, Begrüßung, Infostände, Gesprächsaustausch, Essen und Trinken, Kundgebung

13 Uhr:
Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen durch die Innenstadt, Auftakt auf dem Markt

15.30 Uhr:
Vom Markt aus Besuch der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) für Flüchtlinge in der Vorwerker Straße in Lübeck

19 Uhr:
Arbeitslosenzentrum, Schwartauer Allee 39/41
Filmvorführung über die Karawane und die „Sans papiers" in Frankreich

ab 20 Uhr:
Internationales Solidaritätsfest im Arbeitslosenzentrum

Mittwoch, 19.8. Kiel
Kontakt: Gegenwind, Schweffelstaße 6 24118 Kiel Tel.: 0431/565899

Das Programm für Kiel:

10 Uhr:
Treffen auf dem Wilhelmplatz, wir fahren der Karawane entgegen und empfangen sie an der Stadtgrenze

11Uhr:
Kreisgrenze Hamburger Chaussee/ Eiderbrücke, „Grenzüberschreitung"

13 Uhr:
Wilhelmplatz, die Karawane zieht zur Innenstadt

13.30 Uhr:
Asmus-Bremer-Platz, Kundgebung, Infostände, Delegationen besuchen Ministerien

16 Uhr:
Kleinkunstforum, Kirchhofallee 61, Diskussionsrunden, Kinderprogramm, Videos, Pressegespräche

19 Uhr:
gemeinsames Essen

20 Uhr:
Vortragsveranstaltung: „Vom Mythos der Ausländerkriminalität", anschließend Diskussion

3540 wählen NSDAP

Das „Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) hat den Einzug in die Bürgerschaft nicht geschafft. Doch das allein ist noch kein Grund zum Feiern. Immerhin 3,6 % wählten die Neonationalsozialisten, also nur 0,5 % bzw. 900 Personen weniger als die Republikaner bei der letzten Kommunalwahl 1994. Und das, obwohl es in Lübeck seitdem diverse faschistische Brandanschläge gegeben hat.

Rechte Hochburgen bestätigt

Analysieren wir nun das Wahlergebnis etwas genauer: Ein besonders hohes WählerInnenpotential haben rechtsextreme Parteien schon immer in den Stadtteilen Moisling und Kücknitz gehabt. Das hat sich auch diesmal bestätigt. Die 5 %-Marke übersprang das BRL in 4 von 27 Wahlkreisen, als da wären:

-Kücknitz (Roter Hahn/ Dummersdorf) 5,4 %

-Alt-Moisling, Genin, Buntekuh 5,3 %

-Moisling (westlicher Bereich), Büssau 5,3 %

-Travemünde (westlicher Bereich, Pöppendorf) 5,2 %


Jung und männlich

Die höchsten prozentualen Zugewinne gegenüber dem Wahlergebnis der Republikaner von 1994 konnten die Neonazis in den Wahlkreisen Falkenfeld (+ 0,8 %) und Eichholz (+ 0,7 %) verzeichnen. Die größten Verluste mußte das BRL in Travemünde (östlicher Bereich) hinnehmen, wo man 2,5 % verlor. Diese Tatsache korreliert mit einem weiteren Phänomen.

Jung und männlich

Hatten die Republikaner vor 4 Jahren noch ihre meisten Anhänger bei den über 60-jährigen, die beispielsweise in Travemünde überdurchschnittlich vertreten sind, so ist das größte BRL-WählerInnenpotential die jüngste Generation, nämlich die der 16- bis 24-jährigen. 10 % dieser Altersgruppe wählten rechtsextrem. Eine weitere Tatsache, die in der Öffentlichkeit so gut wie nie tiefergehend thematisiert wird, ist die, daß es im Bezug auf das Wahlverhalten deutliche geschlechtspezifische Unterschiede gibt – so auch bei der Kommunalwahl in Lübeck. Hier wählten über 15 % der 16- bis 24-jährigen und fast 10 % 25- bis 30-jährigen Männer das BRL. Demgegenüber stehen die 16- bis 24-jährigen Frauen, die nicht einmal zu 5 % rechtsextremistisch wählten.

Fazit

3,6 % in Lübeck für eine offen neonationalsozialistisch auftretende Organisation sind besorgniserregend und sicherlich kein Anzeichen dafür, die Hände in den Schoß legen zu können. Deswegen:

Wehrt und organisiert Euch gegen jegliche Form von Rassismus und Faschismus – überall!

Mit breiter Bündnis-Arbeit zum Erfolg!

Im folgenden Artikel sollen die Ereignisse des Kommunalwahlkampfes in Lübeck noch einmal kurz und gründlich nachbereitet werden. Mit dem skandalösen Verhalten von Innenministerium, Lübecker Nachrichten (LN) und Polizei in der Auseinandersetzung um das „Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) beschäftigen wir uns in einem gesonderten Artikel.

Was ist das BRL?

Ein Blick in das Programm dieser Wählervereinigung verrät nichts über ihren tatsächlichen Charakter. Die meisten Punkte darin könnten genauso gut von einer konservativen Partei stammen. Dennoch ist das ***„BRL"*** der gefährlichste Zusammenschluß von Neonazis, der nach 1945 in Lübeck zu einer Kommunalwahl angetreten ist. Im wesentlichen handelt es sich um ein Bündnis der ***NPD*** mit den militanten Neonazis um **Christian Worch** und **Thomas Wulff** aus Hamburg. Die NPD ist in den vergangenen Jahren zu einem

Sammelbecken für Kader verbotener Naziorganisationen geworden und hat (vor allem in der ehemaligen DDR) regen Zulauf von jungen gewalttätigen Neonazis. Worch und Wulff, beide ehemalige Führer der seit 1995 verbotenen ***„Nationalen Liste" (NL)***, sind vor allem in den „alten" Bundesländern als Leitfiguren der neonationalsozialistischen Szene bekannt.

Der Lübecker Anhang des „BRL" war und ist eher klein. Maximal 20 Personen sind im Wahlkampf aktiv geworden. Diese personelle Schwäche wurde durch massive Unterstützung von außerhalb ausgeglichen. Hilfe erhielt das „BRL" beispielsweise für Plakatierungsaktionen an den Wochenenden aus Hamburg, Stormarn, Segeberg usw..



Deutsche Milchbubis verstecken sich hinter Pappschildern

Wahlkampf-aktivitäten

Das Aufhängen von Wahlplakaten an Straßenlaternen dürfte für die Neonazis äußerst deprimierend gewesen sein, da sie in der Regel aufgrund eines guten Meldesystems noch am selben Tag von AntifaschistInnen entfernt wurden. Die weiteren Wahlkampfaktivitäten des „BRL" erschöpften sich im Stecken und Verteilen von neonazistischem Propagandamaterial, was jedoch keineswegs flächendeckend gelang. In die Innenstadt trauten sich die Nazis erst gar nicht. Ein weiteres Mittel sollten Aufmärsche sein. Der am 31. Januar in Lübeck-Moisling dürfte aufgrund des antifaschistischen Widerstandes jedoch nicht im Sinne des „BRL" verlaufen sein. Nach stundenlangen Verzögerungen durch Blockaden der Zufahrtsstraßen verbot Bürgermeister Bouteiller den Aufmarsch kurzfristig wegen der unübersichtlichen Lage im Stadtteil. So mußten die hauptsächlich von außerhalb angereisten 150 Neonazis nach einer Kundgebung auf freiem Feld unverrichteter Dinge wieder abziehen. Der zweite Aufmarsch von ca. 300 Neonazis am 14.März durch den Stadtteil St. Lorenz-Nord gelang nur aufgrund des martialischen Einsatzes von 1200 PolizistInnen, die ca. 450 AntifaschistInnen in Gewahrsam nahmen. So kamen die Nazis ihrem Ziel, der Eroberung der Straße mit Hilfe der Polizei ein Stückchen näher.

Ein Bündnis, das Mut macht

Das breite antifaschistische Bündnis verschiedenster Gruppen und Initiativen hat seine Bewährungsprobe bestanden. Insbesondere die Beteiligung von SPD-Ortsvereinen sei hier hervorgehoben, eine Zusammenarbeit die alle Spaltungsversuche und Gewalt-Debatten überstanden hat und fortgesetzt wird. Dieses Bündnis hat am 14.März zur Kundgebung in der Innenstadt immerhin 2000 Menschen mobilisieren können, von denen ein großer Teil hinterher den Versuch unternommen hat, sich dem Naziaufmarsch direkt in den Weg zu stellen.

Was sind die nächsten Aufgaben?

Die Durchsetzung des Aufmarsches vom 14. März mit Polizeigewalt hat die Nazis zu weiterem Auftreten ermutigt. Dem gegenüber wird es immer schwieriger, die grundsätzliche


Thomas „Steiner" Wulff (re.) gibt Dieter Kern (li.) und Ingo Stawitz den Ton an



14.3.: Nazi-Aufmarsch unter Polizeischutz

Position aufrecht zu erhalten, daß faschistische Positionen geächtet werden müssen und diesen politischen Verbrechern kein Spielraum gegeben werden darf. Eine Hauptaufgabe in der nächsten Zeit wird daher sein, breite Diskussionen darüber zu führen, warum Faschismus keine Meinung wie andere auch ist und kein Recht auf legale politische Existenz hat. Daneben wird den andauernden Versuchen faschistischer Organisierung mit massiverem Protest und Widerstand entgegenzutreten sein. Denn die Nazis wünschen sich nichts sehnlicher, als ganz normal ihre Veranstaltungen und Demonstrationen durchführen zu können, ohne mit Gegenaktionen rechnen zu müssen. Diesen Gefallen dürfen wir ihnen nicht tun. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Nazis dazu übergehen, Gegendemonstrationen zu unseren Veranstaltungen zu organisieren. Die Antwort hierauf kann nur in verstärkter Mobilisierung bestehen. Grundvoraussetzung hierfür sind jedoch möglichst breite und handlungsfähige antifaschistische Bündnisse in allen Städten. Diese müssen miteinander vernetzt sein um sich im Fall der Fälle gegenseitig unterstützen können! Nur so ist ein Kräfteverschleiß verursacht durch ständiges zur Hilfe eilen einiger Weniger zu verhindern!



Szene am Rand der Route der Neonazis!

Hand in Hand – außer Rand und Band

So oder ähnlich kann das Verhalten der Lübecker Polizei, des Schleswig-Holsteinschen Innenministeriums und des Springermonopolblattes „Lübekker Nachrichten" in bezug auf die Gegenaktivitäten im Rahmen des Wahlkampfes des „Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL) bezeichnet werden.

Verwirrte Stellungnahme der Polizeidirektion Lübeck

Begonnen hatte alles in der Auseinandersetzung um den ersten geplanten Aufmarsch des BRL. Am 27.Januar schickte die Polizeiinspektion Lübeck der Hansestadt Lübeck eine Gefahrenprognose *„zu den angemeldeten Demonstrationen am 31.01.1998 in Lübeck-Moisling"*. In dieser ging es jedoch keineswegs um ein Verbot des Nazi-Aufmarsches, sondern Ziel war die Begründung für die Verlagerung der Gegendemonstration von SPD-Moisling und „Lübecker Bündnis gegen Rassismus" in einen nicht an Moisling grenzenden Stadtteil, wenn nicht gar um ein Verbot dieser Gegendemonstration.

In der Verlaufsprognose der polizeilichen Stellungnahme heißt es: *„Die Polizei rechnet mit massiven Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern der Veranstaltungen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Konfrontation primär von den Teilnehmern der Veranstaltung der SPD und des Bündnis gegen Rassismus ausgehen wird..."*. Um diese Behauptung zu stützen, werden diverse hanebüchene Begründungen geliefert, um so das Schreckgespenst der „Gewalt" an die Wand zu malen. In diese Richtung werden z.B. Textpassagen aus einem Demonstrationsaufruf, in dem unter anderem dazu aufgefordert wird, *„keine Nazi.-Provokation zuzulassen"*, *„den Aufmarsch zu verhindern"* bzw. *„durch massenhafte Präsenz und entschlossenes Vorgehen den Nazi-Aufmarsch unmöglich zu machen"* und der Titel der Kundgebung (*„Kein Fußbreit den Faschisten"*) pauschal umgedeutet. Unter dem Punkt *„Er-*

fahrungen der Demonstration vom 04.10.1997 in Lübeck" heißt es in der polizeilichen Begründung, das Lübecker Bündnis gegen Rassismus hätte an diesem Tag *„... die Konfrontation gesucht"*. Doch das ist schlichtweg gelogen. Der einzige Übergriff, der während des Aufmarsches des sogenannten ***„Freiheitlichen Volks Blocks" (FVB)*** stattgefunden hatte, ging von als Ordnern gekennzeichneten Neonazis aus. Diese hatten eine Antifaschistin von ihrem Rad gerissen und die am Boden liegende vor den Augen der Polizei mit einem Kampfhund bedroht.

Doch damit nicht genug der Unglaublichkeiten in der polizeilichen Gefahrenprognose. So heißt es unter dem Punkt *„Vorliegende Straftaten"*: *„Es wurden vom Bündnis gegen Rassismus Wahlplakate des Bündnisses Rechts für Lübeck zerstört. ... Die Bereitschaft zur Begehung von Straftaten, und zwar Anwendung von Gewalt – hier zumindest gegen Sachen – ist offensichtlich vorhanden"*. Hier wird in unzulässiger Weise versucht, das Entfernen faschistischer Propaganda in Form von Wahlplakaten – also eine Sachbeschädigung – in Gewalt umzudefinieren und somit gleichzeitig diese Art des *„zivilen Ungehorsams"* mit Nazi-Übergriffen gleichgesetzt. Auch in der Ausführung des Punktes *„Beteiligung autonomer Gruppierungen"* wird durch Mutmaßungen bzw. bewußte Fehldeutungen versucht, eine erhöhte Gewaltbereitschaft auf Seite der AntifaschistInnen zu konstruieren. Dort heißt es: *"In der veranstaltungsbezogenen Plakatierung findet sich neben dem bekannten Emblem des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus – klein abgedruckt – ein weiteres Emblem (ein fünfzackiger roter Stern mit der Abbildung einer vermummten Person mit einer Keule sowie der Aufdruck AP). Es könnte sich hierbei um ein Emblem des "Avanti-Projektes" handeln ... Es ist also von der Teilnahme zumindest einer militanten autonomen Gruppierung auszugehen"*. Hierzu sind mehrere Dinge anzumerken. Die Buchstaben auf dem oben erwähnten Emblem stehen nicht für „Avanti-Projekt", sondern für „Agitation und Propaganda". Desweiteren heißt die linksradikale Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke" schon seit Mitte 1996 „Levanti – Projekt undogmatische Linke". Eine Tatsache, die der Polizeiinspektion Lübeck bekannt ist. Doch es wird halt polizeilicherseits nichts unversucht gelassen, Ängste bei den Verantwortlichen der Hansestadt Lübeck zu schüren, und wenn wie in diesem Fall keine *„militante autonome Gruppierung"* unter den aufrufenden Gruppen zu finden ist, muß – hier in Form eines Emblems – notfalls eine Teilnahme konstruiert werden.

Als weiterer Punkt in der polizeilichen Gefahrenprognose wurden *„Erfahrungen aus der Demonstration in Dresden"* angeführt. Hier hatte am 24.01.1998 das „Dresdener Bündnis gegen Rechts" eine Gegendemonstration gegen einen Aufmarsch der rechtsextremen NPD durchgeführt. Von Seiten der Polizei stellt sich das ganze folgendermaßen dar: *„... Dabei wurden die Auseinandersetzungen von den Teilnehmern des BÜNDNISSES GEGEN RASSISMUS mehrfach bewußt gesucht. ... Ausschreitungen gab es jedoch dort, wo die Polizei eine Trennung der Teilnehmer der Veranstaltung nicht durchsetzen konnte, insbesondere im Zuge von An- und Abmarsch der Demonstrationsteilnehmer. ..."*. Hierzu folgendes: In diesem Punkt soll das Polizeidokument offenbar bewußt durch die Benutzung und Großschreibung der Worte „BÜNDNISSES GEGEN RASSISMUS" suggerieren, es seien Personen des Lübecker Bündnis gegen Rassismus vor Ort und an Auseinandersetzungen beteiligt gewesen. Zu den zitierten Auseinandersetzungen während des An- und Abmarsches ist es im wahrsten Sinne des Wortes *„im Zuge"* gekommen, als in Wurzen bei Leipzig AntifaschistInnen von Neonazis angegriffen wurden. In diesem Fall also Täter und Opfer klar zu benennen, wäre der Polizeiinspektion Lübeck und ihrer Gefahrenprognose eher abträglich gewesen, hätte diese Tatsache doch bewiesen, gegen wen eigentlich vorgegangen werden müßte.

Zuguterletzt ist der Punkt *„Aufrufe linker autonomer Gruppen in Hamburg"* zu nennen. *„... Erfahrungsgemäß ist hier von hoher Gewaltbereitschaft auszugehen. Hierauf weist besonders die Erkenntnis hin, daß man im Moislinger "Haus für alle" (Jugendzentrum) einen Sanitätsplatz einrichten will."* Hier soll der kosequente antifaschistische Widerstand kriminalisiert werden. Gleichzeitig wird versucht die hohe Gewaltbereitschaft von Neonazis und mögliche Übergriffe von Seiten der Polizei, aufgrund dessen ein Sanitätsplatz eingerichtet wurde, in eine Gewaltbereitschaft von AntifaschistInnen umzukehren.

Das Sahnehäubchen in der polizeilichen Gefahrenprognose bildet die Tatsache, daß das „Bündnis Rechts" dort nur in einem Satz erwähnt wird. Dort heißt es wörtlich: *„Der Aufruf des Bündnis Rechts dagegen enthält, außer den bekannten propagandistischen Darstellungen, keine Aufrufe zur Gewalt bei dieser Veranstaltung."* Eindeutiger konnte sich die Polizeiinspektion Lübeck nicht positionieren!

Wenn die Polizei Politik macht

Glücklicherweise folgte die Hansestadt Lübeck der Empfehlung der Ordnungshüter nicht und ersparte sich die Blamage in der Stadt der faschistischen Brandanschläge einen Naziaufmarsch zu genehmigen, den Protest dagegen jedoch zu verbieten. Im Gegenteil, sie verbot in letzter Minute den Naziaufmarsch. Die hierfür nötigen Informationen aus dem Innenministerium lagen ihr erst am 30.Januar vor. Dort heißt es: Die Demonstration werde in Hamburg organisiert, sie sei also keine Lübecker Kommunalwahlveranstaltung, und sie lasse Gewalthandlungen erwarten. Diese Informationen sind am

20.Januar vom LKA gekommen und am 23.Januar an die Polizeidirektion Lübeck weitergeleitet worden. Fragt sich nur, wieso diese keinen Eingang in die am 27.Januar erstellte polizeiliche Gefahrenprognose fanden.



Wir machen den Weg frei...

Politisches Kalkül seitens der Polizeiführung?

Dementsprechend geprägt war das Verhalten der Polizei auch am Tag der Demonstration selbst. Ca. 80 AntifaschistInnen wurden eingekesselt und vorübergehend in Gewahrsam genommen, da sie den Zufahrtsweg der Nazis blockierten. Dabei wurde teilweise versucht, den Eingekesselten waffenähnliche Gegenstände in die Hände zu drücken und sie damit zu fotografieren, um ihnen Straftaten nachweisen zu können. Eine seltsame Praxis, die jedoch ins Bild paßt. Hier noch einmal zur Klarstellung: Das von der Hansestadt Lübeck gegen den Naziaufmarsch ausgesprochene Verbot war gegen Mittag des 31.Januar vom Verwaltungsgericht Schleswig wieder aufgehoben worden. Kein Wunder, bezog es sich doch auf die einseitige Polizeiprognose, die die Gefahr im Antifaschismus zu erkennen glaubte. In Moisling rettete schließlich Bürgermeister Bouteiller selbst die Situation, indem er kurzerhand ein erneutes Verbot des Naziaufmarsches aussprach, da die Sicherheit im Stadtteil nicht mehr gewährleistet war. So konnten die Nazis nur eine Kundgebung auf freiem Feld abhalten und mußten anschließend wieder unverrichteter Dinge in ihre Busse steigen. Nach Beendigung der Veranstaltung erdreistete sich die Polizeiführung dann doch tatsächlich noch, auf einer Pressekonferenz Kritik am Verhalten der Verantwortlichen der Stadtverwaltung zu üben. Einsatzleiter Heiko Hüttmann kritisierte, daß das am Freitag abend verhängte Demonstrationsverbot zu spät ergangen sei und den brisanten Einsatz nicht gerade leichter gemacht habe. Fragt sich nur, wie dies früher hätte geschehen sollen, wenn die Polizeiinspektion Lübeck eine Woche lang die entsprechenden Verbotsgründe zurückhält und diese nicht in ihre Gefahrenprognose mit einfließen läßt. Doch Kritik kam auch aus dem Kieler Innenministerium. Auch hier war man sich nicht zu blöde, sich auf die Lageeinschätzung des LKA vom 21.Januar zu beziehen, die der Hansestadt Lübeck erst am 30.Januar übermittelt wurde. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, daß das Innenministerium nie die Empfehlung ausgesprochen hatte bzw. gewillt war, den Naziaufmarsch zu verbieten. Staatssekretär Hartmut Wegener ging es nämlich nur darum, *„die rechte von der linken Demonstration ... zu trennen. Die örtliche Lage hätte dann besser gesichert werden können."*

Politisch verantwortlich – Innenminister Wienholtz

Für den martialischen Polizeieinsatz während des zweiten Naziaufmarsches am 14.März trägt Innenminister Ekkehard Wienholtz die Hauptverantwortung. Er behauptete im Vorfeld beharrlich, daß Zweck und Tätigkeit des „Bündnis Rechts" nicht darauf ausgerichtet seien, gegen das Strafgesetz, gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung zu verstoßen. Es gäbe nicht genügend Material für ein Verbot (obwohl schon ein Blick in den Verfassungsschutzbericht aus dem Hause Wienholtz das Gegenteil zeigt). Zudem stand der Innenminister auch hinter der Linie, den Naziaufmarsch



...ihre Polizeiinspektion Lübeck

am 14.März mit Polizeigewalt durchzuprügeln. Die Situation war schon fast grotesk: 1200 PolizistInnen waren während des größten Einsatzes in der Nachkriegsgeschichte Lübecks aufgeboten worden, um die größte Massenfestnahme seit dem Ende des Nationalsozialismus durchzuführen.

Über 450 Menschen, die die oft angemahnte Zivilcourage im Auftreten gegen den Faschismus gezeigt hatten, landeten an diesem Tag im Polizeigewahrsam, stundenlang zusammengepfercht in Garagen und eigens aufgestellten Baucontainern. Und das alles, um knapp 300 Neonazis den Marsch durch Lübeck zu ermöglichen. Von Verhältnismäßigkeit war hier keine Spur, wer immer nach AntifaschistIn aussah, wurde mitgenommen. Wasserwerfer und Räumpanzer voraus, dann eine Polizeikette, dahinter die Nazis mit ihren schwarz-weiß-roten Fahnen – das war die Lübecker Ausgabe des Anachronistischen Zuges, der sich Schritt für Schritt durch den Stadtteil St. Lorenz bewegte. Immer wieder mußten von AntifaschistInnen errichtete Blockaden zur Seite geräumt werden, um den Faschisten den Weg zu bahnen.

Der unverhältnismäßige und unverantwortliche Polizeieinsatz inklusive der brutalen Übergriffe von Seiten der Polizei, durch die zahlreiche DemonstrantInnen verletzt wurden, war für Innenminister Wienholtz *„völlig in Ordnung"*. Er stellte sich voll hinter seine Einsatzkräfte. Diese hätten deeskalierend gewirkt. Die Verhältnismäßigkeit sei gewahrt worden. Die erhobenen Vorwürfe seien *„erstens falsch, zweitens absurd und eine Beleidigung für alle Polizeibeamten"*.

Daß sich Polizisten in Zivil als Provokateure unter die Demonstrierenden gemischt hatten und mindestens in einem dokumentierten Fall mit Fahnenstangen ihre KollegInnen so lange provozierten, bis diese einen Vorwand hatten, auf die AntifaschistInnen einzuknüppeln, war für Innenminister Wienholtz wahrscheinlich auch „völlig in Ordnung". Um dieses unglaubliche Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen, wurde das Gemälde von schweren Krawallen und Ausschreitungen an die Wand gemalt -Allen voran von den „Lübecker Nachrichten" (LN). Dort mutierten beispielsweise einige Holzlatten zu Straßenbarrikaden. Festgenommene wurden kurzerhand pauschal zu „Linksautonomen" erklärt. Eine Etikettierung, die offensichtlich jedes Vorgehen seitens der Polizei rechtfertigen sollte. Hervorgehoben wurde in den LN, daß *„von den Rechtsextremisten keine Gewalt ausgegangen"* sei. Auch die Naziparolen schienen den RedakteurInnen zu gefallen, deren sechs wurden wörtlich zitiert. Doch nicht nur während der Berichterstattung zu den Naziaufmärschen fielen die LN in unrühmlicher Weise auf. Nein, über gewalttätige Überfälle durch Neonazis wurde zudem so geschickt berichtet, daß nicht ersichtlich wurde, ob die Nazis die Täter oder nicht gar die Opfer waren. Als Ursache für die Überfälle wurde die Beseitigung von Wahlplakaten der Nazis durch empörte AntifaschistInnen genannt. Die Attacken der Nazis, die in einem Fall immerhin zur Folge hatten, daß eine Frau mehrere Tage im Krankenhaus verbringen mußte, sollten so gleichsam als Notwehr erscheinen. Desweiteren wurde dem „Bündnis Rechts" in der elfteiligen *„LN-Serie zur Bürgerschaftswahl am 22. März"* ein Forum für ihre Hetze gegen *„abgelehnte Asylbewerber und sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge"*, gegen *„ausländische Banden"*, gegen *„die Einführung des Euros"*, usw. geboten. Wohlwissend, welche Politik hiermit unterstützt wird und in der Sorge, daß die Nazis in die Lübecker Bürgerschaft einziehen könnten, wurden vorsorglich Schuldige gesucht. Diese fand Martina Janke-Hansen in einem LN-Kommentar am Wahltag. Es sind *„selbsternannte antifaschistische Kräfte. Statt argumentative Überzeugungsarbeit zu leisten, werden sie durch ihre Gewaltbereitschaft, ... , zum Wegbereiter rechtsradikaler Bündnisse auf ihrem Marsch zur Macht"*. Naja, zumindest können sich die LN damit rühmen, argumentative Überzeugungsarbeit geleistet zu haben! Fragt sich nur zu wessen Gunsten? Anzumerken sei hier noch, daß die Hauptparole des „Bündnis Rechts" mit „Bouteiller muß weg" eine war, die sich auch CDU und LN auf die Fahnen geschrieben haben – auch nach der Wahl!

...ischenfälle bei Demonstrationen gegen Rechtsradikale in Lüb...

Schwere Krawalle

Am Nachmittag wurde es Ernst: Nach friedlichen Kundgebungen am Morgen in der Lübecker Innenstadt eskalierten die Demonstrationen ... „Bündnis R...

wurden errichtet, Autos beschä... Hunderte von Festnah... sten wurden ... verletzt ...

Fazit

Alles in allem ein unverantwortliches Verhalten von Polizei, Innenministerium und LN. Ihnen ist es sicherlich nicht zu verdanken, daß das „Bündnis Rechts" an der 5%-Hürde scheiterte.

SBW

Die Antifas von der Straße fegen!

Motto der Polizei am 14. März, anläßlich der antifaschistischen Gegenaktivitäten gegen den geplanten Aufmarsch des „Bündnis Rechts“

-Ein Augenzeugenbericht

Anstatt morgens zum verabredeten Demonstrationsplatz zu gehen beschlossen wir, uns das ganze Geschehen einmal von einer anderen Perspektive aus anzusehen, nämlich aus der Perspektive der Polizei. Wir fuhren also schon früh am Morgen, mit Presseausweisen und Photoapparaten bestückt, nach Lübeck. Schon kurz nach der Autobahnabfahrt gerieten wir in die erste Polizeikontrolle, wo lediglich der Fahrer seine Papiere zeigen mußte. Hier nutzten wir gleich die Gelegenheit, um uns ein bißchen umzuhören und fragten, was die Beamten denn so für den heutigen Tag erwarten würden. Daraufhin wurde uns lediglich gesagt: *„Wenn die Linken ruhig bleiben, gar nichts“*. Danke! So fuhren wir weiter zum Sammelplatz der Nazis, zum Parkplatz an der Lohmühle. Hier angekommen bot, sich uns ein ziemlich beeindruckendes Szenario: In Reihe und Glied standen dort etliche Wannen, Polizeiautos und einige Räumpanzer und Wasserwerfer; insgesamt vielleicht 3 Einsatzhundertschaften. Die schienen wirklich ernstzunehmen, was der Bürgermeister versichert hatte, nämlich den Aufmarsch bei der ersten sich bietenden Gelegenheit aufzulösen. Einige Jungnazis aus Lübeck waren auch schon da und ließen sich an einer Bushaltestelle nieder, um ersteinmal ein wenig Alk zu konsumieren und ein paar Fahnen zu schwenken. Die auf dem Platz anwesende Staatsmacht schien dieses jedoch nicht zu interessieren und so wurden die Jugendlichen, die langsam immer mehr wurden, nicht weiter behelligt. Ungefähr eine halbe Stunde später kam jedoch langsam Bewegung in die Situation. Eine große Grüppe von Beamten verließ von einem Wasserwerfer gefolgt den Platz. Wir dachten natürlich sofort, daß die Busse mit den Nazis nun kämen und die Polizei ihnen einen ordentlichen Empfang bereiten wüede. Dem war aber nicht so. Anstatt sich um die Nazis zu kümmern, fingen die Beamten ersteinmal mit größter Brutalität an, daß Stadtviertel von spazierengehenden Antifas und aufmerksamen Bürgern zu räumen. Gerade als wir uns dieses einmal näher ansehen wollten, kam jedoch der Anmelder des Aufmarsches, **Dieter Kern**, angefahren und wurde sogleich vom Pressesprecher der Polizei, Tegebauer, begrüßt: *„Guten Morgen Herr Kern. Da haben wir aber Glück mit dem Wetter. Wollen mal schauen, daß wir die Sache genauso schön wie das Wetter über die Bühne kriegen ..:“*.

Daß wollten wir jedoch nicht hoffen und gingen unsererseits zu Herrn Tegenbauer hin, um ihm ein paar Fragen zu stellen. Auf die Frage ob denn heute mit Gewalt zu rechnen sei, meinte Tegenbauer nur, daß es darauf ankomme, wie sich denn die Linken verhalten würden und ob die Einsatzkräfte die Fronten trennen könnten. *„Wir sind allerdings jederzeit bereit und gewillt den Aufmarsch abzubrechen, wenn aus diesem Straftaten verübt werden oder die Situation im Stadtteil keinen Aufmarsch zuläßt“*, antwortete der Pressesprecher auf eine andere Frage. Das hörte sich ja wenigstens nach einem Lichtblick an ...

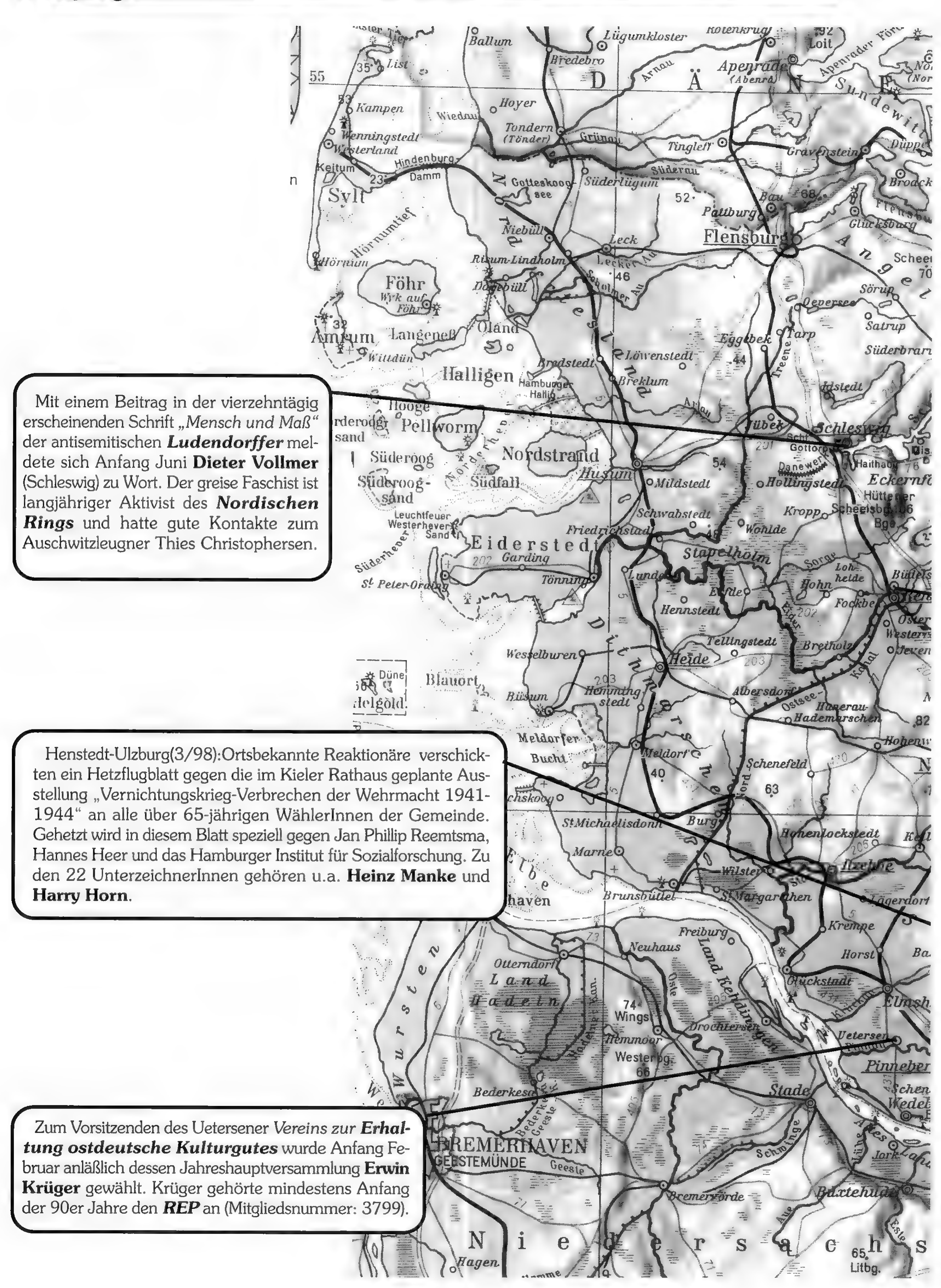
Unterbrochen wurde unser kleines Interview durch die Ankunft der Faschobusse am Ort des Geschehens. Als diese, von einigen Polizeikräften eskortiert, auf dem Parkplatz ankommen, herrscht im Stadtteil selber, das totale Chaos. Als erstes steigen **Thomas Wulff** und **Christian Worch** aus den Bussen und besprechen sich mit der Polizei. Wenig später steigen die restlichen Kameraden aus den Bussen und stellen sich in zwei Reihen vor selbigen auf. Circa. ein Dutzend Nazi-Ordner sorgen dafür, daß auch kein Fascho auf die Fotografen losgeht oder die Polizisten anpöbelt. Nun werden die Nazibusse von der Polizei durchsucht und etwa 10 Tischbeine und Baseballkeulen wechseln den Besitzer; auch eine Axt wird aus einem der Busse gezerrt. Dies ist jedoch kein Grund zur Beunruhigung und die Nazis können sich, ohne Durchsuchung oder Personalienkontrolle, mit den Lübecker Jugfaschos an der Bushaltestelle vereinigen. Ein Großteil der Polizeikräfte ist in diesem Moment schon abgezogen oder randaliert im Stadtteil. Langsam fangen wir ehrlich an, uns Sorgen zu machen und fragen uns ernsthaft, wie die denn mit so wenig Kräften einen mittlerweile recht großen Nazi-Mob überhaupt noch stoppen wollen, geschweige denn kontrollieren können. Aber das schaffen die schon, denken wir und beobachten weiter die lustigen Dinge, die sich hier so abspielen. Unsere Sorgen verstärken sich als der Mob unter den Augen der Polizei anfängt, die leergetrunkenen Flaschen einfach auf die Straße zu werfen und dabei Parolen zu grölen, über die Tegenbauer vorher gesagt hatte, daß diese zum Abbruch des Aufmarsches führen könnten, da sie den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllten (z.B.:*“Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“*). Aber vielleicht sind wir einfach zu kleinlich ...

Gegen die Proteste einiger Beamten (*„Der Stadtteil ist noch nicht frei, das könnte gefährlich werden!“*) setzt sich der Zug auf Drängen von Wulff (*„Wenn wir nicht endlich loskönnen, bahnen wir uns unseren Weg selber“*) in Bewegung. Die Masse der Polizeikräfte läuft jedoch nicht neben dem Zug oder fährt hinterher, um diesen gegebenenfalls zu stoppen, sondern fährt vor ihm her, um ihm den Weg freizuknüppeln. So geht es dann mehr oder minder rei-

bungslos weiter bis zum Brolingmarkt, wo sich eine Sitzblockade dem Troß in den Weg stellt bzw. setzt. Sofort wurden Polizeikräfte zusammengezogen und die Sitzblockade mit äußerster Brutalität geräumt. Hierbei schienen sich die verschiedenen Polizeieinheiten jedoch nicht ganz einig über das Maß der anzuwendenden Gewalt und den Verbleib der Weggeräumten zu sein, jedenfalls entflammten hierüber immer wieder einige Streitigkeiten. Auch über die Handhabe gegen plötzlich erschallende Ska-Musik aus einem der Häuser konnte keine einheitliche Linie gefunden werden. Während sich nämlich **Thekla Kosche** und **Christian Wendt** tierisch bei einem Polizisten darüber beschwerten und dieser ihnen beizubringen versuchte, daß es dagegen keine Handhabe gäbe, wurde die Musik von anderen Beamten abgeschaltet. Nun folgte noch ein gänzlich sinnloser und völlig überzogener Wasserwerfereinsatz, der durch provozierende Polizisten in Zivil ausgelöst wurde, dann wurde damit begonnen die verschiedenen Kessel aufzulösen und die Personen abzuhaften. Einige Gefangene wurden sogar in einem Räumpanzer abtransportiert, da alle Knastbusse belegt waren und eine Ingewarsam-nahme der Menschen anscheinend von zentraler Bedeutung war.

Abschließend bleibt anzumerken, daß ein vorzeitiger Abbruch des Naziaufmarsches weder möglich noch gewollt gewesen war und schon von vornherein feststand, auf welcher Seite der Gegner des Polizeieinsatzes zu suchen war. So verwundert es auch nicht, daß es über 400 festgenommene Gegendemonstranten gab, aber kein einziger Nazi in Gewahrsam genommen wurde. Interessant ist natürlich auch die Frage, auf wessen Weisung hin der Polizeieinsatz sich von vornherein auf die Gegendemonstration konzentrierte.

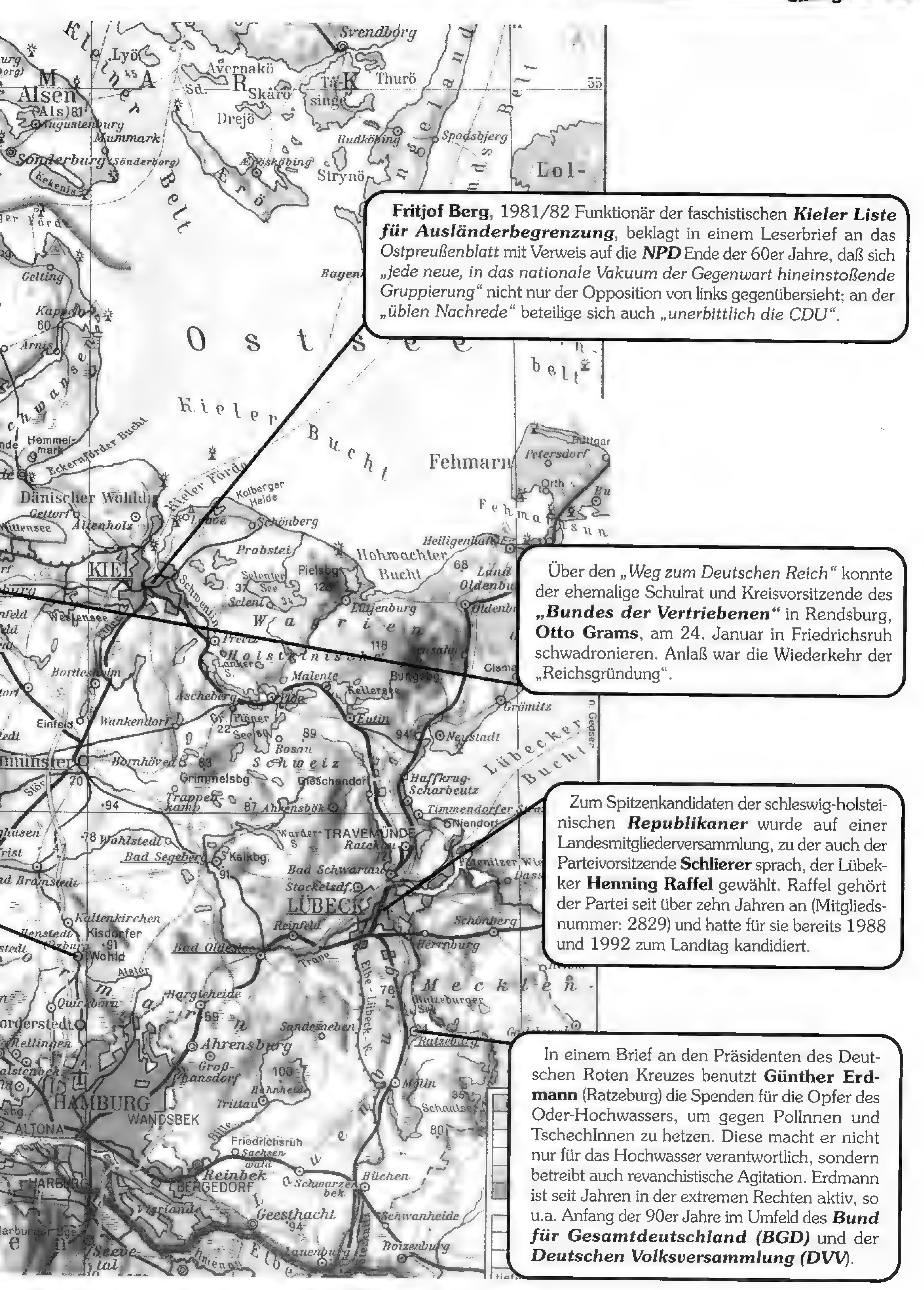




Mit einem Beitrag in der vierzehntägig erscheinenden Schrift *„Mensch und Maß“* der antisemitischen ***Ludendorffer*** meldete sich Anfang Juni **Dieter Vollmer** (Schleswig) zu Wort. Der greise Faschist ist langjähriger Aktivist des ***Nordischen Rings*** und hatte gute Kontakte zum Auschwitzleugner Thies Christophersen.

Henstedt-Ulzburg(3/98):Ortsbekannte Reaktionäre verschickten ein Hetzflugblatt gegen die im Kieler Rathaus geplante Ausstellung „Vernichtungskrieg-Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ an alle über 65-jährigen WählerInnen der Gemeinde. Gehetzt wird in diesem Blatt speziell gegen Jan Phillip Reemtsma, Hannes Heer und das Hamburger Institut für Sozialforschung. Zu den 22 UnterzeichnerInnen gehören u.a. **Heinz Manke** und **Harry Horn**.

Zum Vorsitzenden des Uetersener *Vereins zur **Erhaltung ostdeutsche Kulturgutes*** wurde Anfang Februar anläßlich dessen Jahreshauptversammlung **Erwin Krüger** gewählt. Krüger gehörte mindestens Anfang der 90er Jahre den ***REP*** an (Mitgliedsnummer: 3799).



Fritjof Berg, 1981/82 Funktionär der faschistischen ***Kieler Liste für Ausländerbegrenzung***, beklagt in einem Leserbrief an das *Ostpreußenblatt* mit Verweis auf die ***NPD*** Ende der 60er Jahre, daß sich *„jede neue, in das nationale Vakuum der Gegenwart hineinstoßende Gruppierung"* nicht nur der Opposition von links gegenübersieht; an der *„üblen Nachrede"* beteilige sich auch *„unerbittlich die CDU"*.

Über den *„Weg zum Deutschen Reich"* konnte der ehemalige Schulrat und Kreisvorsitzende des ***„Bundes der Vertriebenen"*** in Rendsburg, **Otto Grams**, am 24. Januar in Friedrichsruh schwadronieren. Anlaß war die Wiederkehr der „Reichsgründung".

Zum Spitzenkandidaten der schleswig-holsteinischen ***Republikaner*** wurde auf einer Landesmitgliederversammlung, zu der auch der Parteivorsitzende **Schlierer** sprach, der Lübekker **Henning Raffel** gewählt. Raffel gehört der Partei seit über zehn Jahren an (Mitgliedsnummer: 2829) und hatte für sie bereits 1988 und 1992 zum Landtag kandidiert.

In einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes benutzt **Günther Erdmann** (Ratzeburg) die Spenden für die Opfer des Oder-Hochwassers, um gegen PolInnen und TschechInnen zu hetzen. Diese macht er nicht nur für das Hochwasser verantwortlich, sondern betreibt auch revanchistische Agitation. Erdmann ist seit Jahren in der extremen Rechten aktiv, so u.a. Anfang der 90er Jahre im Umfeld des ***Bund für Gesamtdeutschland (BGD)*** und der ***Deutschen Volksversammlung (DVV)***.

Verbrechen lassen sich nicht leugnen - auch nicht in Kiel

Reaktionäre „Mobilmachung" gegen die Wehrmachtsausstellung im schleswig-holsteinischen Landtag

Auf Einladung des schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten, Heinz-Werner Arens soll die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" Anfang nächsten Jahres im Kieler Landeshaus zu sehen sein.

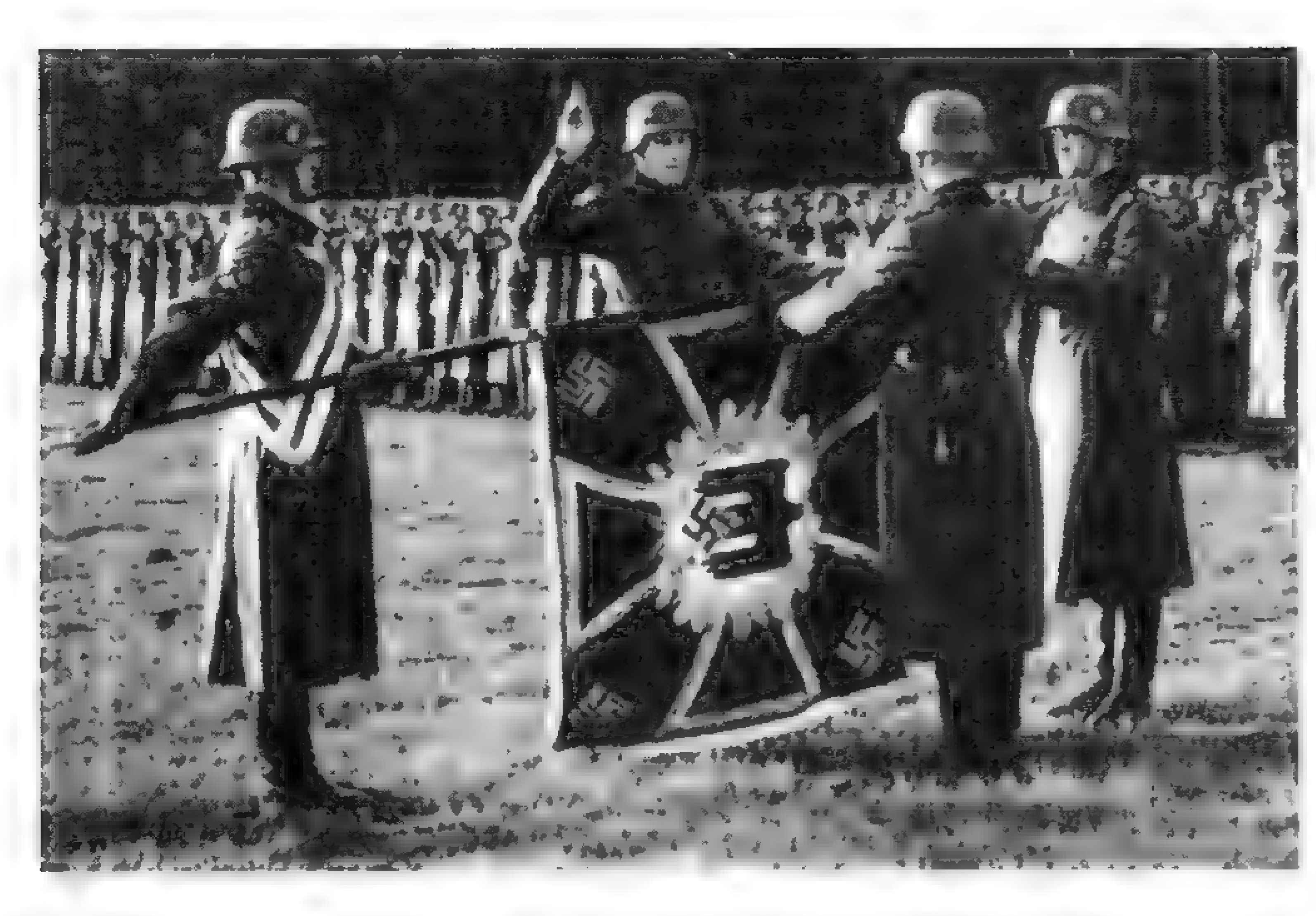
Die Ausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung" wird - seitdem sie in den letzten drei Jahren in verschiedenen Städten der BRD und Österreichs gezeigt wurde - von Protesten konservativer und rechtsextremer Kreise begleitet. Von verbalen Attacken, militanten Anschlägen, Kundgebungen, kleineren Demonstrationen, großformatigen Hetzanzeigen in Tageszeitungen bis hin zum bislang größten Aufmarsch der Nazi-Szene seit den 70er Jahren läßt sich die Liste der faschistischen Aktivitäten gegen die Ausstellung fortsetzen. Den vorläufigen Höhepunkt der rechten Mobilisierung bildete die Demonstration unter Führung der NPD und ihrer Jugendorganisation JN am 1. März letzten Jahres in München, an der ca. 5000 Alt- und Neonazis teilnahmen. In Dresden, wo die Ausstellung Anfang diesen Jahres zu sehen war, marschierten bei einer ebenfalls von NPD / JN organisierten Demonstration am 24. Januar rund 1200 Nazis gegen die Wehrmachtsausstellung . Auch hier lautete das Motto *„Unsere Großväter waren keine Verbrecher"*. Und darin sind sie sich einig : die militanten Stiefelnazis (alte wie neue) mit den erzreaktionären und sich bürgerlich gebenden CDU/CSU-AnhängerInnen, die Bundeswehr und die Soldatenverbände mit konservativen Hochschuldozenten und ProfessorInnen sowie Burschenschaften, „Vertriebenen"-Organisationen und die bürgerlich-reaktionäre Presse wie ***Welt, Focus, FAZ*** etc. Die Gegner der Ausstellung haben sich vor allem auf zwei Ziele eingeschossen: Einerseits wird versucht, den Ausstellungsmacher Hannes Heer als unglaubwürdig darzustellen, indem man ihm seine einstige SDS - und DKP-Vergangenheit vorwirft. Andererseits wird die Authentizität der gezeigten Dokumente in Zweifel gezogen, und die Fotos werden schlichtweg als Fälschungen diffamiert.

CDU belastet inneren Frieden

Der Streit um die Exposition, der bislang in Bayern die höchsten Wellen schlug, hat nun auch Schleswig-Holstein erreicht. Erste Reaktionen gab es aus der CDU-Landtagsfraktion vom damaligen CDU-Oppositionschef Ottfried Hennig, nachdem Landtagspräsident Arens (SPD) Ende Februar letzten Jahres die Entscheidung für die Einladung der Ausstellung nach Kiel bekanntgab. Hennig verfiel sogleich in den üblichen Vorwurf der Einseitigkeit an die ausgestellten Dokumente und Fotos und bemühte die alte Mär von den wenigen Einzeltätern innerhalb einer ansonsten sauberen und unschuldigen Wehrmacht. Unterstützung erhielt Hennig u.a. von den Kreisverbänden der Junge Union (JU) Plön und der Seniorenunion (SU) Plön. Diese warfen auf einer gemeinsamen Veranstaltung im Januar dieses Jahres den Ausstellungsmachern Unseriosität und Unwissenschaftlichkeit vor. *„Tatsächliche Verbrechen durch Einheiten und Soldaten der Wehrmacht werden zum Pauschalvorwurf gegen alle ehemaligen Soldaten verallgemeinert und damit eine ganze Generation in ihrem Ehrgefühl verletzt"*, so der Tenor. Die Kreisvorsitzenden der bei-



Jung-Nazis waschen die Wäsche der Alt-Nazis



den CDU-Vereinigungen forderten den Landtagspräsidenten auf, die Einladung an die Ausstellungsveranstalter zurückzunehmen. Unterstrichen wird diese Forderung auch von Ottfried Hennigs Nachfolger, dem jetzigen CDU-Landeschef **Peter Kurt Würzbach**, den selbst die konservativen Kieler Nachrichten als *„weit rechts von der Mitte stehend"* bezeichnen. In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt" im März diesen Jahres sieht Würzbach den *„inneren Frieden in Schleswig-Holstein stark belastet"*, würde die Wehrmachtsausstellung wirklich im Landeshaus gezeigt.

CDU und Nazis Hand in Hand

Der Oberstleutnant a.D. Würzbach sieht *„eine ganze Generation durch die Gleichstellung mit Mördern pauschal diskriminiert"* und spricht der Ausstellung jeglichen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte ab. Und prompt kriechen die Ewiggestrigen aus ihren Löchern und gratulieren der Landes-CDU zu ihrem mutigen Vorsitzenden: Am 17.März diesen Jahres flatterte den EinwohnerInnen Henstedt-Ulzburgs (persönlich adressiert v.a. an ältere BürgerInnen) ein Hetz-Flugblatt gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung im Kieler Landeshaus in den Briefkasten. Darin wird zur *„Vereitelung"* der Ausstellung aufgerufen und mit Hinweis auf die bevorstehende Kommunalwahl zum Protest gegen die Ausstellung aufgefordert. Unter der Fragestellung *„Wer sind Jan Phillipp Reemtsma und Hannes Heer ?"* folgt eine Litanei von Beschimpfungen und Diffamierungen gegen die Macher der Ausstellung als *„Volksverhetzer"* und Finanziers der Autonomen Szene sowie als ehemalige Mitglieder des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und der DKP.

Anstatt eines V.i.S.d.P. finden sich unter dem Schreiben 22 Unterschriften. Darunter **Heinz Manke** aus Henstedt-Ulzburg, der als Kontaktperson für die Kameradentreffen der Traditionsgemeinschaft fungiert.

Ein Heer von Einzeltätern?

Wie nicht anders zu erwarten, haben sich inzwischen auch die sogenannten „Vertriebenen"-Verbände gegen die Pläne des Landtags gewandt, die Ausstellung dort zu zeigen. Nach Meinung des Vorsitzenden des ***„Landesverbandes der vertriebenen Deutschen" (LvD)***, **Dieter Schwarz**, sei die Ausstellung *„(...) kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens"*. Für ihn habe sich *„die Anti-Wehrmachts -Ausstellung des Altkommunisten Heer und des Zigaretten-Millionärs Reemtsma erübrigt"*, denn, so weiß Schwarz weiter, es könnten mehr als 18 Millionen deutsche Soldaten mit Recht sagen, daß sie selbst, *„bis auf wenige Ausnahmen"* an den Verbrechen Hitlers *„nicht beteiligt waren"*.

Solche reaktionären Äußerungen blenden völlig aus, daß der Überfall auf die Sowjetunion als solches ein Verbrechen gewesen ist und von Anfang an als *„Weltanschauungskrieg gegen die jüdisch-bolschewistische Verschwörung"* mit dem Ziel der völligen Unterwerfung bzw. Vernichtung geführt wurde. Mit den genannten Stellungnahmen wird zugleich Stimmung gemacht für Aktionen der extremen Rechten gegen die am 7. Januar beginnende Ausstellung. Eine Beteiligung an entsprechenden Aktivitäten in Marburg und Bremen läßt sich zumindest für die burschenschaftliche Szene Kiels und den ***Wählerbund Deutschland*** (inzwischen beim ***BFB*** gelandet) nachweisen.

61. ID

Kameradentreffen der Traditionsgem. AR 161— (61. ID) vom 9. bis 11. Mai 1997 in Bergisch-Gladbach, Hotel Gronauer Tannenhof, Robert-Schumann-Str. 2. Kontaktadresse: Heinz Manke, Bahnhofstr. 4, 24558 Henstedt-Ulzburg, Tel. (0 41 93) 90 11 01.

Soldaten sind keine Mörder!

Deutsche Soldaten in der Sowjetunion, 1943

Am 7. Januar 1999 wird in Kiel (Landeshaus) die Ausstellung **„Vernichtungskrieg — Verbrechen der Wehrmacht"** eröffnet.
Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit ***enough is enough*** ein ***Gegenwind***-Sonderheft veröffentlichen:

Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht

Wir suchen noch Unterstützung: Leute, die am Heft mitarbeiten, die Geld spenden oder die das (kostenlose) Heft ab Anfang November in Schleswig-Holstein verteilen wollen.
Meldet Euch bei uns:

Gegenwind, **Schweffelstr. 6, 24118 Kiel**
Tel.: 0431 / 56 58 99, Fax: 57 70 56

Wieder NS-Verherrlichung durch die CDU in Henstedt-Ulzburg

In einem nicht als CDU-Flugblatt gekennzeichneten Schreiben an alle Henstedt-UlzburgerInnen über 65 Jahre haben 22 örtliche CDU-Mitglieder und -Größen in selbst dort bisher nicht gekanntem Ausmaß nazistische Polemiken verbreitet.

„Liebe Henstedt-Ulzburger Bürgerinnen und Bürger, wir, Ihre unterzeichnenden Mitbürger, sind zusammen mit vielen, vielen anderen zutiefst empört über den folgenden Sachverhalt: Der Präsident des schleswig-holsteinischen Landtages, Heinz-Werner Arens, hat nach Presseberichten ohne Beteiligung der Fraktionen die Ausstellung „Vernichtungskrieg-Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ vom 7. Januar bis zum 14. Februar nach Kiel in das traditionsreiche, ehrwürdige Landeshaus geholt. Mit dieser Ausstellung werden 18 Millionen damals in der Wehrmacht dienende Soldaten, Millionen von Gefallenen und deren Hinterbliebene auf ungeheuerliche Weise durch eine verlogene und verfälschte Darstellung diffamiert und zutiefst beleidigt (...). Ermutigend ist, daß die CDU unseres Landes mit ihrem Vorsitzenden Peter Kurt Würzbach dieses Projekt ablehnt.“ So beginnt das zwei Seiten lange Schreiben an alle in Henstedt-Ulzburg gemeldeten EinwohnerInnen, die mehr als 65 Jahre alt sind. Zu den 22 Unterzeichnern der nazistischen Hetzschrift gehören neben gewöhnlichen CDU-Mitgliedern auch der Senior-Chef von MANU-Bau - und Vater des aktuellen CDU-Vorsitzenden Volker Manke - **Heinz Manke**, der ehemalige CDU-Ortsvorsitzende **Günter Heinz Baum, Sönke Carstensen**, Besitzer der Jet-Tankstelle in Henstedt-Ulzburg sowie weitere Geschäftsleute des Ortes. Heinz Manke war zuletzt im Rahmen einer antifaschistischen Kampagne gegen das Ulzburger Heldengedenken im November als Altnazi geoutet worden, da er noch Anfang der 90er Jahre „Kameradschaftstreffen“ der „Traditionsgemeinschaft“ seiner Wehrmachtseinheit im Ulzburger Hotel „Viking“ organisiert hatte. Das nicht als Partei-Flugblatt gekennzeichnete Schreiben - so gab die Henstedt-Ulzburger CDU mittlerweile zu - war eine Wahlkampfaktion der örtlichen Union, die sich zu diesem Zwecke auch von Bürgermeister **Volker Dornquast** die Adressen aller Ulzburger SeniorInnen hat geben lassen. Dornquast selber bezeichnete dies mittlerweile als „normalen Akt“ im Wahlkampf und rechtfertigte die Nichtkennzeichnung der Hetzschrift damit, daß ja eine Wahlempfehlung erkennbar sei.

Auf der zweiten Seite des CDU-Schreibens werden Jan Phillipp Reemtsma und der Historiker der Wehrmachtsausstellung - Hannes Heer - persönlich aufs Schärfste diffamiert. Darin heißt es unter anderem : *„Reemtsma mit seinem Institut für Sozialforschung engagierte für seine neomarxistischen Ideen den Volksverhetzer Hans-Georg Heer (...). Er gehörte in Bonn als Student dem linksextremistischen „Sozialistischen deutschen Studentenbund“ an und wurde auf Seminaren in der DDR geschult.“* Anschließend folgt ein Rundumschlag gegen die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, sowie gegen Schwule und Lesben: *„Der ewige Student Hannes Heer wechselte an die Hamburger Uni und zur Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik unter Professor Zechlin, im Studentenjargon „Hochschule für Wirrwar und Palaver“ genannt. Im Keller der Kader schmiede für zukünftige Führungskräfte deutscher Politik gibt es das Cafe „Knallhart“ und angesschlossene Ruheräume „für gleichgeschlechtlich veranlagte“.“* Im Folgenden wird auch die Wehrmachtsausstellung als *„Verteufelung der Wehrmacht“* und „Schmähausstellung“ bezeichnet.

Alle 22 Unterzeichner der Hetzschrift erhielten inzwischen von Reemtsmas und Heers Anwalt eine Abmahnung mit der Androhung einer Vertragsstrafe von 10 000 DM. Sie mußten mittlerweile eine Unterlassungserklärung unterschreiben. Über die Urheberschaft des Schriftstückes schweigen sich die CDU-Mitglieder bisher aus.Der Mitunterzeichner **Harry Horn** erklärte gegenüber Journalisten lediglich, der Verfasser der Zeilen müsse wegen eines „Formfehlers“ die gesamten Anwaltskosten übernehmen, die sich auf insgesamt 28 400 DM belaufen. Zudem ermittelt der schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für Datenschutz , ob die CDU illegal Daten aus dem Meldeamt der Gemeinde weitergegeben hat. Könnte das so nachgewiesen werden, dürfte die Henstedt-Ulzburger CDU künftig keine Daten von der örtlichen Meldebehörde erhalten. Währenddessen verlangte das Innenministerium eine rasche Aufklärung. In linken Gruppen der Region wird derzeit daran gearbeitet, ein „Dossier CDU Henstedt-Ulzburg“ zu erstellen, in dem sämtliche rassistischen, revanchistischen und nazistischen Positionen der örtlichen Union zusammengefasst werden sollen, um das geistige Niveau und die Gefahren zu dokumentieren, die aus dieser Politik der Kontinuität mit dem NS-Staat resultieren.

tüdl

Heinrich-Petersen-Straße wird umbenannt!!

Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/ Grüne und Wählergemeinschaft Henstedt-Ulzburg (WHU) hat die Gemeindevertretung des Ortes am 17. Februar beschlossen, die nach dem Nazi-Bürgermeister Heinrich Petersen benannte Straße im Ortsteil Ulzburg in „Clara Schumann- Straße" umubenennen.

Damit folgten die Henstedt-Ulzburger SozialdemokratInnen zwar den Forderungen eines linken Bündnisses aus Jusos, PDS, DKP, Antifa und autonome Gruppen, das seit Mitte Oktober unter anderem die Umbennenung der Petersen -Straße mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen einklagt. Mit der neuen Namensgebung nahm die SPD allerdings den Weg des geringsten Widerstandes. Hatte das Bündnis „Gegen die Verdrehung der Geschichte" noch die Benennung nach Josef Tichy (einem 1945 kurz hinter Ulzburg erschossenen KZ- Häftling) gefordert, wollte die Gemeindevertretung auf keinen Fall einen politischen Namen. Vorausgegangen war dieser Entscheidung ein Schlingerkurs der WHU, die sich mal der CDU, mal der SPD näherte, sowie eine ebenso unverständliche Willensbildung bei den Grünen: aus deren Reihen war „unter der Hand" zu vernehmen, man wisse ja nicht genug über diesen Tichy, es könne sich bei ihm ja auch um einen Kriminellen handeln.

Nazisprüche von der CDU

Dennoch führte auch der Antrag auf eine Benennung nach Clara Schumann zu Tumulten im Henstedt-Ulzburger Rathaus. Obwohl die CDU-Fraktion unter ihrem Vorsitzenden Horst Otto intern vereinbart hatte, daß nur Rolf Schulz zum Thema sprechen sollte, hielt es gleich mehrere „ChristdemokratInnen" nicht auf ihren Stühlen. Nachdem Schulz von einem *„ganz sensiblen Thema"* gesprochen hatte, *„Sachlichkeit"* anmahnte, aber auch verlautbarte, *„nicht alle Mitglieder der NSDAP sind Nazis gewesen"* , äußerten sich im weiteren Verlauf noch andere CDU- VertreterInnen zum Thema. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es schließlich, als **Steffen Schacht** (CDU) das Wort ergriff. *„Wenn Sie als Gemeindevertreter noch an Werte glauben wie Fleiß, Strebsamkeit, Hilfsbereitschaft, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Treue, das sind die Werte der Nazizeit, dann hätten auch Sie Karriere im Nazistaat gemacht."*, brachte er astreine NS- Propaganda vor und löste damit lautstarke Proteste aus. Kai Schmidt, der für die SPD den Antrag auf Umbenennung der Straße gestellt hatte, war fassungslos und schrie: *„Ich will den Verfassungsschutz hier haben!"*

Auch der vor kurzem schmollend aus der CDU ausgetretene **Horst Löhr** (jetzt Kandidat der WHU für die Kommunalwahlen) leistete sich sich eine skandalöse Entschuldigung des NS- Täters Petersen, als er zu dessen Verteidigung anführte, ein jüdischer Nachbar des Ex- Bürgermeisters habe schließlich den Krieg überlebt. Vor allem die Grünen hatten es an diesem Abend nicht leicht. So handelte sich etwa Joachim Bednorz minutenlange Wortgefechte mit einigen reaktionären Zuschauern ein, als er analysierte, *„die Heinrich Petersens haben den Krieg ausgelöst"*.

CDU mobilisierte gegen Umbenennung

Auch am Rande der Gemeindevertretung kam es zu Auseinandersetzungen. Während der Sitzung hatte nämlich ein Anwohner der Petersen-Straße eine Unterschriftenliste in das Plenum gereicht, auf der nahezu alle AnliegerInnen die Beibehaltung des alten Namens forderten. Iniiert worden war diese Aktion vom ebenfalls dort wohnhaften CDU - Kreistagsvorsitzenden Gerhard Pflugradt. Der ging dann auch vehement dazwischen, als Yves Clairmand-Mitglied der Juso AG Henstedt-Ulzburg - den Anwohner um ein Gespräch bat und unterband jegliche Unterhaltung.

NS-Kultstätte wird umgestaltet

Derweil ist erfreulicherweise auch Bewegung in den Streit um die NS-Gedenkstätte am Beckersberg gekommen. Die zuständigen Ausschüsse der Gemeinde bewilligten nach einem Antrag der SPD vor kurzem Gelder für die Umgestaltung des Beckersberggeländes.Wie diese Umgestaltung indes aussehen wird, bleibt erstmal fraglich. Die Gruppe AntifaschistInnen Norderstedt (GANo) bedauerte in einer Pressemitteilung *„die vertane Chance der Gemeinde, sich in einer inhaltlichen Debatte um die Heinrich-Petersen-Straße eindeutig antifaschistisch zu positionieren. Die Benennung der Straße nach einem Opfer des örtlichen NS-Terrors wäre ein Schritt hin zu einem parteilichen, kritischen Umgang mit der ortseigenen NS-Vergangenheit gewesen."* Die Gruppe fordert weiterhin die Umgestaltung der ehemaligen Nazi-Kultstätte Beckersberg zu einer antifaschistischen Lernwerkstatt.: *„An dieser Stelle sollte eine Auseinandersetzung mit der Funktionsweise von Faschismus und seiner gesellschaftlichen Realität am Beispiel des NS-Regimes gefördert werden. Eine Erweiterung des Geländes durch einen Gedenkstein für die im*

Faschismus terrorisierten Gruppen wie z.B. JüdInnen, sog. Behinderte oder Oppositionelle halten wir für falsch. Dies würde einem Gedenken Vorschub leisten, das Täter und Opfer gleichmacht. Die Lernwerkstatt soll verdeutlichen, welche Personen und Gruppen den Terror der NSDAP in den damaligen Dörfern Henstedt und Ulzburg organisiert haben. Sie soll aufzeigen, welche massenhafte Akzeptanz die faschistische Ideologie schon zu frühen Zeiten der Nazipartei in der Bevölkerung der Region erfuhr. Ziel der Lernwerkstatt ist es, die Wachsamkeit gegenüber faschistischen Tendenzen und autoritärem Staat heute zu fördern. Nur wer die Verbrechen des deutschen Faschismus rückhaltlos dokumentiert, kann eine Verdrehung der Geschichte verhindern!"

tüdl

Wirklich nur "Jugendsünden" ?

Stolpert ein frischgebackener Bataillonskommandeur über seine rechtsextreme Vergangenheit?

In Heide wurde jetzt bekannt, daß der Oberstleutnant Andreas Proksa, seit 26. März Kommandeur des III. Bataillons des Luftwaffenausbilderegiments, in seiner kurzen Zeit als persönlicher Referent und Pressesprecher des Oberkreisdirektors des Oberbergischen Kreises deutliche rechtslastige Tendenzen in seine Tätigkeit einbrachte. Dies ist sogar juristisch verbrieft in einem Urteil vom 24. September 1990 des Amtsgerichtes Gummersbach. Dort landete der „Fall Proksa", weil dieser gegen einen Mitarbeiter in der damaligen Kreisverwaltung Anzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede erstattet hatte. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und gab diesem vielmehr Recht in der Beurteilung von Proksas Wirken bzw. sprach diesem ausdrücklich das Recht auf freie Meinungsäußerung zu. Wörtlich heißt es in dem Urteil: *„Somit hat sich die Behauptung des Angeklagten, der Zeuge Proksa vertrete rechtsextreme Ansichten, grundsätzlich als wahr erwiesen."*

Auf Proksas Karriere hatte der Prozeß keine nachteiligen Auswirkungen. Zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung war der Reserveoffizier bereits Referent im Verteidigungsministerium (seit 1. November 1989). 1993 wurde er zum Oberstleutnant befördert, eine Generalstabsausbildung an der durch **Manfred Roeders** Auftritt ins Gerede gekommenen Führungsakademie in Hamburg schloß sich an. Proksa ist seit Ende der 70er Jahre dadurch aufgefallen, daß er für ***„criticon"*** (rechtes Theorieorgann) und das „Ostpreußenblatt" zur Feder griff. So schrieb er laut „Dithmarscher Landeszeitung" beispielsweise: *„Die eingefahrene Art der moralisch-überschwenglichen Distanzierung von den unvorstellbaren Verbrechen der Nazis, ist wohlfeil, primitiv und begünstigt Geschichtslügen."*

Als Kreis-Pressesprecher in Gummersbach leistete er sich diverse „Rechtsausleger", die alle im Gerichtsverfahren zur Sprache kamen, und wofür er im Juli 1989 bereits wegen *„mangelnder Sensibilität für die politische Mitte"* ins Kreisrechtsamt versetzt wurde. Über die Tragweite der Verfehlungen sagte der Oberkreisdirektor des Oberbergischen Kreises, Heribert Rohr, in einem Interview, daß gegen Proksa ein Disziplinarverfahren angestrengt worden wäre, wenn dieser nicht im Herbst 1989 beim Kreis gekündigt hätte. Zu den Vorwürfen gegen den heute 40jährigen im einzelnen:

In seiner Tätigkeit als Referent beim Oberbergischen Kreis soll er nach Aussagen seines Vorgängers Berichte über den nationalsozialistischen Terror einschließlich der Judenverfolgung und –vernichtung als Lüge bezeichnet haben. In einem Gespräch mit dem damaligen Landrat äußerte sich Proksa abfällig über den damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizäcker, der in einer Rede die nationalsozialistischen Greultaten als historisch unvergleichbar bezeichnet hatte. 1989 tauchten in den Büros der Kreisverwaltung ein Namensverzeichnis der Ortschaften in den früheren deutschen Ostgebieten sowie Kalender einer Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer auf, die in Italien für Sprengstoffattentate auf Strommasten verantwortlich waren. *„Diese Material wurde teilweise von Proksa besorgt"*, stellte das Amtsgericht Gummersbach fest. Gegenüber zwei Sekretärinnen äußerte er sich dahingehend, daß nicht alle Greueltaten, die man den Nazis nachsage, auch wirklich begangen worden seien und daß alles maßlos übertrieben werde. Ferner tauchte im von Proksa erstellten Pressespiegel ein Artikel der ***„Deutschen Wochenzeitung"*** auf. Außerdem fand man heraus, daß auf Proksas Veranlassung die "Deutsche Wochenzeitung" in den Verteiler für Mitteilungen aus dem Sozialdezernat des Oberbergischen Kreises aufgenommen wurde. Bereits bei der Erstellung von Redemanuskripten für den damaligen Landrat bzw. eines Begleittextes zu einer Ausstellung zur NS-Geschichte im Oberbergischen Kreis fiel Proksa unangenehm auf. Gespickt mit rechtslastigen Äußerungen ließen sich seine Ausführungen nicht verwenden, erinnerte sich Proksas Vorgänger. Gegenüber diesem belastenden Material spricht der in die Schußlinie geratene Führungsoffizier von einem *„Räderwerk der Denunziation"*. Gegen ihn wurde nach den ersten Vorwürfen in der Öffentlichkeit ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Unterdessen wurde bekannt, daß Proksa nach Wiedereintritt in die Bundeswehr dort unter anderem als Referent mit der Dienstaufsicht über disziplinarrechtliche Verfahren gegen Offiziere betraut gewesen sein soll. Dabei soll es auch um Verfahren wegen rechtsradikaler Tendenzen gegangen sein.

Der SPD-Kreisverband Dithmarschen hat inzwischen die Abberufung Proksas gefordert. Dem SPD-Kreisvorsitzenden Detlef Buder zufolge ist Proska im Besitze des CDU-Parteibuches. In der Wulf-Isebrand-Kaserne in Heide ist Proksa derzeit unter den 1000 Soldaten – darunter 600 Wehrpflichtige – nicht anzutreffen. Er ist vom Luftwaffenamt Köln-Wahn zur Prüfung der Angelegenheit an den Rhein zitiert worden. Die Untersuchung des Vorgangs um Proksas rechtsgesinnte Vergangenheit dauert an. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages wurde eingeschaltet und auch bei den letzten Zusammenkünften des Untersuchungsausschusses zu den rechtsextremistischen Vorfällen in der Bundeswehr kam die akte Proksa auf den Tisch. Aus dem Verteidigungsministerium hieß es lediglich, Proksa habe sich seit seinem Wiedereintritt in die Bundeswehr tadellos verhalten. Er verfüge über beste Zeugnisse und sei eine überaus integere Persönlichkeit.

Peter Pukowsky, Sprecher des Luftwaffenamtes in Köln, verfährt nach der Devise „es kann nicht sein, was nicht sein darf". Er gehe davon aus, *„daß an den Vorwürfen nichts dran ist"*. Im Verteidigungsministerium hat man jedenfalls aus all den vielen „Einzelfällen" in jüngster Vergangenheit offensichtlich nichts dazugelernt. Wie sonst ist es möglich, daß erst dementiert wird, und dann geprüft. Dies fragt sich jedenfalls die verteidigungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Angelika Beer. Für sie ist es geradezu ein politischer Skandal, daß das Verteidigungsministerium angesichts der vorliegenden Schriftstücke nicht in der Lage ist, sich von Proksas Äußerungen zu distanzieren. Und diese sind nun wirklich nicht zweideutig. So formulierte er im „Ostpreußenblatt" (August 1982) in Anspielung auf die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Zeitschrift „Politische Zeitung" (PZ): *„Eine Landkarte in „PZ" überschrieben mit „Kriegszerstörungen in den deutschen Städten" trägt in Kleinstschrift den Vermerk „Grenzen von 1949" und zeigt nur das Gebiet von Bundesrepublik und DDR. Die Ostgebiete gibt es dort nicht mehr, Breslau, Kattowitz, Königsberg, Memel usw. sind für die „PZ" keine deutschen Städte. Karte und Vermerk legen dem Leser nahe, daß jede andere Auffassung indiskutabel sei – und sind tatsächlich doch selbst indiskutable Manipulationen. Zumal es niemals irgendwelche „Grenzen von 1949" gegeben hat, sondern die völkerrechtlich gültigen Grenzen die des ganzen deutschen Reiches sind."*

Dies verfaßte Proksa als 24jähriger. Da kann man wohl nicht mehr von Jugendsünden sprechen. Und Verteidigungsminister Volker Rühe? Er hält die aufklärenden Medien für das Grundübel. Die Bundeswehr werde in den Dreck gezogen, Hysterie verbreitet. Zum Thema „Proksa" hat er bisher geschwiegen. Alle bisher bekannt gewordenen Verfehlungen in der Truppe hat er mit fehlender Dienstaufsicht vor Ort billig herunterspielen können. In der Angelegenheit „Proksa" liegt die Verantwortung allerdings auf der Hardthöhe, und das ist nun einmal die Rühe-Ebene, da es sich hier eben nicht um einen „Ausrutscher" eines x-beliebigen Rekruten handelt. Der Fisch beginnt eben am Kopf zu stinken ...

RCDS-Kiel und der braune Sumpf

Eine lückenhafte Chronologie des Vordringens der extremen Rechten in den Kieler RCDS und den politischen Raum Universität.

8. Mai 1995: Der Kieler RCDS verteilt in den Mensen der Kieler Universität den geschichtsrevisionistischen ***„Aufruf gegen das Vergessen"***. Der zuvor von Neu-Rechten und Rechtskonservativen in der FAZ veröffentlichte Aufruf bagatellisiert den Holocaust, indem in ihm versucht wird, die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten zum eigentlichen Inhalt des 8. Mai 1945 dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu machen. Die Linke-Bunte-Liste stellt darauf im Studierendenparlament (Stupa) Abwahlanträge gegen alle auf AStA- und Stupa-Posten befindlichen RCDSlerInnen, diese Anträge werden vom Stupa mit großer Mehrheit abgelehnt. Der RCDS mobilisiert zu den Stupa-Sitzungen ca. 20 Studenten, die sich mit revisionistischen Reden als Vertreter der selbsternannten „Neuen Rechten" outen.

Juni 1995: Bei den Wahlen zum Stupa tritt der RCDS mit der größten Liste (27 KandidatInnen) an und verbessert sein Ergebnis von 9% 1994 auf 12,2 % (766 Stimmen) 1995 und behält zwei Stupa-Sitze. Unter den KandidatInnen die Mitglieder der ***Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel:* Rüdiger Dorff, Markus Timmler, Briga Bohlinger,** u.a. Die Hochschulgilde tritt in Kiel im Oktober 1995 erstmals in Erscheinung.

Januar/Februar 1996: Der RCDS nimmt eine Informationsveranstaltung des AStA über die kriminalisierte Zeitschrift „radikal" zum Anlaß, in einer Reihe von Flugblättern gegen *„Linksextremisten"* an der CAU zu hetzen: Die linken Uni-Gruppen werden in *„geistige Nähe von RAF und AIZ"* gerückt, die Grünen HSG zu einer Gruppe von RechtsbrecherInnen, weil sie rechtswidrig in Gorleben demonstrierten und der FaLi AStA-Vorsitzende zum KPD-Sympathisanten. In der Folge ruft der RCDS dazu auf, den *„politi-*

Kurzübersicht über die rechte Szene an der Kieler Uni:

RCDS: Ring Christlich Demokratischer Studenten: CDU Studierendenorganisation, in Kiel nach ganz weit rechts offen.

Burschenschaften: Burschenschaften sind der am weitesten rechts stehende Teil des studentischen Verbindungsunwesens (sog. „Korporationen"). In Kiel gibt es drei davon. Die ***Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia zu Kiel*** und die Krusenrotter sind Mitglied im ***Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB)***. Die DB zeichnet sich durch extremen Nationalismus, Revanchismus, Militarismus und widerwärtigen Sexismus aus. Gute Verbindungen pflegen die Kieler Burschen zu der Verbindung ***Germania Hamburg***, in der Neo-Nazi Kader Mitglied sind.

Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel: Diese studentische Verbindung fungiert als Bindeglied zwischen Neo-Nazis und RCDS an der Uni, mehrere GildenschaftlerInnen sind im RCDS aktiv. Die Hochschulgilde ist dem Dachverband ***Deutsche Gildenschaft (DG)*** zugehörig. Die DG ist eine elitäre Kleinstgemeinschaft, die maßgeblichen Einfluß auf den revanchistischen ***Witikobund*** hat und eine Reihe von Redakteuren der rechtsextremen Zeitung ***„Junge Freiheit"*** stellt.

Bund Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V.: Der Freibund ist die größte rechtsextreme Jugendorganisation neben der

schen Inquisitionsversuchen" des Antifa-Uniplenums *„entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen"*. Die Vorstellung des RCDS von einer linken Weltverschwörung tritt deutlich zu Tage.

Juni 1996: Der RCDS tritt zur Stupa-Wahl mit der größten, 42 Personen umfassenden Liste an, darunter erneut mehrere Mitglieder der Hochschulgilde, mindestens ein Mitglied der ***Burschenschaft der Krusenrotter***, sowie Rüdiger Dorff und **Luise Bünger**, zwei Führungspersonen aus dem Freibund. Der RCDS verbessert sein Wahlergebnis um knapp 270 Stimmen auf 18 % (1035 Stimmen), wird zweitstärkste Liste und verdoppelt die Anzahl seiner Sitze im Stupa auf vier. Der RCDS wird nicht an der Bildung des neuen AStA beteiligt.

Juli 1996: Das Antifa-Uniplenum macht publik, daß der stellvertretende Landesvorsitzende des RCDS Schleswig-Holstein Rüdiger Dorff Bundesführer des ***Bund Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V.*** ist. Nach dieser Enthüllung provozieren ca. 20 Personen aus dem Umfeld des RCDS und der Hochschulgilde auf einer Antifa-Party an der Uni, es folgt keinerlei offizielle Reaktion des RCDS. Dafür stößt die Enthüllung auf bundesweites Interesse, es erscheinen z.B. Artikel in der taz-Hamburg, jungen Welt, dem Neuen Deutschland und den Kieler Nachrichten, sowie in der dänischen Zeitung Flensborg Avis.

Oktober 1996: Der RCDS solidarisiert sich offen mit seinen extremen Rechten - im RCDS Erstsemester-Info „Campus" ist Rüdiger Dorff auf einem Gruppenfoto in der Mitte der RCDSlerInnen plaziert. In dem Heft findet sich neben Burschenschaftsanzeigen auch eine Anzeige der Hochschulgilde Theodor Storm.

November 1996: Im RCDS Büro in der Gneisenaustr.7 findet ein Vortrag Rüdiger Dorffs zum Thema „Bündische Jugend" statt. Der zwei Wochen später angesetzte Vortrag zum Thema ***„89er"*** wird wohl aufgrund antifaschistischer Proteste beim Dorff-Vortrag zunächst abgesagt. Der Begriff „89er" ist die Selbstbezeichnung von Nachwuchs Rechtsextremen aus dem Umfeld der ***„Jungen Freiheit"***, in Anlehnung an die von ihnen so verhaßten 68'er.

Januar 1997: Der „89er"-Vortrag wird im RCDS-Büro durchgeführt. Der RCDS lädt den Stasi-Beauftragten Sachsens und Braunzone-Aktivisten Sigmar Faust zu einem Vortrag an die Uni. Ein Saalschutz aus RCDSlern, Gildenschaftlern und Burschenschaftlern verweigert vermeintlichen AntifaschistInnen den Einlaß. Der AStA, das Antifa-Uniplenum und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion protestieren im Vorfeld gegen die Veranstaltung.

Februar 1997: Neun Hochschulgruppen an der CAU und der Landesverband von Bündnis90/Die Grünen S-H wenden sich in einem gemeinsamen Flugblatt gegen die Mitgliedschaft von RechtsextremistInnen im RCDS. Dieser geht in keiner Weise auf die Vorhaltungen ein und macht sich in einem Flugblatt über die UnterzeichnerInnen lustig. Zeitgleich zur Erwiderung des RCDS verteilt die Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel (in der neben dem damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden des RCDS Rüdiger Dorff, weitere RCDS-Aktivisten Mitglied sind) am 13. Februar ein Flugblatt, in dem das Bombardement Dresdens 1945 als *„systematischer Massenmord" („sie starben allein weil sie Deutsche waren")* dargestellt wird. Die eingetragene Hochschulgilde betreibt damit offen Geschichtsrevisionismus an der CAU. Das Stupa verurteilt diese Hetze.

Juni 1997: Der AStA, die Fachschaft Soziologie/Politologie und das Antifa-Uniplenum haben den Frankfurter Soziologen Thomas Berker am 10.6. zum Vortrag „Wie rechts sind die Studierenden" eingeladen. Zum Vortrag erscheinen ca. 60 rechtsgerichtete Studierende, unter den Burschenschaftlern, Verbindungsstudentinnen und GildenschaftlerInnen sind zahlreiche RCDS-AktivistInnen. Die Korporierten tragen ihre Gesinnung qua Uniformierung durch Bändsel zur Schau. Um die Veranstaltung nicht in die Hände der Rechten fallen zu lassen, wird sie an der CAU nicht durchgeführt.

Zur Stupa-Wahl am 17.6. tritt der RCDS erneut mit VertreterInnen der extremen Rechten an der Uni auf seiner Liste an, so z.B. Freibund-Führer Rüdiger Dorff, Markus Timmler, seinerzeit Sprecher der Hochschulgilde, und weitere GildenschaftlerInnen wie auch Burschenschaftler. Für den RCDS ist dabei offenbar auch kein Problem, daß die Kieler Burschenschaften zur selben Zeit eine Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden der rechtsextremen Partei die ***Republikaner* Rolf Schlierer** ankündigen. Der RCDS kann sich bei den Wahlen behaupten, er wird die zweitstärkste Liste. Jusos und Fachschaftsliste wollen nicht auf Forderungen der Grünen eingehen und bilden mit den RCDS-Stimmen einen Minderheiten-AStA. Die Jusos versichern sich der Zustimmung des RCDS zum AStA-Haushalt durch einen Deal mit dem Inhalt, die Budgets des autonomen FrauenLesben- und des Schwulenreferats zu halbieren. Jusos und Teile der FaLi machen die Braunzonegruppe RCDS wieder salonfähig und räumen ihr Einfluß auf den AStA ein.

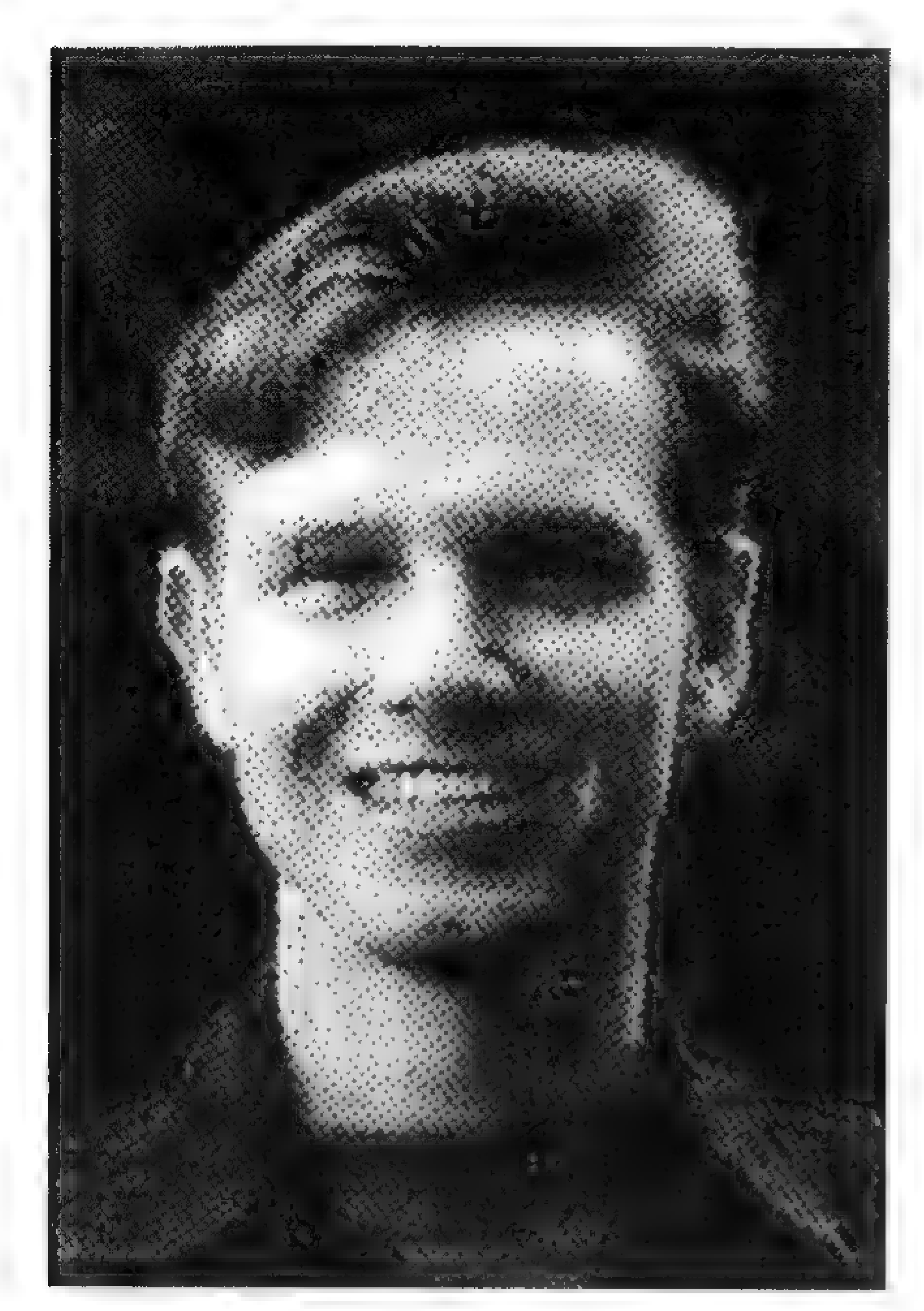
November 1997: Die Hochschulgilde tritt am 10. November mit einem Flugblatt zum *„wahren Tag der deutschen Einheit, dem 9. November"* in Erscheinung. Das Flugblatt enthält *„unerträgliche völkische und nationalistische Parolen"* (aus der Stupa-Resolution) und die Hochschulgilde sucht erneut (s.o.) die Geschichte von den Nazigreueln reinzuwaschen, indem das Gedenken an die Reichspogromnacht im nationalen Taumel untergehen soll. Das Stupa verurteilt einmütig gegen die Stimmen der RCDS-Fraktion dieses Flugblatt und die von der Gilde aufgehängten Plakate in einer Resolution. Am 15. November gelingt es AntifaschistInnen eine geplante Neonazi-Veranstaltung in Bünsdorf zu verhindern. Dort sollte u.a. der bekannte Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** über *„Indo-europäische Naturreligionen"* referieren, unter den Organisatoren werden mehrere Studenten der CAU aus dem Rechtsaußensumpf um den RCDS gesichtet, so z.B. RCDSler und Gildenschaftler **Volker Steinmetz**. Die Verbindung des RCDS bis hin zu militanten Neo-Nazis wird offenbar.

Dezember 1997: Uni-Streik in Kiel, die Rechte kriegt für einen Monat kein Bein auf den Boden.

Januar 1998: Die Hochschulgilde lädt am 22. Januar den bekannten Ökonazi **Baldur Springmann** an die CAU, um über das Thema *„Ökologie und Religiosität"* zu referieren. Abgeholt wurde Springmann von den im bündischen Look gekleideten Gildenschaftlerinnen **Irmgard Hahnke** und RCDSlerin **Briga Bohlinger**. Als Saalschutz. diente der neonazistische ***Freiheitliche Volksblock (FVB)*** um **Sven Lörchner.** An der Veranstaltung nehmen ca. 60 Altnazis, RCDSlerInnen, und VertreterInnen der extremen Rechten teil. Von GildenschaftlerInnen und RCDSlern werden anwesende Nicht-Rechte abfotografiert. Das Stupa von den der FDP angegliederten „Unabhängigen" über die FaLi-Jura, bis hin zu Grünen und der KUL verurteilt den Nazi-Aufmarsch einstimmig und fordert den RCDS zum Ausschluß der GildenschaftlerInnen auf. Die RCDS-Fraktion hatte zuvor die Sitzung verlassen. Während sich die Uni-Leitung formalrechtlich vor die Blut-und-Boden-Gilde stellt (*„die Satzung ist unbedenklich"*), gibt selbst der Verfassungsschutz an, daß *„man auf die Hochschulgilde aufmerksam geworden sei"* (taz 21./22.2.1998), zudem sei sich der RCDS wohl nicht bewußt, wer sich da in seinen Reihen tummelt. Dieser Nazi-Aufmarsch mit Unterstützung von RCDSlerInnen sorgt für ein bundesweites Medienecho. Artikel erscheinen in Süddeutscher Zeitung, taz, junger Welt, Lübecker Nachrichten, Kieler Nachrichten, Neues Deutschland, den Zeitungen des sh:Z Zeitungsverbundes, u.a.; im Deutschlandfunk wird ein 5-minütiger Beitrag gesendet. RCDS und Hochschulgilde versuchen sich in Leserbriefen und gegenüber JournalistInnen, die auf die Vorgänge im RCDS aufmerksam werden, mit der Behauptung einer linksradikalen Verschwörung zu wehren. Aus den Reihen der Deutschen Gildenschaft wird ein ehemaliger Referent des AStA-Referats für Politische Bildung öffentlich als „bekannter Linksextremist" verleumdet, um die antifaschistische Arbeit in Mißkredit zu bringen.

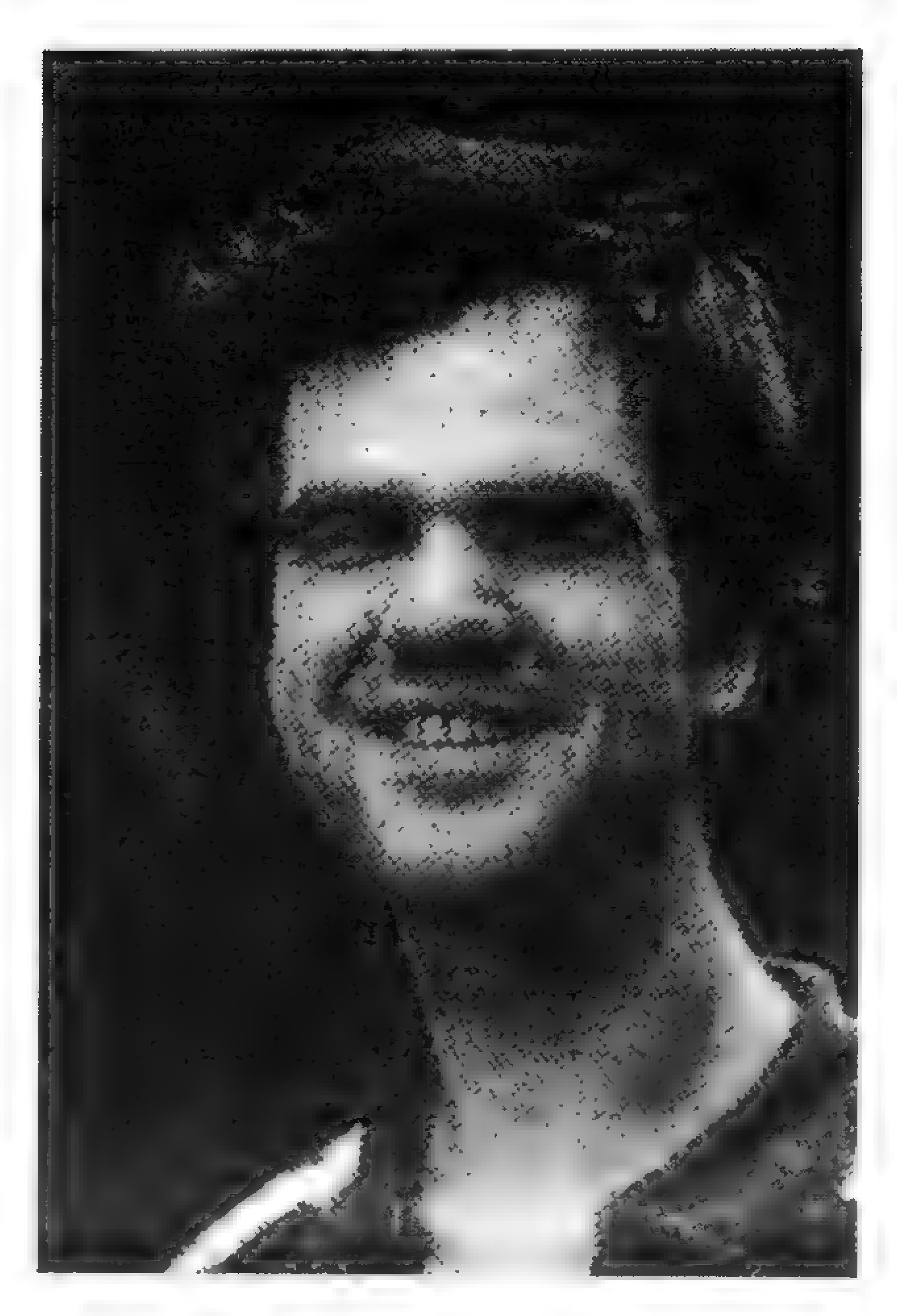
inzwischen verbotenen **Wiking Jugend**. In den 70er Jahren entwickelten einige Mitglieder terroristische Aktivitäten. Aus dem Freibund sind einige neonazistische Kader hervorgegangen, wie z.B. **Jürgen Rieger**. Der Freibund wirbt u.a. in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" um Mitglieder, Kontakte bestehen auch zum Witikobund. Bei Singewettstreiten des Freibunds gehört *„Wenn alle untreu werden"*, das Treuelied der SS-Rekruten zum Repertoire. Eine Anzeige des Freibunds, die Rassimus im multikulti-Style propagiert, erschien 1992 nicht nur in der Jugendzeitung der ***FPÖ* Jörg Haiders**, sondern auch im ***Nationalistische Front (NF)*** Kaderblatt ***„Aufbruch"*** (Die NF wurde im selben Jahr verboten). Im Kieler RCDS sind seit Jahren mind. zwei Kader aus dem Freibund aktiv.

Freiheitlicher Volksblock (FVB): Gruppe, die sich selbst, in der Nachfolge der Nationalistischen Front (NF) u.a. stehend, als *„zeitgemäße SS"* betrachtet und entsprechend dem historischen Vorbild schwarz uniformiert auftritt. Der FVB tritt bisher in Baden Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein in Erscheinung. In Halle stellt der FVB am 12.November 1997 den Saalschutz für die Veranstaltung einer studentischen Verbindung, der ***Sängerschaft Fridericiania*** mit dem rechten **Prof. Klaus Weinschenk** (Selbsttitulierung: *„Ich bin ein Nazi"*). An der Veranstaltung nehmen neben hallensischen und Leipziger Korporierten auch Kaderfaschos teil. Zwei Monate später marschiert der FVB an der Kieler Uni als Saalschutz auf.



Fedor M. Mrozek

März bis Juni 1998: Erstmals wurde im RCDS auch verbandsinterne Kritik laut. So äußerte sich am 4. März der ehemalige RCDS-Chef Jörn Linnertz in den „Lübecker Nachrichten": *„Freilich wäre der RCDS nunmehr gut beraten, wenn er Ausschlußverfahren ernsthaft prüfe."* Nichts ist in dieser Richtung geschehen, sondern umgekehrt: Die konservative Fraktion innerhalb des RCDS verläßt resigniert den Laden und überläßt das Feld den extremen Rechten. Mittlerweile sind 9 Personen, darunter der Fraktionsvorsitzende im StuPa, Henning Nawotki, sowie die stellvertretenden Landes- und Unigruppenvorsitzenden Melanie Siemen und Sonja Moritz aus dem RCDS ausgetreten. Weitere kündigten diesen Schritt schon an. Dabei kam heraus, daß auch **Jörn Fischera**, Vorsitzender des Kieler RCDS und Spitzenkandidat bei den StuPa-Wahlen 1998, bis Ende Januar Mitglied der Hochschulgilde Theodor Storm war und erst nach den Reaktionen auf die Veranstaltung mit Baldur Springmann aus der Gilde *„aus taktischen Gründen"*, wie eine ehemalige RCDSlerin meint, ausgetreten ist. Inhaltlich konnte dies nicht überraschen: Fischera ist seit Jahren mit dumpfen rechten Parolen in Erscheinung getreten. Sein Steinzeit-Antikommunismus paart sich mit einem nationalen Denken, das von seiner *„Jungen Freiheit"*-Lektüre nicht unbeeinflußt ist. Alle Rechten, die sich formal vom Nationalsozialismus distanzieren, dürfen beim RCDS mitmachen und machen nicht trotz, sondern wegen ihrer rechten Gesinnung sogar Karriere. Ein Beispiel ist **Fedor M. Mrozek**, der 1995 mit der Dokumentation des ***„Aufrufes gegen das Vergessen"*** den offenen Rechtskurs des RCDS einleitete. Mrozek ist nicht nur Landesvorsitzender des RCDS, sondern mittlerweile auch für die CDU in den Ortsbeirat von Kiel-Gaarden gewählt worden. Bei den StuPa-Wahlen 1998 hat der RCDS nun erstmals seit Jahren wieder Stimmen verloren, konnte sich jedoch mit 16,15% gegenüber 19,63% im Vorjahr auf deutlich hohem Niveau halten.



Jörn Fischera

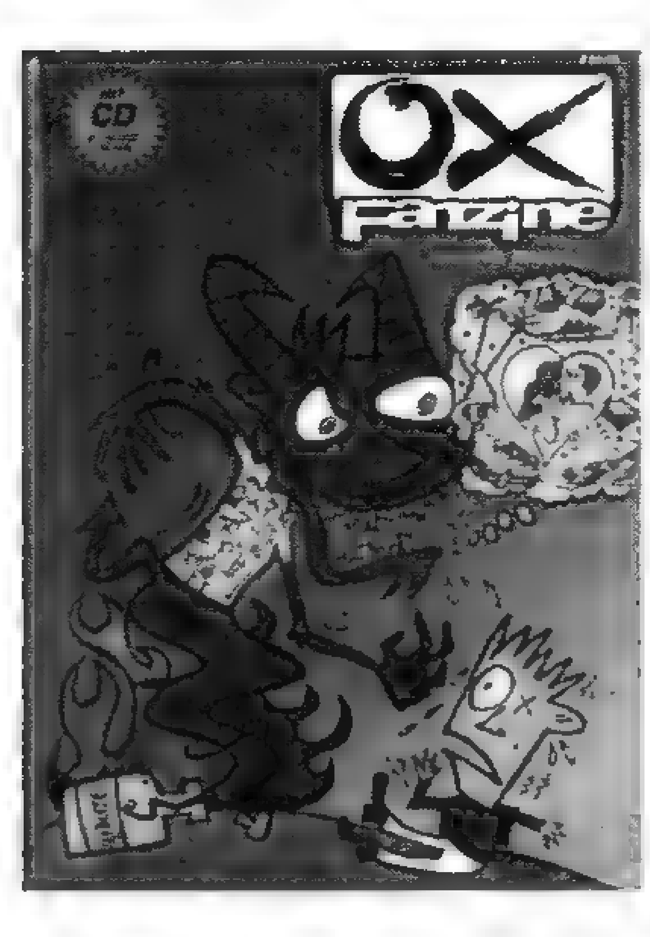
Ergebnisse der Wahlen zum StuPa 1998

(Angaben in % – in Klammern Sitze)

Liste	1997	1998
FaLi	23,74 (5)	19,62 (4)
B 90/Grüne	16,70 (4)	18,43 (4)
RCDS	19,63 (4)	16,15 (3)
Pälikan/Graue Panther	10,80 (2)	11,10 (2)
Jusos	9,73 (2)	9,84 (2)
WG 2000	–	9,56 (2)
Die Unabhängigen	7,39 (2)	7,71 (2)
Fachschaftsliste Jura	5,81 (1)	7,58 (2)
KUL	6,20 (1)	–

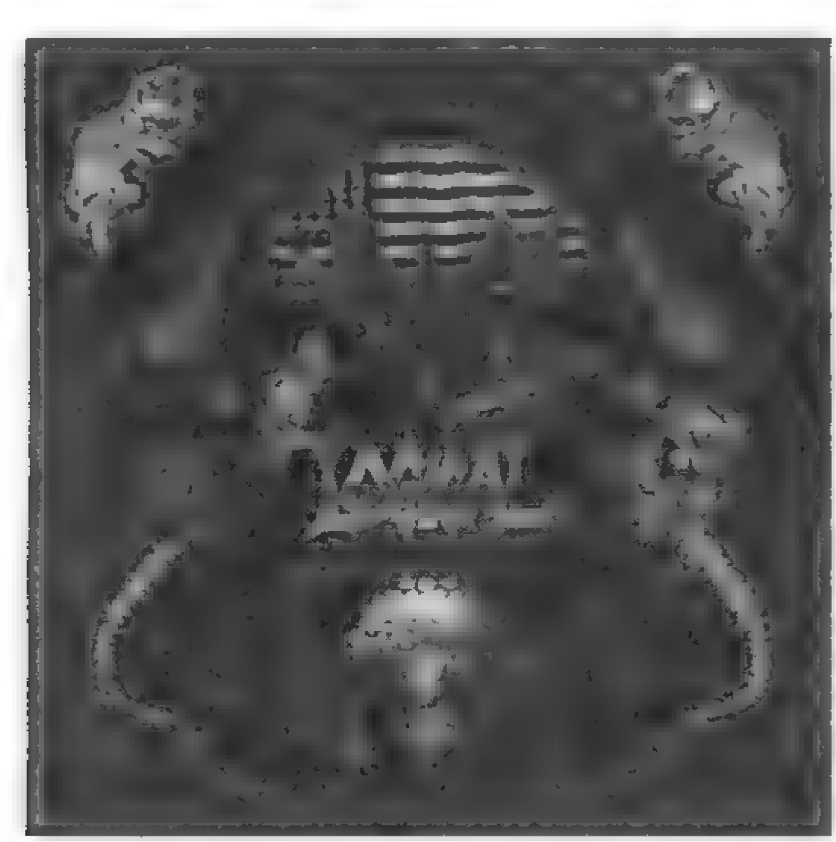
Für den RCDS ziehen ins StuPa ein: Jörn Fischera (185 St., Listenplatz 1), Birte Höhne (165 St., Listenplatz 3), Anna-Christina Wermter (164 St., Listenplatz 8).





Kaum rafft man sich auf, ein paar Rezensionen zu schreiben, schon kommt er ins Haus geflattert, der vierteljährliche Höhepunkt: Das Ox. Seit dem 30igsten mit schätzungsweise dreifarbigem Cover und besserem Papier + Druck innendrin, was aber fast keine Rolle spielt, der Inhalt schon. Für schlappe 6,90,- DM 130 fette Seiten mit u.a. Gluecifer, Neurotic Arseholes, Terrorgruppe, Eisenpimmel, Refused und und und...
Wahlkampfbeobachtungen und ein Bericht über die Faschopostille „Junge Freiheit" runden das Heft ab, und wofür ich das Ox persönlich besonders liebe: Auch die Aufklärung des Nachwuchses kommt nicht zu kurz, diesmal mit zwei ausführlichen Artikeln zur „besten Band der Welt" (O-Ton Jaques Villeneuve) THE JAM und Dischord, dem Label, mit dem unsere Jugend und alles andere begann. Wem das noch nicht reicht, für den gibt es obendrauf noch eine CD mit u.a. Zen Guerrilla, The Donnas (geiler Punkrock), Poison Ivvy, V-Punk, Ultra Bidé etc.
Also sofort abonnieren, oder Einzelheft für DM 8,- bestellen bei:

Ox c/o Joachim Hiller,
P.O. Box 14 34 45
D-45264 Essen, Germany



Logical Nonsense / „Expand the Hive"
Alternative Tentacles

Soeben sind die 5 symphatischen Mexikaner zum ersten Mal in Europa unterwegs. Der allererste Gig war dann auch gleich in HL und trotz Bustransfer aus Paris am selben Tag (!!!) der Oberknaller auf dem auch ansonsten nicht schlecht besetzten Maifest. Unglaublich unverbrauchter Punk/Hardcore, der auch bei allen, die sich schon enttäuscht von ihrem ehemaligen Steckenpferd abgewendet hatten, Hoffnung wenn nicht sogar Euphorie aufkeimen läßt. Es gibt ihn also doch noch, diesen Kick vom ersten Fugazi- (*Achtung: hier die persönlichen Ursprungshelden einsetzen*) Konzert. Völlig unbelastet wird alles herausgeschrien und nach dreißig Minuten ist es dann auch schon vorbei, das reinigende Gewitter des Abends. Aber zur mitgebrachten Platte: Der Gitarren- und Bassdrumsound ist vielleicht ein wenig metallisch, der Gesang ein bißchen Death-metalig, also eher eine Live-Empfehlung als ein Plattentip, trotzdem hörenswert.



Make-Up / „In mass Mind"
Dischord

Mit ihren Hardcore-Wurzeln (Nation of Ulysses / Frumpies) hat die heutige Musik des Quartetts aus Washington nicht mehr viel zu tun: Oft verglichen mit „Jon Spencer Blues Explosion", „MC5" und sogar „James Brown", wollen make-up selbst ihre Musik als Gospel verstanden wissen. Ihre Bühnenshow gleicht eher einer Taufzeremonie, die bestimmt ist durch Phrenie, Spiritualität und predigthafte „call and response"-Spiele, denn einer gewöhnlichen Rockshow. Ihre neue Platte, die übrigens von Royal Trux produziert wurde, und der Soundtrack zu „Blue is beautiful", einem Film von James Schneider, in dem man gerade mal so eben auch noch ein paar Rollen übernommen hat, ist im März diesen Jahres erschienen und transportiert recht gut das „Make-Up-Live-Erlebnis".Nicht umsonst ist die Platte auch „live" eingespielt. Im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen ist auch ein Groove vorhanden, der diese Scheibe zu einem absoluten Hörgenuß und einem Muß für jeden Freund experimenteller Musik macht. Alle Anleihen, auch die aus den 60s wirken echt, unpeinlich und absolut authentisch, kein Wunder also daß Fugazi-Mastermind Ian M. Make-Up auf Dischord veröffentlicht...



Senza Secura / Più di 1000
Gridalo forte Records
Neulich, Samstag morgen beim Bäcker: Die verzweifelte Suche nach Zahlungsmitteln aller Art... hoppla was haben wir denn da? Stimmt, gestern im Rollo's gewesen, bei, schon wieder vergessen, ach doch „Stage Bottles". Und daher stammt wohl auch die CD in meiner Tasche, die unter anderem daran schuld ist, das ich unverrichteter Dinge wieder nach Hause dackeln muß. Mitnichten aber habe ich im Suff eine Platte der Frankfurter Glatzenkapelle erworben, stattdessen lacht mich ein Produkt an, das, man höre und staune, im Zeitalter digitaler Allgegenwärtigkeit eine kleine Import-Papier-Banderolle trägt! Eine kleine italienische Oi-Rarität, wie sich kurze Zeit später entpuppt. Eingängige Gitarren, perfekt aber unaufdringlich produziert, eine perfekte Mischung aus den Upstarts und den Toten Hosen wobei der italienische Gesang absolut positiv zu Buche schlägt. Wenig verständlich derselbige, aber das Booklet gibt näheren Aufschluß: Es geht gegen Faschismus, hier und da ein roter Stern etc. Noch ein paar eingestreute Ska-Nummern, fertig ist die perfekte Unterhaltung. Schon das Emblem der Plattenfirma versprüht im übrigen den unwiderstehlichen Charme politische Korrektness.





The Skatalites / Ball of Fire
Island Jamaica Jazz
Was soll man über die Skatalites noch erzählen? Mit ihren über 400 Jahren Lebenserfahrung auf der Bühne sind die unbestrittenen Erfinder und nie wieder erreichten Masterminde des Ska schwer in Worte zu fassen. Ihre Auftritte sind an Würde und Genialität mit nichts zu vergleichen, da werden die hochkonzentrierten Essenzen einer Musik dargeboten die auch etwas mit Erfahrung und gelebtem Leben zu tun haben. Auf „Ball of Fire" erwartet einen Jazz über Reggae, ein fetter, satter Grundgroove unter präzisen (weil lange geübten), dabei aber nicht akademischen (weil lebendigen) Instrumentalausführungen, sprich Soli. Die allgegenwärtigen Hits der Skatalites dienen da nur als Grundlage für neue Experimente, auch mit diversen Gastmusikern...

BFB will zur Bundestagswahl antreten

Auch in Schleswig-Holstein zunehmende Aktivitäten

„Zum Jahresende rechne ich mit 10.000 Mitgliedern" verkündete der einstige FDP-Politiker Heiner Kappel im Januar 1998 dem reaktionären und revanchistischen Ostpreußenblatt. Kurz zuvor hatte sich der Bund Freier Bürger von Manfred Brunner im Berliner „Forum-Hotel" mit der Liberalen Offensive von Kappel zusammengeschlossen. Das nächste Ziel der neuen Partei ist die Teilnahme an der Bundestagswahl im September 1998.

Doch bis dahin müssen in den meisten Teilen der Bundesrepublik noch aktive Orts- und Kreisverbände aus dem Boden gestampft und etwa 30.000 Unterschriften für eine Wahlzulassung gesammelt werden. Damit das gelingt, schaltete der BFB in allen großen Tageszeitungen mehrfach große Anzeigen (*„Wollen Sie wirklich zum 5. Mal Ihre Stimme verschenken?"*), und nahezu täglich machen **Brunner**, **Kappel** & Co irgendwo im Land Werbeveranstaltungen. Die Organisation des Wahlkampfes hat die Parteiführung dabei zwei hohen pensionierten Bundeswehroffizieren übertragen: dem ehemaligen Kommandeur der Fallschirmspringerschule, **Quante**, und dem bisherigen Stabschef der 1. Gebirgsdivision, **Hammel**. Daß es mit deren generalstabsmäßiger Planung zumindest im hohen Norden noch nicht allzu weit her ist, zeigte eine öffentlich angekündigte Veranstaltung Anfang April in Neumünster. Nach der Kündigung durch die Wirtsleute der Gaststätte fiel die geplante Gründung des Kreisverbandes Plön/ Neumünster zunächst aus - wie bereits im November 1997 ein Auftritt Manfred Brunners in Kiel. Um den aktivierten Mitgliedern und SympathisantInnen mehr als nur wohlfeile Reden zu bieten, führte die Partei am 28. März in Frankfurt/ Main eine Anti-Euro-Kundgebung durch, an der knapp 1.000 Rechte teilnahmen. Neben Brunner und Kappel sprach auch der hessische BFB-Landesvorsitzende **Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb**, der vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg im September 1997 eine wöchentliche Kolumne in der völkisch-nationalistischen ***Jungen Freiheit*** schrieb. Unterstützung erhält der BFB immer deutlicher vom *Ostpreußenblatt*, das der revanchistischen ***Landsmannschaft der Ostpreußen*** nahesteht. Anläßlich der BFB-Demo in Frankfurt/Main Ende März 1998 jubelt das Blatt über eine *„Großkundgebung vor der geschichtsträchtigen Paulskirche"* und beschimpfte antifaschistische GegendemonstrantInnen als *„linke Krawallmacher"*. Zuvor waren Teilnehmer der BFB-Demo, zu der sich auch eine Reihe von Neonazis gesellt hatte, mit Holzlatten gegen Protestierende vorgegangen. Brunner dankte der Polizei, die - so die liberale Tageszeitung Frankfurter Rundschau - *„linke Demonstranten mit Gewalt abführte, in den Würgegriff nahm oder mit dem Knie auf das Pflaster vor der Paulskirche drückte."* Zur programmatischen Entwicklung des BFB vermerkt das Ostpreußenblatt anerkennend: *„Gegründet wurde der alte BFB vor vier Jahren als Partei gegen den Euro und für die D-Mark. Mittlerweile jedoch hat sich der Forderungskatalog auf nahezu sämtliche Felder der Politik erweitert."* Dies gilt u.a. für den Revanchismus. Nicht zufällig ist der stellvertretende Bundesvorsitzende des ***„Bundes der Vertriebenen"***, Dr. **Paul Latussek**, im Januar einer der stellvertretenden BFB-Bundesvorsitzenden geworden. Latussek will die EU-Mitgliedschaft von Polen und der Tschechischen Republik daran koppeln, daß diese *„Schuld"* anerkennen und eine *„Wiedereinsetzung der Vertriebenen in ihre Rechte"* betreiben. Auch im BFB Schleswig-Holstein spielen in der Revanchistenszene aktive Funktionäre mit: zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des ***Wählerbund Deutschland***, der seinen Mitgliedern den Wechsel zum BFB empfohlen hat, wurde kürzlich **Karl- Ernst Lober** (Fahrdorf) gewählt. Lober war Ende der 60er ***NPD***-Landesvorsitzender in SH und deren Landtagsabgeordneter; heute ist er als Autor in der Wochenzeitung ***„Der Schlesier"*** aktiv, für die auch die Werbung in ***„Deutschland heute"***, dem Mitteilungsblatt des Wählerbundes Deutschland, erschienen ist. Und **Helmut Reichmann**, der bei der Fusion von Brunners BFB und Kappels Liberaler Offensive in Berlin dabei war, ist Funktionär im *„Bund der Vertriebenen"*. Anfang März 1998 hatte Kappel als eine Voraussetzung für den Erfolg des BFB den Verzicht der *„vielen kleinen und kleinsten bürgerlich-konservativen Parteien auf eine eigene Kandidatur"* zur Bundestagswahl bezeichnet. Auf Bundesebene gibt es erste Absprachen mit der ***Deutschen Partei (DP)*** und der ***Deutschen Sozialen Union (DSU)***, die wegen ihrer politischen Mandatsträger in etlichen Orten der östlichen Bundesländer allerdings auch von den ***REP*** umworben wird. Als der stellvertretende DSU-Bundesvorsitzender **Prof. Alexander von Waldow** (Eckernförde) beim BFB-Landesparteitag Schleswig-Holstein Ende Februar die -vom Wahlleiter des Landes Sachsen-Anhalt nicht zur Landtagswahl Ende April 1998 zugelassene - Listenverbindung der DSU mit den REP verteidigte, wurde er von einigen BFB-Mitgliedern kritisiert. Inzwischen sind Teile der extrem rechten

Kleinpartei Wählerbund Deutschland (WBD) zum BFB gewechselt. Dafür wurde deren bisheriger Bundesvorsitzender **Helmut Reichmann** Ende Februar 1998 neben **Uwe Holdorf** zum Stellvertreter des BFB-Landesvorsitzenden **Siegfried Pelz** gewählt. Wenig später wurden auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die BFB-Kandidaten zu Bundestagswahl für die Landesliste Schleswig-Holstein bestimmt; zum Spitzenkandidaten wurde dabei der frühere BFB-Landesvorsitzende **Klaus-Hinrich Stange** (Bad Oldesloe) gewählt. Ihm folgen auf den weiteren Plätzen Siegfried Pelz (Wyk auf Föhr), Uwe Holdorf (Bundeswehroffizier a.D. / Fockbek), Helmut Reichmann (Lepahn) und **Wolfgang Paulsen** (Arzt/ Norderstedt). Zulauf erhält der BFB von rechten FDPlerInnen und aus der CDU. Zwei Berliner CDU-Funktionäre, die im Frühsommer 1997 mit einem als antisemitisch gewerteten Thesenpapier von sich reden machten, treten dafür ein, an Stelle der FDP in Zukunft im BFB den Koalitionspartner zu sehen, und fordern daher, diesen zu stärken. Aber auch etliche frühere Mitglieder der REP oder der NPD finden den Weg zum BFB. In Augsburg wurde **Anton Steinböck** zum BFB-Bundestagskandidaten nominiert; er war zuvor NPD-Spitzenfunktionär, später Stadtrat der REP. Daß die von Brunner und Kappel wiederholt vorgetragene Abgrenzung zu den extrem rechten REP angesichts der inhaltlichen Nähe nicht das letzte Wort sein muß, hat auch die Aktion des BFB in Frankfurt gezeigt. An ihr beteiligten sich zahlreiche REP-Mitglieder, und deren Parteivorsitzender **Rolf Schlierer** wies darauf hin, daß die Partei in den vergangenen Wochen auch die BFB-Unterschriftensammlung gegen den Euro aktiv unterstützt hätte. Mit einschlägigen Veranstaltungen, so etwa in Mannheim mit der 2. Vorsitzenden des völkisch-rassistischen ***„Schutzbund für das Deutsche Volk e.V.“***, versucht der BFB ein entsprechendes Potential an sich zu binden. Ob der BFB damit bei den Bundestagswahlen erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten. Die neofaschistische Monatsschrift ***Nation + Europa*** jedenfalls ist skeptisch: *„Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen werden Republikaner und DVU die Nase vorn behalten, sich gegenseitig dabei immer wieder zurückwerfend, während der BFB an dritter Position hinterherhinkt. Vereinfacht ausgedrückt: Die einen haben Namen und Organisation, die anderen das Geld und noch andere eine beachtliche politische Kompetenz.“* Derzeit tut sich der BFB mit seinen 100 Mitgliedern (Eigenangabe) in Schleswig-Holstein noch schwer, wirksam politisch aufzutreten. Von der Mitte Juli 1997 großspurig in einer Pressekonferenz angekündigten Zusammenarbeit mit der bürgerlichen ***„Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein" (WSH)*** ist nicht viel übriggeblieben. Nach eigenen Angaben wurde auf der WSH-Mitgliederversammlung Mitte April 1998 (bei zwei Gegenstimmen) ein Antrag angenommen, in dem es u.a. heißt: *„Der BFB ist eine nationalistische rechtsextreme Partei und steht in ideologischer Nähe zu NPD, REP und DVU"*. Der Antrag kritisiert u.a. die revanchistischen Forderungen des BFB und dessen DM-Agitation als nationalistisch. Der frühere WSH-Vorsitzende **Wegemann** trat nach dem Beschluß aus der Wählergemeinschaft aus.

Ultrarechte im ehrenwerten „Who is Who"

Die deutsche Ausgabe des renommierten Nachschlagewerks „Who is Who" ist ein publizistischer Faktor und dies bereits seit 1905. Auch in der neuen Ausgabe werden zehntausend Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Lehre, Kunst und Kultur vorgestellt. Doch auch in der Neuauflage tummeln sich darunter wieder Exponenten des ultrarechten politischen Lagers.

Verleger Norbert Beleke, Chef des Schmidt-Römhild-Verlages (des ältesten Verlags- und Druckhauses Deutschlands) und Präsident des Verbandes deutscher Adreßbuchverleger, preist die rund 33.000 Eingetragenen im deutschen „Who is Who"-Ableger als *„vorbildliche Persönlichkeiten, die beachtliche Leistung vollbringen und in breiten Bevölkerungsschichten besondere Anerkennung finden"*. Der knapp 1600 Seiten umfassende Wälzer sei *„ein legendäres Werk, das in großem Maße dazu beiträgt, bedeutende Menschen näher authentisch kennenzulernen"*. Und der Verleger nimmt im Hinblick auf die neusten Version des „Wer ist wer" für sich in Anspruch: *„Noch mehr als vorher kann diese Enzyklöpädie bedeutender Persönlichkeiten eine gute Verbindung schaffen zu den Vorreitern und Schrittmachern in unserer Gesellschaft"*.

Vor dem Hintergrund dieser hehren Worte des Lübecker Geschäftsmannes erscheinen manche Einträge allerdings als äußerst zweifelhaft. Warum beispielsweise gilt **Professor Emil Schlee** (Kiel-Raisdorf) als *„Vorreiter und Schrittmacher"*, als *“vorbildliche Persönlichkeit"*? Immerhin war der ehemalige hessische CDU-Landtagsabgeordnete 1987 bis 1992 einer der führenden **„Republikaner"**, saß für diese ultrarechte Partei im Europäischen Parlament und leitete ihre Programmkomission. Schlee fällt nach wie vor als Referent und Autor einschlägiger Organisationen beziehungsweise Medien unangenehm auf, etwa als Redner der ***„Gesell-***

schaft für freie Publizistik", der ***„Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt"*** und des ***„Witikobundes"***. Sein jüngstes „Schurkenstück": die Unterschrift unter den faschistoiden *„Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung"*, der sogar die Staatsanwaltschaft auf den Plan rief. Warum erhält **Dr. Alfred Schickel** einige Zeilen Ehrung im „Wer ist wer", obwohl der Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) die deutsche Geschichte *„im Sinne einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und der Leugnung der deutschen Kriegsschuld am Zweiten Weltkrieg"* umdeuten wolle (so das 1996 erschienene „Handbuch deutscher Rechtsextremismus). Schickel, 1989 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, wurde drei Jahre zuvor mit einem Preis versehen, den er vermutlich nicht besonders schätzt – mit dem „Kriegspreis" der Gewerkschaft, Handel, Banken und Versicherungen (HBV) als Gegenstück zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. In der HBV-Begründung wurde ausgeführt, Schickel bestreite *„die allgemeine Kriegsschuld Deutschlands, bezweifelt die Zahl der jüdischen und polnischen Opfer, stellt die Politik der Polen in den 30er Jahren als kriegslüstern dar und entschuldigt gleichsam deutsche Verbrechen in KZs mit Übergriffen der Amerikaner bei der Befreiung"*. Andere „Vorreiter und Schrittmacher" mit „Who is Who"-Zugangsberechtigung: **Professor Konrad Löw**, der als Unterstützer der stark rechtslastigen **Mun-Sekte** aufgefallen ist und unter anderem ein Buch zu ihrer Verteidigung schrieb. **Alfred Mechtersheimer** einst Grünen-Bundestagsabgeordneter und selbsternannter Friedensforscher, der in zahlreichen Veröffentlichungen und Reden für die *„Selbstbefreiung"* der Deutschen und einen *„neuen Patriotismus"* plädiert. Die von ihm initiierte ***„Deutschland-Bewegung"*** werde von rechtsextremistischen Gruppen positiv bewertet, bescheinigte die Bundesregierung in einer Parlaments-Stellungnahme und bestätigte Verbindungen Mechtersheimers zu den „Republikanern" und zu anderen ultrarechten Verbänden. Übrigens: „Republikaner"-Vorsitzender **Rolf Schlierer** wurde ebenfalls in das aktuelle "Wer ist Wer" aufgenommen.

Anti-Antifa in Bad Segeberg öffentlich gemacht!

Wir berichteten bereits mehrfach über die Anti-Antifa-Aktivistin und bekennende Nationalsozialistin Thekla Kosche. Nun fand am 13.06.1998 in ihrem Wohnort Bad Segeberg eine antifaschistische Demonstration statt, organisiert von der **Antifa Segeberg** ***mit Hilfe des*** **Lübecker Bündnis gegen Rassismus.** ***Diese hatte zum Ziel, die 30-jährige und ihre Aktivitäten in der relativ kleinen Kreisstadt öffentlich zu machen.***

Nordland-Netz und Anti-Antifa

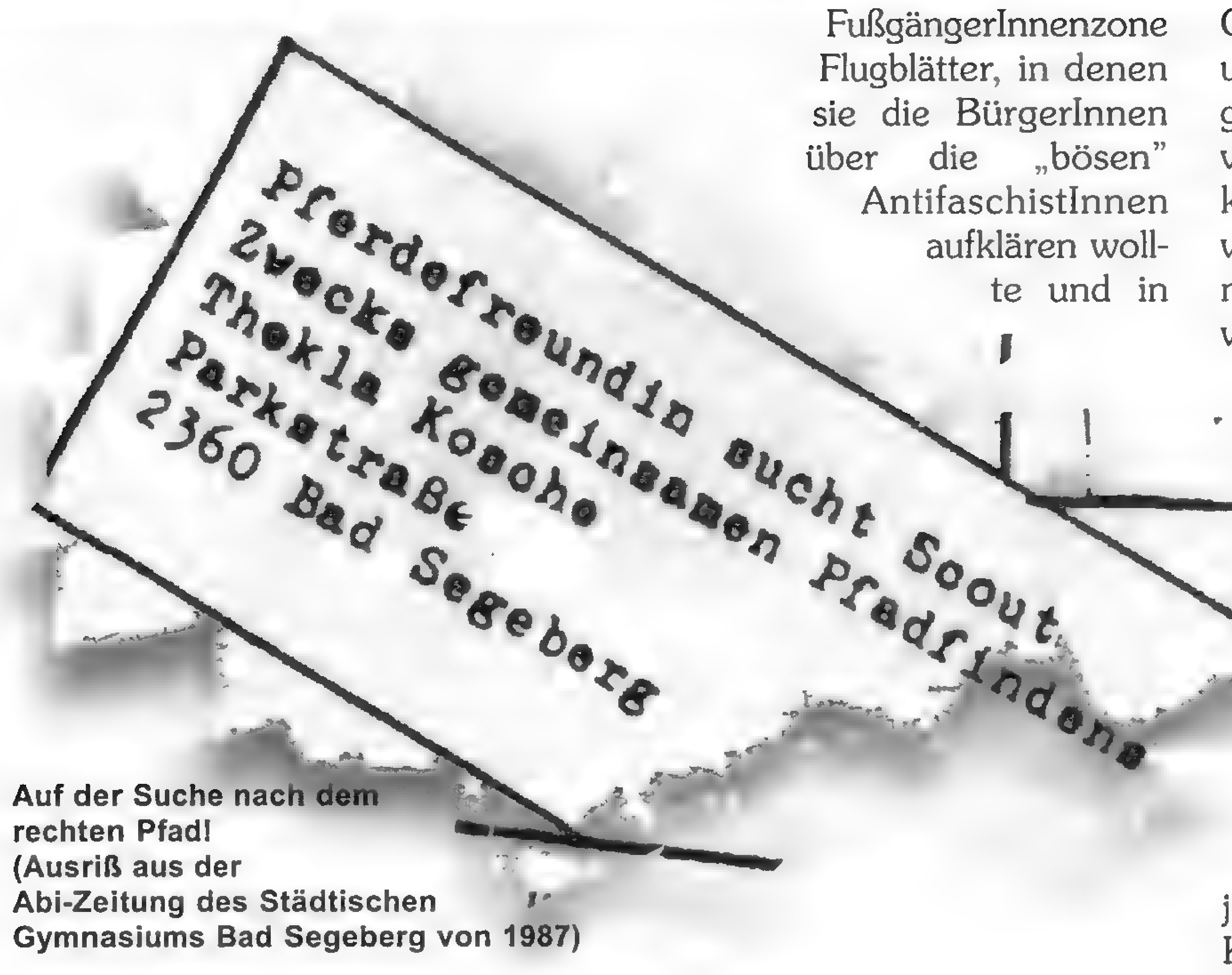
Thekla Kosche ist unserer Auffassung nach eine der wichtigsten DrahtzieherInnen in der Schleswig-Holsteinschen Neonazi-Szene. Sie betreibt die Nazi-Mailbox ***ASGARD-BBS im Nordland-Netz***, einem Verbund aus rechtsextremen Mailboxen. Dort tauschen Neonazis relativ ungestört und abhörsicher ihre Nachrichten aus. Durch den Einsatz entsprechender Software und durch die Vergabe von Paßwörtern wird die Hetze, die dort „veröffentlicht" wird, nur einem bestimmten Personenkreis zugänglich gemacht. Thekla Kosche schreibt ihre Texte unter dem Pseudonym ***„Gothmag99"***.

Weiterer Schwerpunkt ihrer Aktivitäten ist die Anti-Antifa-Arbeit. Darunter versteht Kosche die Sammlung von Informationen über *„Linke Drahtzieher und Anstifter"*, zu denen sie unter anderem auch LehrerInnen, Grüne und SozialdemokratInnen zählt. Ziel der Informationssammlung ist es, *„Aktions-Freiräume für erfolgreiches Handeln"(!)* zu schaffen. So tauchte sie auch bei den Demonstrationen gegen die Aufmärsche des neonazistischen ***„Bündnis Rechts für Lübeck"*** am 31.01. sowie am 14.03. mit ihrer Kamera und zwei „Leibwächtern" auf. Im letzten Jahr hatte sie bereits für Aufsehen gesorgt, und zwar als Anmelderin einer Nazidemonstration am 24.5.97 in Bad Segeberg, bei der etwa 150 gewaltbereite Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet aufmarschierten. Unter den TeilnehmerInnen befanden sich auch Mitglieder des ***„Freiheitlichen Volksblocks" (FVB)***. Trotz deren Uniformierung hielt es die Polizei nicht für notwendig diesen Aufmarsch aufzulösen.



Thekla Maria Kosche

Eine weitere wichtige Funktion hat Kosche als norddeutsche Sprecherin der ***„Arbeitsgemeinschaft Nationaler Sozialisten in- und au-***



Auf der Suche nach dem rechten Pfad! (Ausriß aus der Abi-Zeitung des Städtischen Gymnasiums Bad Segeberg von 1987)

ßerhalb der NPD" (AGNS) inne. In diesem Zusammenhang pflegt sie einen engen Kontakt zu **Christian Wendt** aus Berlin, dem leitenden Redakteur der ***„Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ)***.

Antifa-Demonstration in Bad Segeberg am 13.6.

Auch vor, während und nach der Antifa-Demo, verstand es Kosche, auf sich aufmerksam zu machen. So verteilte sie am 13.6. zusammen mit weiteren Neonazis in der Segeberger Fußgängerlnnenzone Flugblätter, in denen sie die Bürgerlnnen über die „bösen" Antifaschistlnnen aufklären wollte und in dem auch der Name des Demonstrations-Anmelders, sowie der eines Genossen des Lübecker Bündnis gegen Rassismus auftauchte. Während der Demonstration gab es einige Zwischenfälle: so tauchte der 16-jährige **Timo Block** aus Schieren (5 km vor Bad Segeberg) mit seiner Kamera neben der Demo auf und auch Kosche kam zusammen mit ca. 10 Kameraden bis auf etwa 50 m an die demonstrierenden 300 Antifaschistlnnen heran. Diese Provokation konnte natürlich nicht geduldet werden. Nach einigen Auseinandersetzungen nahm die Polizei, die mit ungefähr 300 Beamtlnnen vor Ort war, schließlich Thekla Kosche und 20 weitere Nazis in Sicherheitsgewahrsam. Später riß ein als Punk verkleideter Skinhead das Mikrofonkabel des Lautsprecherwagens ab, er wurde daraufhin ebenfalls festgenommen. Danach verlief die Demo weitgehend friedlich.

Obwohl die Vorbereitungen zu dieser Demonstration nicht optimal verliefen, können wir mit dem Verlauf und den Auswirkungen durchaus zufrieden sein:

Erste Erfolge

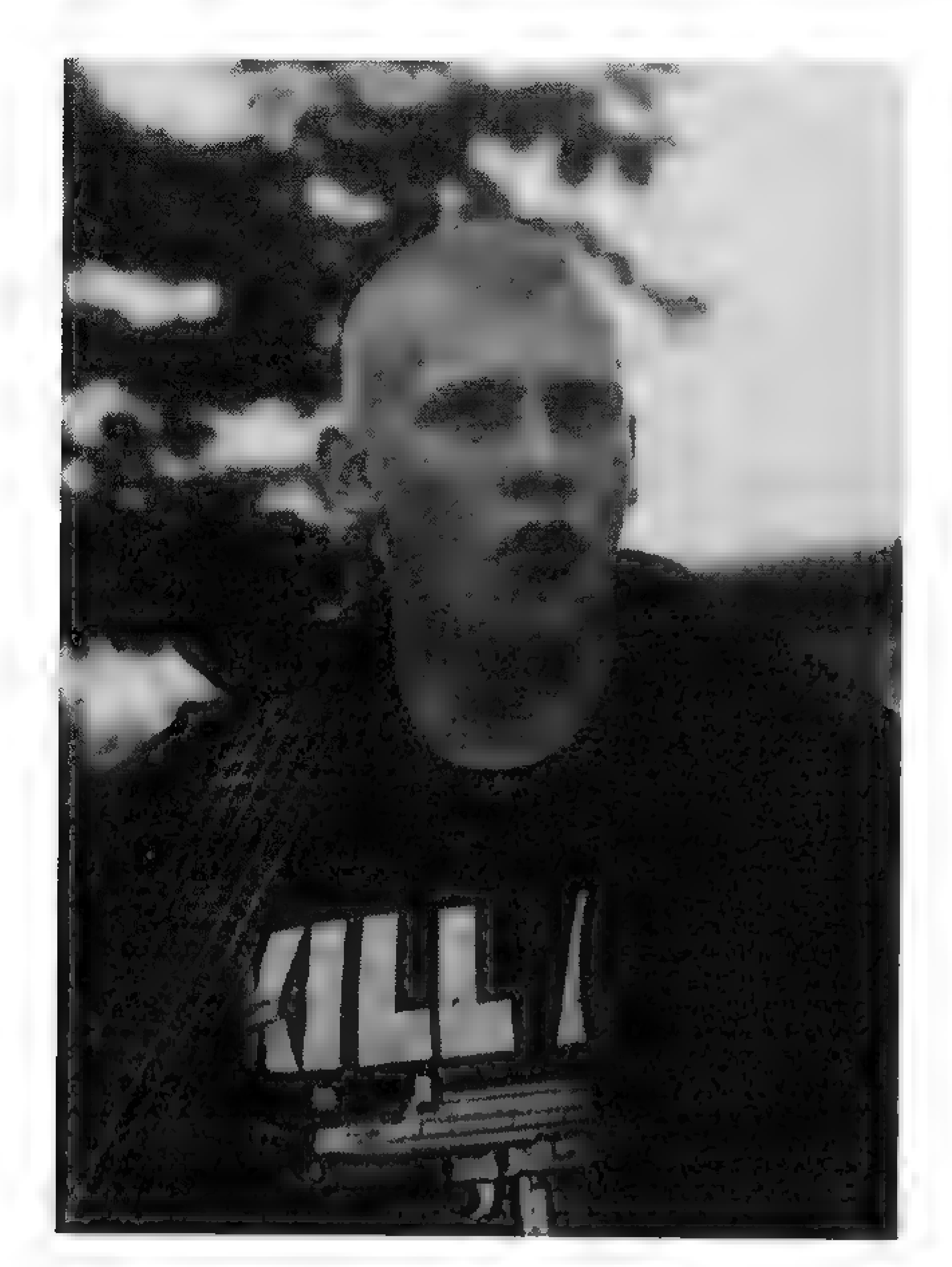
Außer der Tatsache, daß jede und jeder aus Bad Segeberg Thekla Kosche jetzt kennt, verkündete Kosche selbst, wenige Tage nach der Demo, im nichtöffentlichen Teil des ***Thule-Netzes***, einem weiteren Verbund rechtsextremer Mailboxen, daß die Antifa-Demo Wirkung gezeigt habe. Sie hätte bereits ihren Arbeitsplatz verloren und die sozialen Kontakte brächen ab: *„Obwohl man mich in Segeberg gut kennt, weicht alles vor dem roten Mob (...) zurück. Keiner möchte mit denen Ärger haben und deshalb distanziert man sich von mir."* Im weiteren Verlauf des Schreibens wird deutlich, daß sie nun die Segeberger Neonazis für die Anti-Antifa-Arbeit gewinnen möchte. Es gäbe *„so einige Kameraden hier, die (...) mehr tun möchten als nur „rechtsradikaler Skinhead" zu sein und (...) den Fetenschreck zu spielen"*. Für Kosche steht damit fest, daß *„das weitere Sammeln und Auswerten von Informationen"* vorrangige Aufgabe bleiben soll.



Die Segeberger Nazi-Szene

Wen sie mit den *„rechtsradikalen Skinheads"* gemeint hat, dürfte klar sein, denn es gibt in Bad Segeberg einen Zusammenschluß, der sich ***„Skins Segeberg"*** nennt.

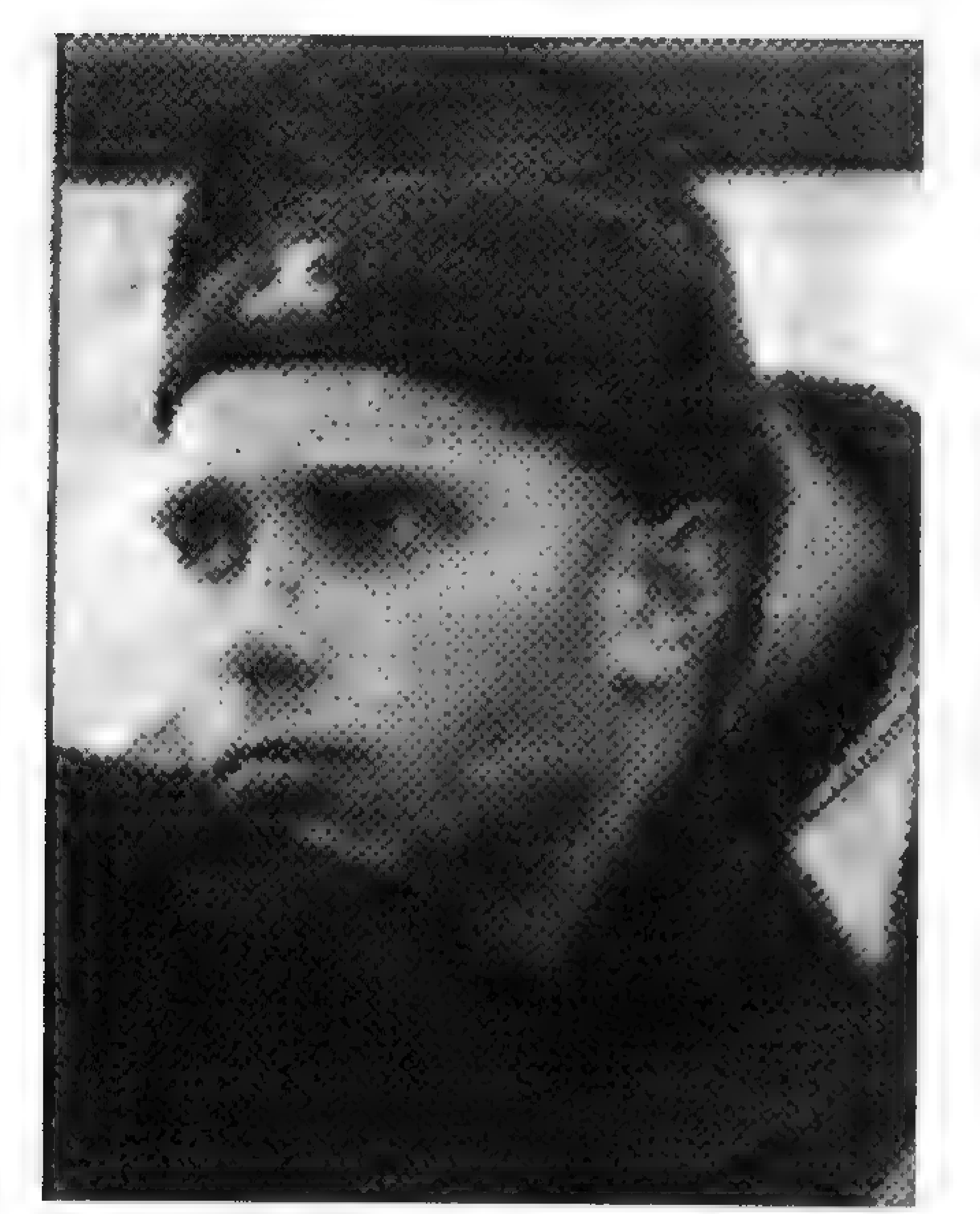
Sascha Daniel, der wie sein Cousin Timo Block aus



Sascha „Hoschi“ Daniel



Schmidtke (links) und Böge (rechts) - weitere Neonazis aus dem Dunstkreis der „Skins Segeberg“

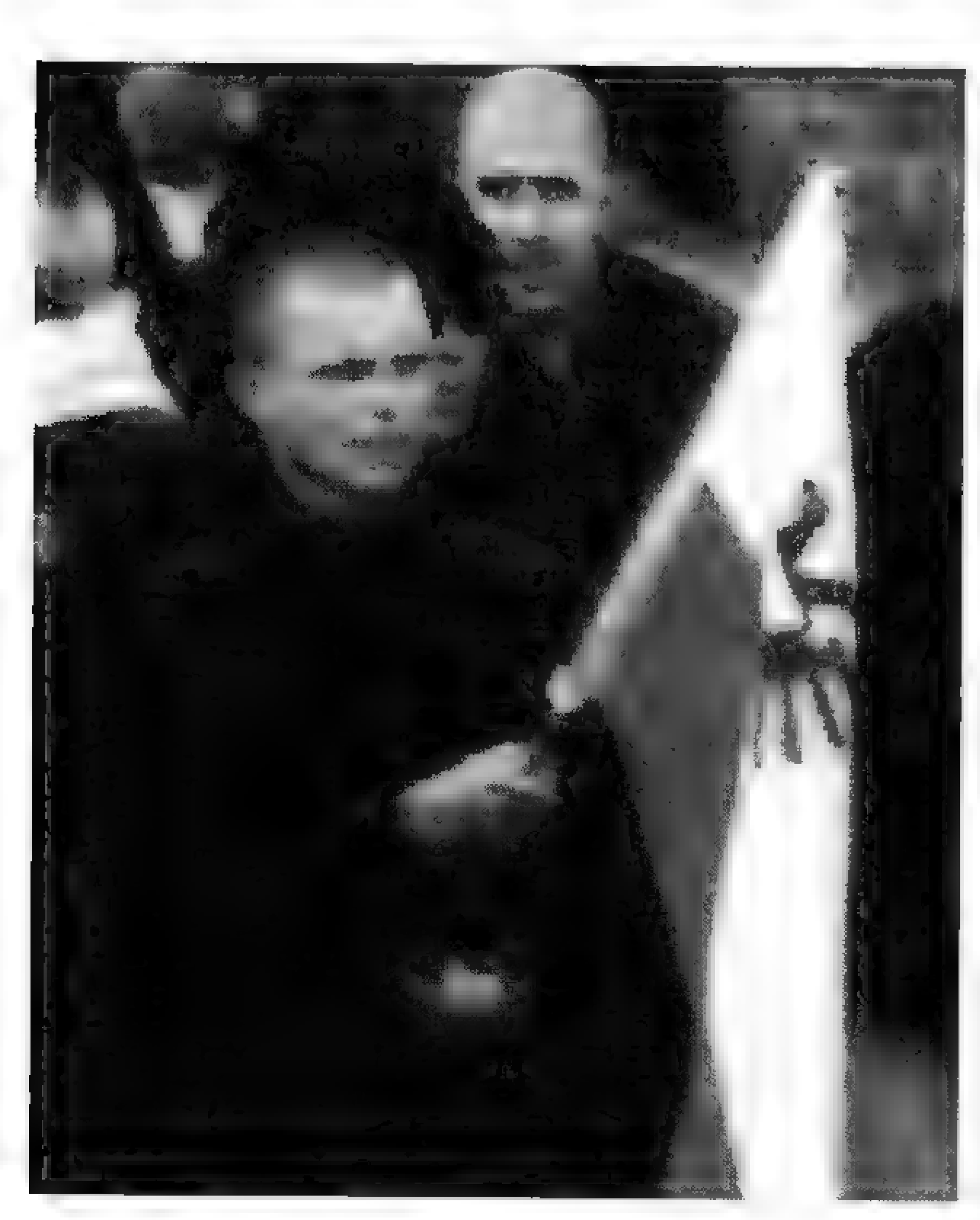


Henning Fesser

Schieren kommt, ist einer der wichtigsten Neonazis in Segeberg. Zur Zeit absolviert Daniel, wie so viele „Einzelfälle“ seinen Wehrdienst. Der etwa 20-jährige beteiligt sich bundesweit an Nazidemonstrationen, wie zuletzt an den beiden Aufmärschen des „Bündnis Rechts für Lübeck“ (BRL), auch am NPD-Kongreß im Februar diesen Jahres in Passau nahm er teil. Sein Spitzname in der Naziszene (**„Hoschi“**) hört sich eher harmlos an, doch seine Neigung zur Gewalt spiegelt sich nicht nur in Angriffen gegen AntifaschistInnen wieder, auch auf Festen in und um Segeberg taucht er nicht selten mit seiner Schlägerbande auf, um „zeckig“ aussehende Leute anzugreifen.



Henning Fesser aus Bad Segeberg gehört zu dem Kreis um Daniel und ist ehemaliges Mitglied der seit 1995 verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***. Er ist Anfang 20 und beteiligte sich ebenfalls an etlichen Naziaufmärschen, so war er bei der ersten Kundgebung des BRL als Ordner gekennzeichnet. Angestellt ist er bei einer Dachdeckerei in Bad Segeberg.



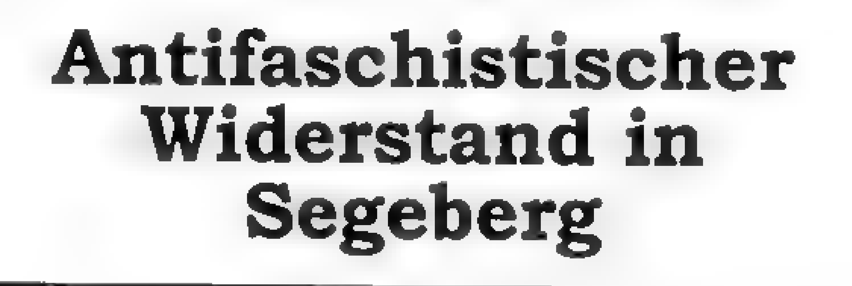
Timo Block



Timo Block wurde durch seinen Cousin Sascha Daniel an die Naziszene herangeführt. Er bildete sich früher keine feste politische Meinung, bezeichnete sich sogar als *„eher links“*. Er nahm ebenfalls an den BRL-Aufmärschen teil.

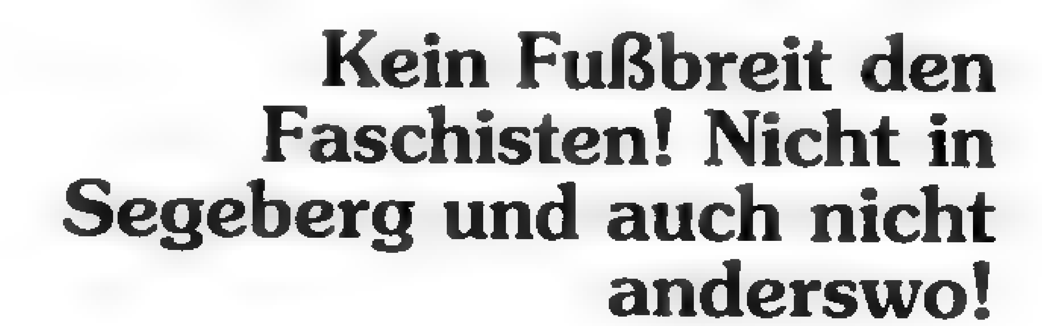


Alles in allem haben die „Skins Segeberg“ in etwa 10 Mitglieder, die offen gewalttätig und äußerst brutal auftreten. So wurde z.B. eine Antifaschistin so heftig verprügelt, daß sie eine Fehlgeburt erlitt. Auch haben die „Skins Segeberg“ gute Kontake zu auswärtigen Nazi-Gruppen: bei einer Auseinandersetzung zwischen ihnen und Segeberger Antifas konnten sie ca. 40 Neonazis aus dem Segeberger Umland zusammenziehen, um die AntifaschistInnen aufzusuchen, was ihnen glücklicherweise jedoch nicht gelang.



Antifaschistischer Widerstand in Segeberg

Um diesem Treiben ein Ende zu setzen fand sich im Sommer 1997 die Antifa Segeberg zusammen. Die erste Aktion der Gruppe war eine Flugblattverteilaktion in der Straße (Kühneweg), in der Kosche wohnt. Diese Aktion sorgte in der regionalen Presse für Aufsehen. Nach der Demo am 13.06. zeigten viele Segeberger Jugendliche großes Interesse an Antifa-Arbeit, so daß sich die Antifa Segeberg auflöste und als Antifaschistisches Jugend Plenum (AJP) neu gründete.



Kein Fußbreit den Faschisten! Nicht in Segeberg und auch nicht anderswo!

Antifaschistisches Jugend Plenum & GaLa

(Ex?)-Verfassungsschützer sucht Kontakt per Internet

Seit einiger Zeit versucht sich im Internet das sogenannte „BaltScapeNet – Antifaschistische Nachrichten für Norddeutschland" zu etablieren. Verantwortlich für diese Seiten zeichnet Jean-Pierre Hintze aus Lübeck. Seine Biographie ist eindeutig.

Immer auf Kontaktsuche

Im Frühjahr 1990 versuchte **Hintze** sich erstmals – damals Mitglied der rechtsextremen ***„Republikaner"*** – mit verschiedenen Informationen einer mittlerweile nicht mehr existierenden Lübecker Antifa-Gruppe anzudienen. 1991 tauchte er dann im Umfeld von „Jugend gegen Faschismus" (JgF) auf. Diese distanzierte sich jedoch öffentlich von ihm, nachdem er bei einem Büchertisch der „Republikaner" aufgefallen war. Nach einer längeren Pause suchte Hintze 1994 Kontakt zum Lübecker Bündnis gegen Rassismus (LBgR). In mehreren Gesprächen mit einer Kontaktperson lieferte er als „Aussteiger" unter anderem Informationen über die „Republikaner", den ***„Arbeitskreis für deutsche Politik" (AfdP)*** des Lübecker BGS-Beamten **Thomas Schröder** und die ***„Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH)***. In diesen Gesprächen gab er auch an, während seiner Militärzeit bei der Marine für eine Unterorganisation des ***"Militärischen Abschirmdienstes" (MAD)*** tätig gewesen zu sein, was jedoch sträflicherweise nicht weiter hinterfragt wurde. Hintze war im Allgemeinen sehr erpicht darauf, daß seine Informationen in Aktionen gegen die von ihm geouteten Nazis umgesetzt wurden. Das gelang ihm zumindest in zwei Fällen. Dadurch bekam er Kontakt zu anderen Personen der alternativen Szene. Im November 1995 fand nach mehr als einem halben Jahr Pause (Hintze hatte anscheinend keine neuen Infos mehr) das letzte Gespräch von Seiten des LBgR mit ihm statt, denn dort enttarnte er sich selbst als angeblich ehemaliger Mitarbeiter des ***„Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz"***.

Netzbetreiber mit Auftrag?

Danach wurde es für ca. eineinhalb Jahre still um Hintze, bis er nun als Betreiber des „BaltScapeNet – Antifaschistische Nachrichten für Norddeutschland" wieder in Erscheinung trat. Über diese Schiene versucht er nun Kontakte zu diversen Antifa-Gruppen in Norddeutschland zu knüpfen. Schauen wir uns nun den Inhalt seines Netzes an: U.a. finden sich dort Links zum ***„Bundesamt für Verfassungsschutz"*** und (wer hätte es für möglich gehalten?) auch zum „Landesamt für Verfassungsschutz der Hansestadt Hamburg", sowie ein Interview mit einem Mitarbeiter der ***„Staatsschutzabteilung" (K5)*** bei der ***Bezirkskriminalinspektion Lübeck***, zu der er engen Kontakt pflegt. In einem weiteren Artikel leugnet Hintze, jemals Mitarbeiter eines Geheimdienstes gewesen zu sein! Und das alles unter dem Titel „Antifaschistische Nachrichten für Norddeutschland". Wir warnen hiermit alle AntifaschistInnen vor einer Kontaktaufnahme mit Jean-Pierre Hintze und seinem „BaltScapeNet". Keine Chance dem (Ex?-)Schnüffler!

SBW

Hund auf Nigerianer gehetzt

Am Morgen des 25. Mai hetzte ein 44jähriger Deutscher seinen Hund auf einen Nigerianer. Kurz zuvor hatte dieser schon die Straßenseite gewechselt, um einer Konfrontation mit dem Mann und seinem Hund aus dem Weg zu gehen. Der Hund biß dem Afrikaner in die Genitalien. Nachdem er seinen Hund zurückgerissen hatte, trat und schlug der Deutsche auf den Afrikaner ein. Dieser kam mit leichten Verletzungen davon. Der Angreifer wurde einen Tag später von der Polizei ermittelt. Er bestreitet jedoch den Ablauf des Überfalls.

Revision stattgegeben

Gegen den im Dezember letzten Jahres zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Mordes und zweifachen Mordversuchs verurteilten Berliner Neonazi **Kay Diesner** muß in Teilen neu verhandelt werden. Der Bundesgerichtshof (BGH) gab einem Revisionsantrag der Verteidigung statt. Demnach hat das Lübecker Landgericht in seiner Urteilsbegründung nicht plausibel genug erklärt, warum es sich bei dem Attentat auf einen PDS-Buchhändler nicht um schwere Körperverletzung sondern um Mordversuch gehandelt hat und warum die besondere Schwere der Schuld festgestellt worden ist.

Skinheads überfielen Schauspielerin

In der Nacht zum 18. Mai wurde die Hamburger Schauspielerin Fawn Löhrwald, Gast bei der Lübecker Inszenierung von „Kiss me, Kate", von drei Skinheads überfallen und geschlagen. Es kam zu der Auseinandersetzung, nachdem die Schauspielerin und ihr Begleiter einen der Skins stellen wollten, der eine Flasche nach ihrem Hund geworfen hatte. Die polizeibekannten Skins, ein 26jähriger, eine 18jährige und ein 17jähriger wurden wenig später von der Polizei vorübergehend festgenommen.

Antisemitischer Hetzer verurteilt

Am 5.Mai diesen Jahres wurde der 72-jährige Lübecker Altnazi Günter Ostwald vor dem Landgericht Lübeck wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe von 9000 DM verurteilt.

Mit ihrem Urteil hob die II. Kleine Strafkammer ein Urteil des Landgerichtes Lübeck vom März 1997 auf, gegen das der Angeklagte Revision eingelegt hatte. Darin war er im vergangenen Jahr zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten auf Bewährung und 5000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Dieses Urteil hatte das Oberlandesgericht in Schleswig aufgehoben und eine neue Strafzumessung gefordert.

Bei der Durchsuchung des Privat- und Mietshauses und der Geschäftsräume Ostwalds hatte die Polizei am 27.Mai 1994 unter anderem ca. 1000 Exemplare der sogenannten ***„Remer Depesche"*** beschlagnahmt. Hauptthema dieser antisemitischen Hetzschrift ist die Leugnung des Holocausts. Regelmäßig hatte Ostwald sie unter der Kundennummer 40359 in einer Stückzahl von 200 – 500 Exemplaren zugesandt bekommen. Herausgegeben wurde dieses Pamphlet von dem im Oktober letzten Jahres verstorbenen **Otto Ernst Remer**, seines Zeichens ehemaliger Kommandeur des Berliner Wachregiments „Großdeutschland" im „Führerhauptquartier". Dieser hatte eine maßgebliche Rolle bei der Niederschlagung des Aufstandes vom 20.Juli 1944 gespielt und war als Dank dafür von Hitler zum Generalmajor befördert worden.

Rechtsextremistische Mitgliedschaften und Kontakte

Altnazi Ostwald war unter anderem Mitglied der ***„Deutschen Reichspartei" (DRP)***, der Nachfolgeorganisation der 1952 verbotenen ***„Sozialistischen Reichspartei" (SRP)***. Die DRP bildete übrigens später das Gründgerüst für die 1964 gegründete und heute älteste Nazipartei ***NPD***. Auch bei den rechtsextremen ***„Republikanern" (REP)*** war Ostwald aktiv. Bei der Durchsuchung 1994 fand die Polizei neben den „Remer Depeschen" auch eine Hitler-Büste sowie Korrespondenzen mit dem verstorbenen Neonazi-Führer **Michael Kühnen**, dessen Nachfolger **Christian Worch** und dem österreichischen Rechtsextremisten **Walter Ochensberger**. Auch in der Öffentlichkeit ist der Altnazi kein Unbekannter. So leugnete er am 1.September 1989 dem 50. Jahrestag des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht in Polen in einer Zeitungsanzeige die Kriegseröffnung gegenüber Polen und verkündete, er halte weiteres Material zum Thema „Kriegsschuld" vorrätig. Bereits 1958 äußerte sich Ostwald abfällig über die Tagebücher der Anne Frank.

Der Ahnungslose

Wie schon in früheren Verhandlungen war sich der 72-jährige keiner Schuld bewußt. Das sichergestellte Material sei ihm unaufgefordert zugestellt worden. Er habe nur keine Zeit gefunden, es wegzuschmeißen, rechtfertigte sich der Angeklagte. Er habe die Schriften auch nicht aktiv verteilt, sondern nur gelegentlich ausgewählten Bekannten zum Lesen gegeben. Damit ließe sich unter Umständen jedoch eine viel größere Wirkung erzielen, als mit einer Verteilung nach dem Gießkannenprinzip, betonte der Richter in seiner Urteilsbegründung.

SBW

Überfall auf Schwarzen in Pinneberg - erste Verurteilung

Vor dem Buxtehuder Jugendschöffengericht mußte sich Anfang Februar der Faschist **Lars Winkler** verantworten. Nach einer Feier bei seinem Pinneberger Kumpanen **Christoph Otto** waren die Nazi-Skins im August 1997 losgezogen, um Fans von St. Pauli *„aufzumischen"*. Statt dessen trafen sie einen Journalisten aus Togo, der als anerkannter Flüchtling in der Bundesrepublik lebt.

Mit Springerstiefeln, Schlagstöcken und Fäusten wurde dieser beinahe totgeschlagen. Nur die Flucht in ein Taxi, dessen Fahrer ihm zu Hilfe kam, rettete ihm das Leben. Bei einem wenig später durchgeführten Angriff der Nazis auf zwei andere Schwarzafrikaner wurde Winkler durch einen Messerstich selbst verletzt.

Warum die Amtsrichterin die 18monatige Haftstrafe für den einschlägig vorbestraften Faschisten auf Bewährung aussetzte, bleibt ihr Geheimnis. Gegen die weiteren Tatbeteiligten **Dennis Voss**, **Marco Höhnke**, **Clemens Otto** und **Christof Otto** wird der Prozeß in Pinneberg durchgeführt.

Naziüberfall auf Antifabus

Nach dem ***NPD***-Aufmarsch in Leipzig am 1. Mai kam es auf der Autobahn bei Schwerin zu einem Angriff von Nazis auf einen Bus der mit GegendemonstrantInnen besetzt war. Durch eine schnelle Flucht gab es nur drei Leichtverletzte . Die Nazis waren erneut mit einem Bus des Norderstedter Busunternehmens ***Greve-Reisen*** unterwegs.

Bereits am 7.2. war Greve-Reisen mit einem Bus mit norddeutschen Nazis, unter ihnen **Thomas Wulff** (Kader der freien Nationalisten aus HH), zum NPD-Wahlkongress nach Passau gefahren. Zum NPD-Auf-

marsch in Leipzig war Greve sogar mit drei Bussen angereist. Einer der Busse wurde in Leipzig von aufgebrachten AntifaschistInnen als Nazibus erkannt und beschädigt. Aus einem anderen Greve-Bus heraus wurde auf der Rückfahrt auf einem Autobahnparkplatz bei Schwerin ein Bus mit AntifaschistInnen aus Hamburg und Schleswig-Holstein angegriffen.

Die Antifas, die ebenfalls auf der Rückfahrt aus Leipzig waren, hatten gerade eine Rast eingelegt und stiegen wieder in ihren Bus, als der Bus der Faschisten auf den Parkplatz preschte. Unter Betätigung der Lichthupe fuhr der Nazibus mit hohem Tempo an dem Bus der Antifas vorbei. Einige Nazis waren bereits aufgestanden, als ihr Bus hielt und sofort die Türen öffnete. Sie stürmten auf den Bus der Antifas los. Dieser konnte nicht gleich losfahren, da die letzten noch beim Einsteigen waren. So war der Bus einem Hagel von Flaschen ausgesetzt. Mehrere Seitenscheiben wurden zerstört, einige Flaschen trafen auch in den Innenraum. Die Frontscheibe hielt aber zum Glück mehren Treffern stand, so daß der völlig geschockte Fahrer, als alle drin waren, losfahren konnte. So waren „nur" drei Personen durch die umherfliegenden Glassplitter leicht verletzt worden. Der Bus der Nazis wurde wenig später von der Polizei gestoppt und die Personalien der Insassen festgestellt. Die Fahrer des Busses der Antifas erstatteten später Anzeige wegen versuchter Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Die Nazis kamen vermutlich aus dem Raum Hamburg, so wurde später beobachtet, wie der Bus in Norderstedt etwa 15 Faschos absetzte, die in den Zug nach Henstedt-Ulzburg stiegen.

Herbert Greve, der Inhaber von Greve-Reisen, erzählte am nächsten Tag der taz-Hamburg, er selber habe einen der Busse nach Leipzig begleitet. Die Nazis hätten sich *„vorzüglich benommen"*. Von einem Überfall aus einem seiner Busse wisse er nichts, so Greve.

REP starten Bundestagswahlkampf mit Hilfe von Neonazis

Der Landesverband der schleswig-holsteinischen ***Republikaner (REP)*** hat auf niedrigem Niveau den Bundestagswahlkampf gestartet. Mit einem Infostand in Itzehoe am 9.Mai sollten die rassistischen und revanchistischan Positionen der Partei unters Volk gebracht werden. Im Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen Süd tritt **Uwe Senne** für die REP an: Senne (Mitgliedsnummer: 11231) hatte bereits Anfang der 90er Jahre im REP-Kreisverband Steinburg Funktionen inne. Um den REP-Infostand lungerten derweil die Lübecker REP-Funktionäre **Thorsten Mey** und **Andreas Leverenz** mit weiteren Faschisten.

Mitte Mai tauchte die REP-Truppe dann auch in Eutin auf; als Schlägertruppe begleitete sie eine 15-köpfige Gruppe junger Nazis. Zum Großteil dieselben, die Ende Mai in der Fußgängerzone in Bad Oldesloe REP-Flugblätter verteilten. Auch dort war ursprünglich ein Infotisch geplant, der aber mit der Begründung, daß die SPD ebenfalls einen in der Nähe aufstellt und zwei politische Infostände in der Stadt nicht möglich wären, untersagt wurde. AntifaschistInnen erfuhren kurzfristig von der Aktion der Republikaner und konnten deswegen erst nach deren Beginn einschreiten. Es kam zu einer kleinen Rangelei. Die anwesende Polizei schritt daraufhin ein und trennte die beiden Gruppen.

Die zum Schutz der Flugblattverteiler angeheuerten Skinheads gehörten zum Großteil zum neonazistischen ***„Bündnis Rechts für Lübeck" (BRL)***, das im März zu den Kommunalwahlen in Lübeck angetreten war. Die bekanntesten Gesichter in Bad Oldesloe waren der Landesbeauftragte der ***„Jungen Nationaldemokraten" (JN)*** **Jürgen Gerg** sowie **Jörn Lemke** und die Anti-Antifa-Aktivistin **Thekla Kosche** aus Bad Segeberg, die mal wieder fleißig fotografierte. Nach einiger Diskussionen entschloß sich die Polizei, die Situation zu entschärfen und drängte die Nazis zum Gehen. Die Antifas folgten den Nazis noch zu ihren Autos und verweilten danach ein wenig in der Fußgängerzone, um sicherzugehen, daß die Nazis nicht noch mal wiederkommen.



In der Oldesloer Fußgängerzone stehen sich AntifaschistInnen und Neonazis gegenüber (u.a. Jürgen Gerg,mit Mütze)

Wollt Ihr den totalen Markt ?

Der Neoliberalismus und die extreme Rechte

Knaur-Verlag München für 16,90 DM

Als Ergebnis eines Forschungsprojektes zu Neoliberalismus und Rechtsextremismus haben Günther Bachmann, Stephanie Blanckenburg, Dirk Kotzur, Ralf Ptak und Herbert Schui nun eine Arbeit vorgelegt, deren Thematik zuerst verwundern mag.

Längst vergessen sind inzwischen die Zeiten in denen ein Horckheimer formulierte, daß wer vom Faschismus spricht, vom Kapitalismus nicht schweigen kann. Inzwischen wird an unseren Schulen die Zusammengehörigkeit von freier Marktwirtschaft und Demokratie als Grundsatz gepaukt. Und wenn auch die Linke zaghaft begonnen hat, ihre Kritik insbesondere auf den Neoliberalismus zuzuspitzen, so wagte doch bisher niemand direkt eine Verbindungslinie zwischen dieser Wirtschaftstheorie und autoritären bis faschistoiden Gesellschaftsbildern zu ziehen. Hier setzt Schui und sein Team an, herausgekommen ist dabei eine faktenreiche Grundsatzkritik am Neoliberalismus, die weit über alles bis dahin bekannte hinausgeht. Und diese Kritik ist total. Genähert wird sich aus ökonomischer, ideologischer und staatstheoretischer Sicht, entlarvt und abgeräumt wird die gesamte Weltansicht, an der die Neoliberalen so lange gearbeitet haben. Das Buch bietet dabei den LeserInnen verschiedenste Zugänge, wobei im folgenden insbesondere die ideologisch- philosophischen Verbindungslinien zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus nachgezeichnet werden sollen.

Kapitalismus contra Wohlfahrtsstaat

Seinen Ansatz benennt Schui zu Beginn gleich selbst deutlich: Die Analyse der extremen Rechten darf sich heute nicht mehr in deren faschistischen Ursprüngen, Affinitäten oder Analogien erschöpfen, sie muß sich vornehmen, den Neoliberalismus als die durchgängige Ideologie der rechtsradikalen Parteien nachzuweisen. Dabei, so Schui, bleibt eine entscheidende Gemeinsamkeit mit dem traditionellen Faschismus bestehen. Wie auch immer ausgeformt, das Ziel ist, den Kapitalismus zu verteidigen.

Die größte Gefahr für den Kapitalismus ist aber - sofern man dem neoliberalen Wirtschaftsnobelpreisträger **Hayek** folgt - der keynesianische Wohlfahrtsstaat, materiell als effektiv reformierter Kapitalismus und ideell als dessen ideologische Knochenerweichung. Der Neoliberalismus versucht deshalb davon zu überzeugen, daß allgemeine materielle Wohlfahrt unmittelbar gar nicht zu fordern ist, so daß dies als externe Zielvorgabe für die Wirtschaftsentwicklung schädlich ist und daß wir unser Glück anderswo suchen sollen; nämlich zunächst in der Freiheit, im Rahmen der Wettbewerbsordnung selbstformulierte wirtschaft-liche Ziele zu verfolgen und im Grundsatz darin, unsere Zivilisation zu erhalten und weiterzuentwickeln. Damit ist die Aufgabe gestellt: Markt und Wettbewerb sind nicht mehr als Garanten für Massenwohlfahrt (wie das der Monetarismus noch postuliert) zu interpretieren; es wird ihnen ein anderer Sinn unterstellt. Und dieser Sinn ist Lernen und Entdecken, um die Entwicklung der Zivilisation, die kulturelle Evolution, so Hayek, weiterhin zu ermöglichen.

Negative statt positiver Freiheit

Hayek skizziert die *„Große Ordnung"*, verspricht Freiheit, aber es wird eine negative Freiheit sein. Diese negative Freiheit ist nur *„eine Bedingung für die Eröffnung von Möglichkeiten, nicht jedoch für die Sicherstellung bestimmter Zuwendungen"*. Und hier setzt auch die **FPÖ** an, wenn sie formuliert, *„die individuelle Freiheit eröffnet nur einen neuen persönlichen Handlungsspielraum. Sie vermitteln keine zwingend vorgegebenen Ziele"*. Beidem liegt der klassisch-liberale Freiheitsbegriff zugrunde, die Freiheit von etwas, von unerwünschten äußeren Einflüssen, oder die Freiheit, sein Handeln an selbst gewählten Zielen auszurichten. Dem gegenüber stellt die Philosophie die positive Freiheit als Freiheit für etwas oder die Freiheit, *„mein eigener Herr zu sein"* und damit unter Bedingungen zu leben, die Ziele der eigenen Wahl auch tatsächlich erreichen zu können. Daß es sich hierbei nicht nur um eine semantische Differenz handelt, wird sofort klar, wenn der Freiheitsbegriff auf wirtschaftliche Abläufe angewandt wird. Für die positive Freiheit bedeutet dies - so Schui - daß sie gesellschaftlich in dem Sinne ist, daß der gesellschaftliche Prozeß nicht bewußtlos und nicht willenlos hingenommen wird, sondern daß Einsicht in seinen Ablauf gewonnen wird, was zu seiner Beherrschung und Steuerung befähigt. Entspricht das Ziel der Steuerung etwa der Norm, daß Vollbeschäftigung politisch herzustellen sei, so ist dies ein Stück an Zugewinn an positiver Freiheit. (Denn erst Vollbeschäftigung ermöglicht dem Arbeitslosen, Ziele der eigenen Wahl tatsächlich zu erreichen.) Genau das aber will der Neoliberalismus verhindern.

Der Begriff des Lernens bei Hayek

Das neoliberale Verständnis des Wettbewerbs als Lernvorgang dient nicht nur dazu, von den ärgerlichen Aussagen der neoklassischen Theorie loszukommen, daß der Wettbewerb zum Gebrauch aller Ressourcen führt und den Output maximiert. Die neue Interpretation leistet Besseres: Form und Gegenstand des Lernens bewirken notwendigerweise, Wissen zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft nicht zu erwerben (d.h.

unpolitisch sein), statt dessen aber den gesellschaftlichen Prozeß als extern, als unbeeinflußbar zu verstehen und sich ihm zu unterwerfen.

Diese Wendung des Lernbegriffs ist deswegen wichtig, weil der Kapitalismus mit der rationalen Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse groß geworden ist; er könnte aber gefährdet sein, wenn sozialwissenschaftliche Erkenntnis dazu anleiten würde, die Gesellschaft planend zu formen. Damit ist der Gegenstand Hayekschen Lernens angesprochen: Es handelt sich dabei um die Aneignung individueller Kenntnisse. Die erlernbaren Verfahren und Verhalten sind hierbei stets individuell, da sie sich ja bei der Verfolgung persönlicher Ziele als erfolgreich erwiesen haben. Folglich können in einer solchen Gesellschaft effektiv nur individuelle Überlebens- oder Bereicherungspraktiken erlernt werden. Es wird kein Wissen im Sinne der kollektiven Fähigkeit erworben, gesellschaftliche Fragen bewußt auf der Basis allgemeiner, umfassender Informationen politisch zu bewältigen.

Dies bedeutet auch, daß sich Menschen nicht mit gemeinsamen Interessen in einer Partei zusammenfinden, um Ihr Wissen zu verallgemeinern und aufeinander abzustimmen, mit dem Ziel die Wirklichkeit mit ihrem Wissen nach ihren Interessen zu gestalten.

Die neoliberale Gesellschaft kann keine eigentliche Richtung, kein Ziel haben: Sie sucht durch Lernen im skizzierten Rahmen ihren Weg, wo manche Horizonte nie erreicht werden. Der Neoliberalismus stellt dies als eine besonders hervorhebenswerte Eigenschaft der - wie der Neo-Positivist Karl Popper sie nennt - *„Offenen Gesellschaft"* heraus, denn in ihr wird sich keine *„Masse"*, keine Partei oder Elite aufschwingen, die Zwang ausübt, um der gesellschaftlichen Entwicklung ein Ziel vorzugeben. Zwangsbeglückung wird es nicht geben. Wie sehr diese sog. *„offenen Gesellschaft"* nun allerdings selbst wieder konformistische Unterdrückung produziert, darauf hat schon Ray Bradbury in *„Fahrenheit 451"* hingewiesen. Konsequent dabei auch endlich unter dem Begriff des *„Methodenimperalismus"* die Verbindung zwischen Neoliberalismus, Rechtsextremismus und dem Neopositivismus zu schlagen. Denn die *„offene Gesellschaft"* des Neoliberalismus muß zwangsweise autoritären Charakter aufweisen oder um es mit Schui zu sagen: *„Diese ...ist demnach zutiefst unpolitisch; ihre einzelnen Mitglieder sind unwissend, ihre Festigkeit und ihren Bestand verdankt diese Gesellschaft der Unterwerfung. Sie bedeutet das Ende der europäischen Aufklärung."*

Zivilisation, Kultur und Evolution

Um diese Gedanken genauer nachzuvollziehen, und auch, um einen wesentlichen Berührungspunkt zwischen neoliberaler Gesellschaftsutopie und Rechtsextremismus herauszustellen, geht Schui dann stärker auf den schon angesprochenen Zivilisationsbegriff des Neoliberalismus ein. Zurecht wird gefragt, daß wenn Wohlstand und Nützlichkeit die Eigenschaften des Kapitalismus sind, die kapitalistische Demokratie dem zu entsprechen habe.

Folglich müsse es im Kapitalismus völlig legitim sein, wenn die Demokratie Fragen löst, die die einzelnen Kapitalisten zusammengenommen nicht lösen können, so bestimmte Grundformen der sozialen Absicherung, Arbeitszeitreglungen usw. Da aber aus der Aufklärung heraus die Nützlichkeit den Kapitalismus legitimiert wird, ist es der politische Druck von unten der - kanalisiert durch die Demokratie - bestimmte Maßnahmen verlangt, vom Standpunkt der Aufklärung nicht angreifbar. Denn zu dieser Form der Legitimation wird der Kapitalismus selbst gezwungen durch die Zivilisation, die er selbst auf den Grundlagen des Rationalismus und des Utilitarismus errichtet hat. Genau hier setzt der Neoliberalismus an, versorgt also das Kapital in seinem Klassenkampf von oben, mit neuer Munition, indem er die Frage nach der Nützlichkeit hinter sich läßt und auf die Entwicklung der Zivilisation setzt. Entwickelt wird die Zivilisation aber nur durch den neoliberalen Lernvorgang, denn nur dieser treibt die kulturelle Evolution weiter voran. Was aber ist die Zivilisation im Alltagsverständnis? Jedenfalls kein zuverlässiges Kriterium mehr, mit dem der Erfolg des Kapitalismus gemessen werden kann. Ganz abgesehen davon, daß Hayek es eben den Rechtsextremen überläßt, die kapitalistische Zivilisation als überlegen hinzustellen, wenn er schreibt: *„Für die Wissenschaft der Anthropologie mögen alle Kulturen (...) gleich gut sein, aber nur zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung müssen wir die anderen als weniger gut ansehen"*. Hier kommen wir auf das äußerliche Treueverhältnis zum Kapitalismus zurück, denn dieser Stolz auf die eigene Zivilisation kann die alltäglichen Sorgen vergessen machen. Der Neoliberalismus versucht also die emanzipatorischen Erkenntnisse seit der Aufklärung im Sinne eines ungebändigten Kapitalismus aus dem Weg zu räumen, um gleichzeitig den Weg zu öffnen für Deutungsmuster, die ein neues außerökonomisches Treueverhältnis begründen helfen. Hier beginnt dann die Aufgabe der Rechtsextremen, die den Rahmen für die *„Offene Gesellschaft"* definieren. Nach Schui müssen dies nicht unbedingt Rechtsextreme sein, doch meist erledigen diese die ihnen zugewiesene Aufgabe am effektivsten, sind auch die Affinitäten zwischen neoliberalen Gesellschaftsutopien und den Vorstellungen der Neuen Rechten am größten, wie genau bei jenem von Hayek geprägten Begriff der kulturellen Evolution. Hierin stellt sich der Zivilisationsbegriff in erster Linie als Disziplinierungsprozeß dar, in dessen Verlauf das Individuum seinen Instinkten sowie der kollektiven Lebensgewohnheiten primitiver Urgemein-schaften *„entwöhnt"* und einem immer komplexeren, für es selbst undurchschaubaren Systems von Verboten, Vorschriften und Tabus unterworfen wird. Diese zivilisatorische Disziplinierung ist, unter diesem Aspekt betrachtet, zugleich ein Übergang auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene von kollektiver zu individueller Moral, von der sogenannten angeborenen Moralität unserer Instinkte (Solidarität, Altruismus, Gruppenentscheidungen und ähnliches), deren Praktiken nicht

ausreichen, um unsere gegenwärtige umfassende Ordnung und ihre Bevölkerung zu erhalten. Der hier von Hayek gepredigte Individualismus ist antirationalistisch. Er beruht auf einer Haltung der Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen, letztendlich der Unterwerfung unter die spontanen Kräfte der *„Großen Ordnung"*. Das Ideal heißt also nun individuelle Tatkraft und Freiheit in Unterwerfung und Demut (wobei die Unterwerfung die Regeln enthält, die die Freiheit und die Entfaltung der Tatkraft gewährleisten).

Die Frage ist nur, wie jeder auf diese Unterwerfung festgelegt werden kann, ohne daß die ihm in der Offenen Gesellschaft zugesicherte persönliche Freiheit angetastet würde. Entscheidend ist hier für die Neoliberalen der Druck zur Anpassung, der in der Gesellschaft durch die öffentliche Meinung, Moralregeln, Konventionen und Traditionen ausgeübt wird - durch eine spezifische Form der Zivilgesellschaft also, nicht aber durch staatlichen, politischen Zwang. Aus diesem Grund betonen die rechtsextremen Parteien - und nicht nur diese - den Wert der Traditionen und alles, was sie erhalten kann, so das heimatliche Brauchtum, die konservativeren Ausformungen der Religion, die Familie mit traditioneller interner Rollenverteilung und sicherlich auch die Nation, den *„guten Deutschen"* oder den *"wahren Franzosen"*.

Analyse der rechtsextremen Programmatik

Ähnlich wie hier nachvollzogen, zeichnen Schui und sein Team noch andere Linien neoliberaler Programmatik nach (Staatstheorie, Demokratieverständis, Wirtschaftsverständnis), um dann im faktenreichen zweiten Teil des Buches, die Programme, Aussagen , und Artikel aus den einschlägigen rechtsextremen Parteien wie FPÖ, ***NPD, DVU, Republikaner*** und ***Bund Freier Bürger*** auf Überschneidungen hin zu untersuchen. Tatsächlich stellt sich am Ende heraus, daß die mit Blick auf die sog. *„Modernisierungsverlierer"* den Rechtsextremen unterstellte national- bis sozialrevolutionäre Zielrichtung - schon nicht mehr in deren Programm steht.

Haider ist kein Nazi mit guter PR - Agentur sondern radikalster Streiter für den Neoliberalismus und die extreme Rechte in ganz Europa folgt ihm. Und das ist sogar dann ein noch besseres Modell als es sich die Nobelpreisträger Friedmann und Hayek, die Chile zu ihrem Experimentierfeld auserkoren hatten, damals mit Pinochet vorgenommen hatten.

Das Buch: lesenswert!

Die zu erwartende Kritik wird sicherlich den Vorwurf des Pauschalismus erheben, was im Zweifelsfall bei interdisziplinären Ansätzen immer greift. Tatsächlich aber hat Schui und sein Team eine faktenreiche Grundsatzkritik am Neoliberalismus formuliert. Und diese Kritik ist total und gerade deshalb vernichtend. Schui vermittelt auch die Totalität, die notwendig ist, eigene Denkblockaden aufzubrechen, Fragen zu stellen, wo es eigentlich schon lange nicht mehr als legitim gilt. Dabei geht es nicht um den Anspruch, alles auszufüllen, sondern den Apparat bereitzustellen, den Kontext zu benennen, in dem sich die Auseinandersetzung abspielen muß - Terrain genug für eine ganze Generation, die sich aufgerufen fühlen darf, den Vormarsch autoritärer und neoliberaler Vorstellungen zu stoppen und zurückzudrängen. Und das ist genau die Stärke des Buches, es greift direkt ein in den weltweiten Neuformierungsprozess der Linken, der unmittelbar verbunden ist mit dem Kampf gegen den Neoliberalismus.

Jusos Lübeck

Öffnet die Grenzen – Zerschlagt die Festung Europa

Pünktlich um Mitternacht des 22. Mais erklärten entschlossene AntifaschistInnen die dänische Grenze zu Deutschland für geöffnet und alle Flüchtlinge für willkommen in Dänemark. Dänische, schwedische und deutsche AntirassistInnen besetzten die Grenzstationen bei Krusaa und Padborg. Nach 7 Stunden beendete die dänische und deutsche Polizei die Besetzung. Zur gleichen Zeit besuchten unbekannte Saboteure unbesetzte Stationen entlang der Grenze und taten ihr bestes, um zu verhindern, daß die Stationen jemals wieder benutzt werden. Andere AktivistInnen passierten über mehrere Stunden die grüne Grenze zwischen der BRD und Dänemark und sorgten so für ein Chaos im Kontrollsystem für sogenannte illegale Flüchtlinge. Die Aktion richtete sich gegen den weiteren Ausbau der Festung Europa, der mit der Umsetzung des Schengener-Abkommens vollendet sein wird. Die Mauer, die durch die Amsterdamer Verträge um Europa gezogen wird, richtet sich ausschließlich gegen die Menschen, die vor Krieg, Elend und Verfolgung fliehen.

Antirassistische Handwerkergilde reißt Zaun von Abschiebeknast nieder

Eine größere Gruppe von entschlossenen dänischen AntifaschistInnen – ausgestattet mit Motorsäge, Bolzenschneider und Winkelschleifer- riß am Morgen des 6. März ca. 50 Meter des äußeren Zaunes des Sandholmlagers auf Nordseeland bei Hillerod nieder. Während einer antirassistischen Kundgebung fuhr die Gruppe im HandwerkerInnenoutfit vor dem Knast vor und begann mit der Demontage des Zaunes. Erst nach einiger Zeit durchblickte die anwesende Polizei den Fake und nahm die „HandwerkerInnen" fest.

Hier gibt's die „Enough"!



Autonomes Wohnprojekt, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstraße 2, 23730 Neustadt

Peter-Panther-Buchladen Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Brazil, alternative, Willy-Brand-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Dritte Welt-Laden, Lübecker Str., 23843 Bad Oldesloe

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Autonomer Infoladen Aurora
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Verein Mitainanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg





Deutsche Soldaten in der Sowjetunion, 1943

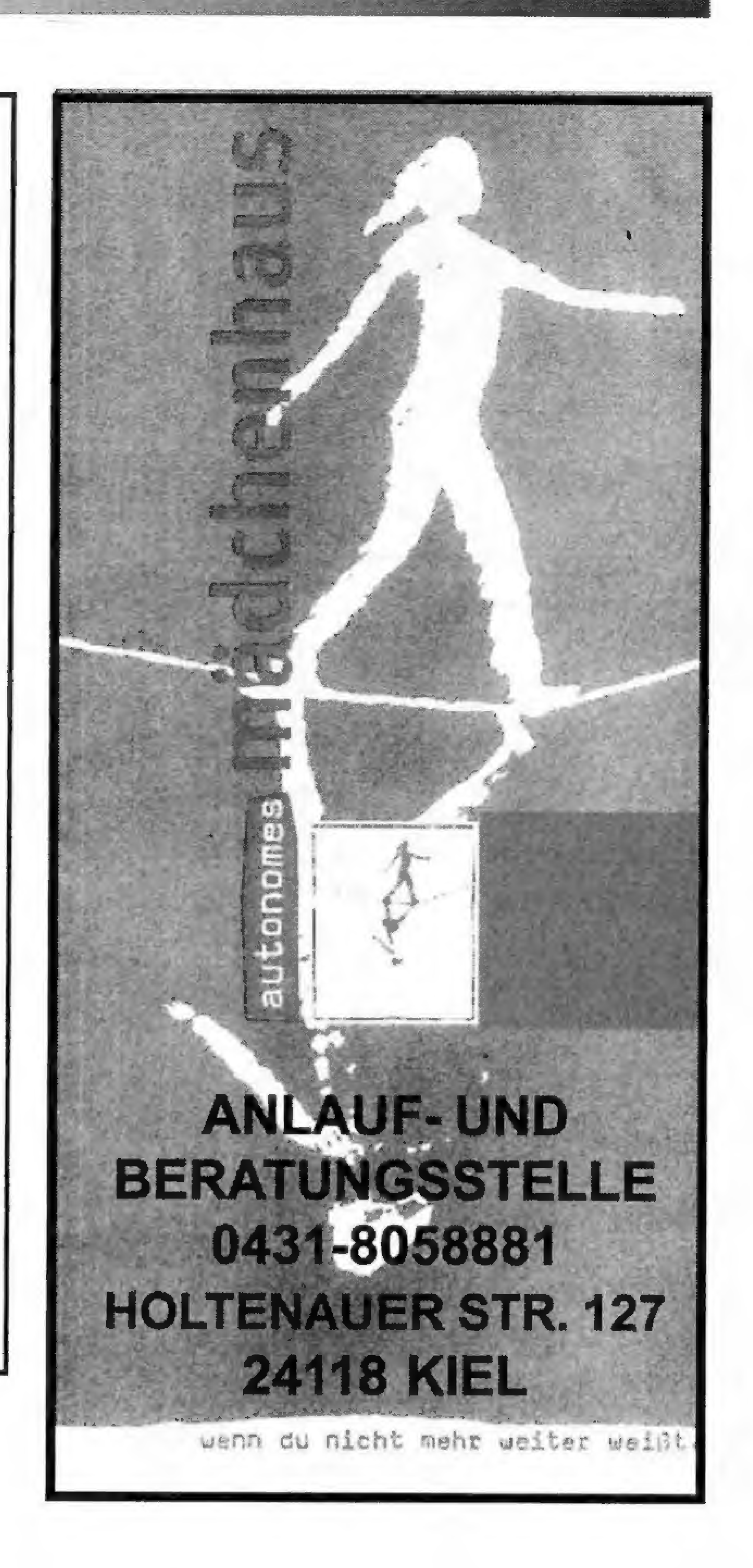
Am 7. Januar 1999 wird in Kiel (Landeshaus) die Ausstellung **„Vernichtungskrieg — Verbrechen der Wehrmacht“** eröffnet.
Dazu werden **enough is enough** und ***Gegenwind*** ein gemeinsames Sonderheft veröffentlichen:

Schleswig-Holstein und die Verbrechen der Wehrmacht

Wir suchen noch Unterstützung: Leute, die am Heft mitarbeiten, die Geld spenden oder die das (kostenlose) Heft ab Anfang November in Schleswig-Holstein verteilen wollen.

Meldet Euch bei uns:

***Gegenwind*, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel**





Gerade erschienen:

Das Chamäleon — Argumente gegen die Verharmlosung des faschistischen „MUT“-Verlages
ISBN 3-925900-91-8 **18,– DM**

Das Chamäleon

ARGUMENTE GEGEN DIE VERHARMLOSUNG DES FASCHISTISCHEN »MUT«-VERLAGES

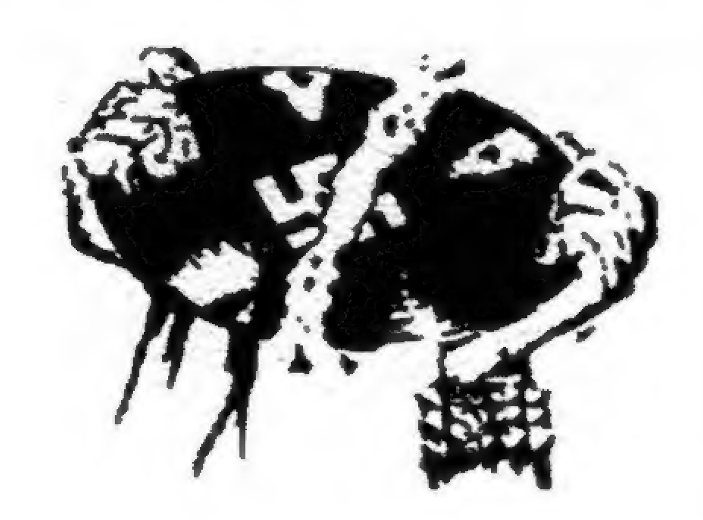
ARBEITSKREIS KRITISCHE NACHBARSCHAFT ASENDORF/HOYA

Magazin Verlag

VertreterInnen aller etablierten Parteien geben sich ein Stelldichein in der Zeitschrift „MUT“, die einst wegen antisemitischer Hetze auf dem Index landete. Wurden Oskar Lafontaine, Hermann Otto Solms, Daniel Cohn-Bendit, Ingrid Stahmer und andere Opfer einer ausgefeilten faschistischen Strategie, oder sind sie TäterInnen, die bewußt die Etablierung faschistischer Publikationen in Kauf nehmen? Ist „MUT“ in die „demokratische Mitte“ gerückt, oder hat sich der bürgerliche Mainstream so weit nach rechts verschoben?
Der dokumentierte Briefwechsel mit bekannten „MUT“-AutorInnen wirft neue Fragen auf. So fühlt sich Herr Blüm durchaus wohl in der Gesellschaft der AutorInnen des „MUT“-Verlages! Der bekannte Antifaschist Ralph Giordano verteidigt seinen Beitrag für „MUT“. Dennoch läßt sich der faschistische Hintergrund dieses Verlages nicht leugnen.
Neben der Auseinandersetzung mit den Autoren werden erstmalig AutorInnen des „MUT“-Verlages und die Rolle, die sie bei „MUT“ spielen, genauer betrachtet. Ein Blick in das „MUT“-Buchprogramm fördert mehr als nur faschistische Ideologiefragmente zu Tage. Im Mittelpunkt steht allerdings der Wandel in der Form der Vermittlung faschistischer Inhalte, wie sie vom Herausgeber, dem ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten Bernhard C. Wintzek, seit dreißig Jahren betrieben wird.

Magazin Verlag • Schweffelstr. 6 • 24118 Kiel

Schallplattenversand
M. Henk
Postfach 11 04 47
28207 Bremen
Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:
Tod & Mordschlag,
Ton Steine Scherben,
Graue Zellen, Slime,
But Alive, Argus,
Rantanplan, Cochise,
Checkpoint Charly,
Wolfgang Neuss,
Dieter Süverkrüp,
Ernst Busch, Tonträger
Schwarze Sieben
u.v.a.

Bestellt den Katalog!
Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel.&Fax:0421-4988535

Gegenwind
Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

LINKS & AKTUELL
JEDEN MONAT

FLUCHT & ASYL
ANTIFA
JUSTIZ
DISKRIMINIERUNG
GENTECHNIK
VERKEHRSPOLITIK
ENERGIE & ATOM
INTERVIEWS
GESCHICHTE
FILME & THEATER
BÜCHER & SPIELE
KURZMELDUNGEN UND
TERMINE AUS 15 KREISEN
SCHLESWIG-HOLSTEINS

Unverbindlich kennenlernen:
3-Hefte-Probeabo 10,- DM
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

Blablabla

Danke, Herr Bundeskanzler!
Wir bieten detailliertere Antworten auf dringende Umweltfragen.

ROBIN WOOD
GUTSCHEIN für ein Probeexemplar des ROBIN WOOD-Magazins, einsenden an:
Robin Wood e.V. Postfach 102122 28201 Bremen

Notruf & Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Tel.-Beratung: Mo, Do, Fr 10-12h, Di 17-20h
Öffnungszeiten: Di 17-19h, Fr 10-12h
Telefon:
0451/70 46 40
Marlesgrube 9, 23552 Lübeck


Die neue BASTA! -Zeitung ist da!

Die Basta! -Zeitung ist ein Projekt von BASTA! -Linke Jugend Lübeck und erscheint seit einem Jahr am liebsten alle zwei Monate. In der aktuellen Ausgabe geben wir wie immer zu den Themen, die uns ankotzen oder ganz besonders freuen unseren Senf dazu. U.a.: ★Trainstopping von Neckarwestheim bis Ahaus ★ Dem BRL in die Suppe spucken ★ Writer die Writer verpfeifen, sind das Letzte ★ Walli bleibt ★ Unpolitisch gibt's nicht ★ Castor-Alarm in Lübeck ★ und einiges mehr...

Bestellungen an:
BASTA! -Linke Jugend
c/o alternative
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

selbstverständlich könnt ihr die BASTA! -Zeitung auch abonnieren, hierbei sei jedoch zu beachten, daß wir dringenst auf Kohle angewiesen sind und deshalb pro Verschickung 3,- DM's berechnen müssen!


Nazi gesteht
und keiner glaubt's!
Das Motto der Staatsanwälte Böckenhauer und Schulz:
Rechtes Auge zu und durch!
Juli '98
Eine Provokation des Lübecker Bündnis gegen Rassismus